



Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von:
Prof. Dr. Christian Tietje
Prof. Dr. Gerhard Kraft
Prof. Dr. Rolf Sethe

Karsten Nowrot
Netzwerke im
transnationalen Wirtschaftsrecht
und Rechtsdogmatik

Mai 2007

Heft 66

Netzwerke im transnationalen Wirtschaftsrecht und Rechtsdogmatik

Von

Karsten Nowrot

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) und dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Tietje) an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christian Tietje/Gerhard Kraft/Rolf Sethe (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 66

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1612-1368

ISBN 978-3-86010-908-3

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

www.wirtschaftsrecht.uni-halle.de
www.telc.uni-halle.de

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	5
B. Die Beschreibungskategorie „Netzwerk“: Funktionen und Grenzen ihrer Anwendung in der Rechtswissenschaft	6
C. Die Bedeutung des Netzwerkansatzes im Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts.....	12
D. Ansätze zur dogmatischen Erfassung von Netzwerkstrukturen und der Legitimation ihrer Steuerungsleistungen.....	15
E. Die Wiederentdeckung traditioneller Organisationsformen in Netzwerkstrukturen	19
I. Föderalisierungstendenzen.....	20
II. Parlamentarisierungstendenzen	23
III. Hintergründe und Bedeutung dieser Strukturentwicklungen	27
F. Implikationen für die Legitimation der Regelbildung in Netzwerken	29
I. Erforderlichkeit eines Perspektivenwandels im Legitimationsverständnis	31
II. Das Republikprinzip als normative Legitimationsbasis der Regelbildung in Netzwerken?	35
G. Ausblick	38
Schrifttum	40

A. Einleitung*

„Sieht man von ‚Globalisierung‘ einmal ab, gibt es wohl kaum einen Begriff in der sozialwissenschaftlichen Literatur, der in den letzten zehn Jahren eine so steile Karriere in der Forschungsliteratur erfahren hat wie der des Netzwerkes“.¹ Dieser vielfach geteilte Befund² bezieht sich jedoch nicht allein auf die Sozialwissenschaften. Vielmehr existiert heute kaum ein Wissenschaftsbereich, in dem die Vorstellung eines „Netzwerkism“³ nicht eine wenigstens mitprägende Kraft entfaltet⁴ – eine Feststellung, welche bereits in der Postulierung eines neuen, gerade auch interdisziplinär ausgestalteten Forschungsparadigmas der Netzwerkanalyse ihren Ausdruck gefunden hat.⁵

Ein weiteres Indiz für die gegenwärtige Popularität des Netzwerkansatzes bildet der Umstand, dass auch in der rechtswissenschaftlichen Diskussion zunehmend auf die Kategorie der Netzwerke – verstanden als polyzentrische,⁶ in einem Grenzbereich zwischen hierarchisch strukturierten Institutionen sowie ausschließlich marktorientierten Mechanismen verortete Organisationsformen⁷ – zurückgegriffen wird. Dies gilt innerhalb der Rechtswissenschaft wiederum in besonderer Weise für das Konzept des

* Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Vortrags, welchen der Verfasser unter dem Titel „Föderalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen in Netzwerkstrukturen“ im Rahmen der 47. Assistententagung Öffentliches Recht „Netzwerke“ am 7. März 2007 in Berlin gehalten hat. Der Text des Vortrags selbst erscheint in: *Sigrid Boysen/Ferry Büh-ring/Claudio Franzius/Tobias Herbst/Matthias Kötter/Anita Kreuz/Kai v. Lewinski/Florian Meinel/Jakob Nolte/Sabrina Schönrock* (Hrsg.), *Netzwerke*, 47. Assistententagung Öffentliches Recht 2007, Nomos Verlagsgesellschaft (in Vorbereitung). Für Kritik und wertvolle Anregungen danke ich Prof. Dr. Christian Tietje, LL.M. (Michigan).

¹ *Krücken/Meier*, *Soziale Welt* 2003, 71 (75); zur Beziehung zwischen diesen beiden Begriffen siehe u.a. *Holzer*, in: *Heintz/Münch/Tyrell* (Hrsg.), *Weltgesellschaft*, 314 („Auf jeden Fall ist es bemerkenswert, dass sich der Netzwerkbegriff zur Beschreibung von Globalisierungsphänomenen geradezu aufzudrängen scheint.“).

² Vgl. auch beispielsweise *Schweizer*, *Politische Steuerung*, 148 („Springflut wissenschaftlicher Publikationen“); *Ritter*, *DÖV* 1995, 393 (395) („inflationär“); *Knill*, in: *Weyer* (Hrsg.), *Soziale Netzwerke*, 111; *Jansen*, *Netzwerkanalyse*, 11 („Hochkonjunktur“); *Pappi*, in: *Héritier* (Hrsg.), *Policy-Analyse*, 84 („Konjunktur“).

³ *Nickel*, in: *Joerges/Petersmann* (Hrsg.), *Constitutionalism*, 157 (167 ff.).

⁴ Vgl. *Eifert*, in: *ders./Hoffmann-Riem* (Hrsg.), *Innovation und rechtliche Regulierung*, 88 (90); *Peters*, *Leiden Journal of International Law* 19 (2006), 579 (601) („currently in vogue in various disciplines“); sowie die Aufzählung der Wissenschaftsbereiche bei *Röhrle*, *Soziale Netzwerke*, 1; *Ritter*, *DÖV* 1995, 393 (394 f.); *Schenk*, *Soziale Netzwerke und Kommunikation*, 1 ff.; *Holzer*, in: *Heintz/Münch/Tyrell* (Hrsg.), *Weltgesellschaft*, 314 f.; *Schweizer*, *Politische Steuerung*, 153.

⁵ Vgl. z.B. *Schweizer*, *Politische Steuerung*, 152 f.; *Pappi*, in: *ders.* (Hrsg.), *Methoden der Netzwerkanalyse*, 11; *Weyer*, in: *ders.* (Hrsg.), *Soziale Netzwerke*, 1; grundlegend zu Begriff und Bedeutung eines Forschungsparadigmas in den Wissenschaften allgemein *Kuhn*, *The Structure of Scientific Revolutions*, 43 ff.

⁶ Zum Verständnis von Netzwerken als polyzentrische, aus mehreren grundsätzlich gleichberechtigten Elementen bestehenden Strukturformen statt vieler *Peters*, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, 217 ff.; *Ladeur*, *Natur und Recht* 1997, 8 (13); *Brun/Mastrorardi/Schedler*, *Hierarchie und Netzwerke*, 3.

⁷ Zur Verortung von Netzwerken als zwischen Hierarchie und Markt belegene Organisationsstrukturen vgl. nur *Waschkuhn*, *Regimebildung und Netzwerke*, 22; *Ruffert*, in: *Bauer u.a.* (Hrsg.), *Demokratie in Europa*, 319 (327); *Mayntz*, in: *Héritier* (Hrsg.), *Policy-Analyse*, 39 (43 f.); *Kappelhoff*, in: *Sydow/Windeler* (Hrsg.), *Steuerung von Netzwerken*, 25; *Powell*, in: *Kenis/Schneider* (Hrsg.), *Organisation und Netzwerk*, 213 (214 ff.).

transnationalen Wirtschaftsrechts, zu dessen wesentlichen Bestandteilen – neben weiteren Strukturmerkmalen – gerade auch der Netzwerkansatz gezählt werden kann.⁸

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden ausgehend von den Funktionen und Grenzen der Beschreibungskategorie „Netzwerk“ (B.), der Bedeutung des Netzwerkansatzes im Rahmen des Konzepts des transnationalen Wirtschaftsrechts (C.) sowie den möglichen methodischen Ansätzen zur systematischen Durchdringung dieser zunächst einmal rechtstatsächlichen Phänomene (D.) analysiert werden, ob und in welchem Umfang Netzwerke gerade auch im Bereich des transnationalen Wirtschaftsrechts hinsichtlich einiger der von ihnen herausgebildeten Organisationsstrukturen (E.) sowie der Legitimation ihrer Regelbildung (F.) auf der Grundlage einer reflektierenden Übertragung staatsrechtlich geprägter Rechtsinstitute dogmatisch adäquat erfasst werden können.

B. Die Beschreibungskategorie „Netzwerk“: Funktionen und Grenzen ihrer Anwendung in der Rechtswissenschaft

Obgleich dem Netzwerkbegriff vor dem Hintergrund seiner gegenwärtigen Beliebtheit verschiedentlich der eher zweifelhafte⁹ Charakter eines „Modewortes“ zugeschrieben worden ist,¹⁰ stellt sich die vermehrte Bezugnahme auf den Netzwerkansatz gerade in der Rechtswissenschaft nicht als ein bloßes Anknüpfen an einen aktuellen, disziplinübergreifend zu beobachtenden Trend dar. Sie bildet vielmehr eine Reaktion auf veränderte Realitätsbedingungen. Vor dem Hintergrund, dass – wie es *Armin von Bogdandy* in deutlicher Anlehnung an *Immanuel Kant*¹¹ formulierte – es „seit jeher der Ehrgeiz der Wissenschaften“ ist, das „Mannigfaltige unter einer Idee zu einem System zu ordnen“,¹² ist diese Begriffsübertragung damit als Ansatz zur terminologischen und konzeptionellen Erfassung neuer Phänomene in der Rechtswirklichkeit aufzufassen.

Sowohl auf nationaler als auch auf supranationaler sowie internationaler Ebene gewinnen neue Regelungserscheinungen an Bedeutung, welche sich in ihrer Gesamtheit weder in Bezug auf die ihnen zugrunde liegenden Organisations- und Akteursstrukturen unter Rückgriff auf herkömmliche juristische Terminologien adäquat beschreiben, noch hinsichtlich der Entstehung und des Charakters ihrer Verhaltensvorgaben auf die nach herkömmlicher Auffassung als Rechtsetzungsprozesse im engeren

⁸ Vgl. hierzu *infra* C.

⁹ *Nobria*, in: ders./Eccles (Hrsg.), *Networks and Organizations*, 1 (3) („mixed blessing“).

¹⁰ In diesem Sinne unter anderem *Marin/Mayntz*, in: dies. (Hrsg.), *Policy Networks*, 11; *Börzel*, *Public Administration* 76 (1998), 253; *Röhrle*, *Soziale Netzwerke*, 2 („Zeitgeist“); *Weyer*, in: ders. (Hrsg.), *Soziale Netzwerke*, 1 („In geradezu modischer Manier wird nahezu jedes empirische Phänomen mittlerweile durch die ‚Netzwerk-Brille‘ betrachtet.“); sowie *Isensee*, *VVDStRL* 63 (2004), 90 (91) („Wir brauchen daher die Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer noch nicht umzutauften [...] in ‚Vereinigung Kosmopolitischer Netzwerkexperten‘.“).

¹¹ Zu *Kants* Systembegriff vgl. *Kant*, *Kritik der reinen Vernunft*, 860 („Ich verstehe aber unter einem Systeme die Einheit der mannigfaltigen Erkenntnisse unter einer Idee“).

¹² *v. Bogdandy*, *Supranationaler Föderalismus*, 9; vgl. auch unter anderem *Schmidt-Aßmann*, *Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee*, 1; *Canaris*, *Systemdenken und Systembegriff*, 13; sowie *Kant*, *Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft*, IV („Eine jede Lehre wenn sie ein System, d.i. ein nach Principien geordnetes Ganzes der Erkenntnis sein soll, heißt Wissenschaft“).

Sinne qualifizierten Normgebungsverfahren zurückführen lassen.¹³ Vielmehr konstituieren sich diese Steuerungsstrukturen insbesondere auf der Grundlage nichthierarchischer und formaler wie informaler Beziehungen zwischen einer Vielzahl an staatlichen, aber gerade auch über-, unter- und nichtstaatlichen Akteuren, welche durch kooperatives Handeln und wechselseitiges Einwirken aufeinander zwar nicht im engeren Sinne rechtsverbindliche, aber gleichwohl im Grundsatz effektive Formen der Verhaltenslenkung entwickeln.¹⁴ Diese als Netzwerke beschriebenen Organisationsformen sind im neueren Schrifttum – weit über den Bereich des transnationalen Wirtschaftsrechts hinaus beziehungsweise unter Hervorhebung einzelner von diesem Konzept umfassten Regelungsbereiche – in vielfältiger Weise identifiziert worden. Abgesehen vom innerstaatlichen Bereich¹⁵ sei hier nur beispielhaft verwiesen auf Kooperationsstrukturen zwischen Behörden auf europäischer¹⁶ wie internationaler Ebene¹⁷ als Ausdrucksformen des internationalisierten Verwaltungshandelns,¹⁸ das Phänomen des transnationalen Zusammenwirkens gerichtlicher Institutionen,¹⁹ die Regulierungsstrukturen internationaler Finanzmärkte,²⁰ die Vernetzung als Kooperationsform zwischen einer Vielzahl von sich herausbildenden globalen Zivilverfassungen,²¹ das gegenwärtige Verhält-

¹³ Vgl. unter anderem *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (290 ff.); *Tietje*, Zeitschrift für Rechtssoziologie 2003, 27 (38 ff.); sowie am Beispiel der vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht entwickelten Steuerungsmechanismen jüngst *Macht*, Der Baseler Ausschuss, 155 ff. m.w.N.

¹⁴ Siehe nur *Kerwer*, Governance 18 (2005), 611 ff.; *Walter*, in: Héritier u.a. (Hrsg.), European and International Regulation, 31 (37 ff.).

¹⁵ Zu Netzwerkstrukturen auf innerstaatlicher Ebene eingehender *Schuppert*, Verwaltungswissenschaft, 392 ff.; *Ladeur*, Die Verwaltung 26 (1993), 137 (152 ff.); *Hill*, BayVBl. 2002, 321 ff.; *Ritter*, DÖV 1995, 393 (394 ff.).

¹⁶ Siehe unter anderem *Schmidt-Aßmann*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 5, Rn. 26 f.; *Pache*, VVDStRL 66 (2007), 106 (132 f.); *Bignami*, Michigan Journal of International Law 26 (2005), 807 (809 ff.); *Riedel*, in: Schmidt-Aßmann/Schöndorf-Haubold (Hrsg.), Der Europäische Verwaltungsverbund, 103 (117 f.); *Sydow*, Verwaltungskooperation in der Europäischen Union, 78 ff.; *Wettner*, Die Amtshilfe, 289 ff.; *Groß*, EuR 2005, 54 (66); sowie *ders.*, VVDStRL 66 (2007), 152 (154 f.), m.w.N.

¹⁷ Vgl. beispielsweise *Möllers*, ZaöRV 65 (2005), 351 (380 ff.); *Schmidt-Aßmann*, in: Bauer u.a. (Hrsg.), FS Schmidt, 149 (158 f.); *Tietje*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 653 ff.; *Slaughter*, A New World Order, 36 ff.; *Raustiala*, Virginia Journal of International Law 43 (2002), 1 (4 ff.).

¹⁸ Grundlegend *Tietje*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 21 ff.

¹⁹ Zu diesen ebenfalls als Netzwerkstrukturen charakterisierten Beziehungen unter anderem *Slaughter*, in: Fox/Roth (Hrsg.), Democratic Governance and International Law, 199 (204 ff.); *dies.*, A New World Order, 65 ff.; *Kadelbach/Kleinlein*, AVR 44 (2006), 235 (265); vgl. auch jüngst in Bezug auf die „eher netzwerkähnliche denn hierarchische, auf wechselseitige Selbstkoordination ausgerichtete Organisation des ‚Rechtsprechungsverbundes‘“ aus nationalen Verfassungsgerichten, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte *Oeter*, VVDStRL 66 (2007), 361 (388).

²⁰ Siehe hierzu sowie in Bezug auf ihren Netzwerkcharakter *Tietje*, ZVglRWiss 101 (2002), 404 (407 ff.); *Marcussen*, in: Djelic/Sahlin-Andersson (Hrsg.), Transnational Governance, 180 ff.; *Barr/Miller*, European Journal of International Law 17 (2006), 15 ff.; *Zaring*, Chicago Journal of International Law 5 (2005), 547 (578 ff.); *Levit*, Yale Journal of International Law 30 (2005), 125 (182 ff.).

²¹ *Teubner*, ZaöRV 63 (2003), 1 (13, 27); *Fischer-Lescano/Teubner*, Michigan Journal of International Law 25 (2004), 999 (1017 ff.).

nis zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht,²² den Ordnungsverbund bestehend aus den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten,²³ die Entstehung von sich gänzlich ohne staatliche Beteiligung herausbildenden Regulierungssystemen „in der Hand weltweiter autonomer Netzwerke mit selbstgeschaffenen Regelwerken“,²⁴ die Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb internationaler Organisationen²⁵ sowie weitere Formen kooperativer Steuerungsmechanismen im internationalen System unter maßgeblicher Beteiligung nichtstaatlicher Akteure.²⁶

Unabhängig davon, ob die Charakterisierung als Netzwerkstruktur in jedem Einzelfall als zustimmungswürdig angesehen werden kann, findet doch vor dem Hintergrund der veränderten Realitätsbedingungen der prinzipielle Rückgriff auf die Beschreibungskategorie „Netzwerk“ – wie allgemein die Übertragung von ursprünglich oder zumindest in zentraler Weise durch die Sozialwissenschaften geprägten Begriffen – seine Rechtfertigung in dem im Grundsatz notwendigen Wirklichkeitsbezug jeden Rechtssystems;²⁷ also in der in prägnanter Weise bereits von *Max Huber* zum Ausdruck gebrachten Erkenntnis, dass die „fundamentalen Rechtsgebilde [...] allgemeinen sozialen Phänomenen entsprechen“ und dass „das juristische und das soziologische Element [...] in diesen Erscheinungen in beständiger Wechselwirkung und in unlöslicher gegenseitiger Verbindung“ stehen.²⁸ Der damit im Interesse der Effektivität einer normativen Ordnungsstruktur nur begrenzt zulässige „Dualismus von Recht

²² Siehe *Peters*, in: Dicke u.a. (Hrsg.), *Liber amicorum Jost Delbrück*, 535 (542) („the relationship between international and national law cannot plausibly be described as a clear hierarchy. Both bodies of norms rather form a network“); zur Herausbildung eines „transnational constitutional network“ *dies.*, *Leiden Journal of International Law* 19 (2006), 579 (601 f.).

²³ Vgl. *Pitschas*, *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 5 (1994), 503 (509 ff.); *Ladeur*, *European Law Journal* 3 (1997), 33 (46 ff.); *Kingreen*, in: v. Bogdandy (Hrsg.), *Europäisches Verfassungsrecht*, 631 (652); *Slaughter/Burke-White*, *Harvard International Law Journal* 47 (2006), 327 (337); *Franzius*, *Der Staat* 42 (2003), 493 (516); sowie eingehender *Peters*, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, 215 ff.; kritisch hierzu allerdings *Börzel*, in: *Schuppert/Pernice/Halterm* (Hrsg.), *Europawissenschaft*, 613 (624 ff.).

²⁴ *Stolleis*, in: *Héritier u.a.* (Hrsg.), *European and International Regulation*, 17 (29).

²⁵ Siehe *Tietje*, in: *Dicke/Fröhlich* (Hrsg.), *Wege multilateraler Diplomatie*, 12 (22 ff.).

²⁶ So z.B. *Vesting*, *VVDStRL* 63 (2004), 41 (56 ff.); *Berman*, *Columbia Journal of Transnational Law* 43 (2005), 485 (500 ff.); sowie *Scherzberg*, *Wozu und wie überhaupt noch öffentliches Recht?*, 42 („Der Staat [...] wird zu einem von vielen Knoten in diesem Netzwerk verschiedenster Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene, in dem politische Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Interessenverbände und spontane Initiativen ihre eigenen, nur noch partiell territorial ausgerichteten Entscheidungs- und Abstimmungssysteme entwickeln.“).

²⁷ Vgl. unter anderem *Eifert*, in: *ders./Hoffmann-Riem* (Hrsg.), *Innovation und rechtliche Regulierung*, 88 (102); *Vesting*, *VVDStRL* 63 (2004), 96 (98) („Das Recht ist auf eine adäquate kognitive Wahrnehmung der Realität angewiesen“); *Hoffmann-Riem*, *AöR* 131 (2006), 255 (262) („Deshalb steht die Rechtswissenschaft vor der Aufgabe, sich verstärkt mit den beobachtbaren Veränderungen zu befassen und ein auf sie abgestimmtes Konzept von Recht und Rechtsanwendung zu entwickeln.“); zur erforderlichen Rückbindung der verwaltungsrechtlichen Systembildung an die Verwaltungsrealität überdies *Schmidt-Aßmann*, *Die Verwaltung*, Beiheft 4, 2001, 253 (271); *Hoffmann-Riem*, *AöR* 115 (1990), 400 (401 f.); sowie zur Notwendigkeit „juristische[r] Sensibilität für gesellschaftliche Irritationen“ *Teubner*, in: *Bäuerle u.a.* (Hrsg.), *Haben wir wirklich Recht?*, 9.

²⁸ *Huber*, *JöR* 4 (1910), 56 (61); allgemein hierzu *Aubert*, *Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie* 6 (1980), 117 ff.

und sozialem Rechtssubstrat²⁹ erfordert – trotz der gerade den Juristen zugeschriebenen „begriffskonservativen“ Attitüde³⁰ – immer dann die Entwicklung oder Rezeption neuer Begriffe durch die Rechtswissenschaft, wenn in der Rechtswirklichkeit auftretende Phänomene nicht mehr in adäquater Weise unter Rückgriff auf herkömmliche juristische Terminologien erfasst werden können.³¹ Die gegenwärtig zu beobachtende, vermehrte Bezugnahme auf den Netzwerkansatz dient also von ihrer zugrunde liegenden Motivation her dem Zweck, im Wege begrifflicher Diskontinuität ein neues Steuerungsphänomen sprachlich erfassen zu können.³²

Der somit zur begrifflichen Determinierung neuer Rechtsphänomene gebotene und damit gerechtfertigte interdisziplinäre Ansatz³³ stellt sich jedoch nicht als Einbahnstraße dar; eine Rezeption der Beschreibungskategorie „Netzwerk“ – wie allgemein die Übertragung von Begriffen aus den Nachbarwissenschaften – entbindet nicht von der Notwendigkeit einer rechtswissenschaftlichen Analyse der entsprechenden Organisationsstrukturen.³⁴ Dieser Überlegung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass – wie es jüngst von *Eberhard Schmidt-Aßmann* speziell bezogen auf die Verwaltungswissenschaft, gleichwohl in verallgemeinerungsfähiger Weise formuliert worden ist – „[w]as immer in der Verwaltungsrealität Existenz besitzt“ Anspruch darauf hat, „von der Verwaltungsrechtswissenschaft wahrgenommen, systematisch durchdrungen und zu den bisherigen Erkenntnissen in Beziehung gesetzt zu werden“.³⁵

Insofern ist also in Bezug auf die Rechtfertigung und Grenzen der Anwendung des Netzwerkbegriffs in der Rechtswissenschaft zwischen der Adäquanz als Beschreibungsrahmen einerseits und der systematischen Durchdringung des zugrunde liegenden Rechtsphänomens andererseits zu differenzieren. Der Rückgriff auf den Netz-

²⁹ *Huber*, JöR 4 (1910), 56 (62); eingehend zur soziologischen Völkerrechtskonzeption von *Max Huber* insbesondere *Diggelmann*, Völkerrechtssoziologie, 61 ff.; sowie jüngst *Delbrück*, in: Reinisch/Kriebaum (Hrsg.), *Liber amicorum Hanspeter Neuhold*, 33 (38 ff.); *ders.*, *European Journal of International Law* 18 (2007), 97 ff., jeweils m.w.N.

³⁰ *Hoffmann-Riem*, in: Schuppert (Hrsg.), *Governance-Forschung*, 195.

³¹ *Schuppert*, in: Klingemann/Neidhardt (Hrsg.), *Zur Zukunft der Demokratie*, 237 (246 ff.); *Wahl*, in: Dreier (Hrsg.), *Rechts- und staatsrechtliche Schlüsselbegriffe*, 113 (115 ff.); *Wagner*, ZEuS 2006, 287 (300); allgemein zur Begriffsbildung als zentraler Aufgabe der Rechtswissenschaft *Möllers*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Bd. I, § 3, Rn. 38.

³² Vgl. *Schuppert*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Bd. I, § 16, Rn. 156 („sprachfähig zu machen“); ähnlich *Vesting*, VVDStRL 63 (2004), 41 (64); *Lüdemann*, *Netzwerke, Öffentliches Recht und Rezeptionstheorie*, 3; sowie allgemein *Treiber*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann (Hrsg.), *Innovation und Flexibilität des Verwaltungshandelns*, 371 (396).

³³ Zur Notwendigkeit der Rechtfertigung eines interdisziplinären Vorgehens *Schmidt-Aßmann*, JZ 1995, 2 (7) („Auch sonst ist Nüchternheit geboten: Interdisziplinarität ist nicht das Normale; sie hat sich durch den Nachweis von Defiziten der disziplinären Forschung zu legitimieren. Disziplinarität ist ein zentrales Strukturmerkmal von Wissenschaft.“).

³⁴ In diesem Sinne auch *Ruffert*, *Die Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht*, 52; *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), *Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts*, 317 (328 Fn. 34); *Möllers*, *ZaöRV* 65 (2005), 351 (382); *Sydow*, *Verwaltungskooperation in der Europäischen Union*, 79; allgemein in Bezug auf rezipierte Begriffe und die ihnen zugrunde liegenden Phänomene überdies *Schmidt-Aßmann*, in: *ders./Hoffmann-Riem* (Hrsg.), *Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft*, 387 (402 f.); *Jestaedt*, *Die Verwaltung* 35 (2002), 293 (317); vgl. zur Erforderlichkeit einer „kontrollierten Rezeption“ auch jüngst *Gusy*, JöR N.F. 55 (2007), 41 (54 ff.).

³⁵ *Schmidt-Aßmann*, *Der Staat* 45 (2006), 315.

werkansatz dient zunächst allein der terminologischen Erfassung und Kategorisierung einer Vielzahl neuer Steuerungsstrukturen.³⁶ Er findet seine primäre Rechtfertigung – aber *prima facie* auch seine funktionale Grenze – also darin, dass gerade „die Kategorie des Netzwerks ein ernst zu nehmendes Beschreibungsangebot für Organisationsstrukturen [macht], die sich nicht mehr in die Matrix herkömmlicher juristischer Unterscheidungen einfügen lassen“.³⁷ Demgegenüber bildet den Ausgangspunkt der systematischen Erfassung des neuen Rechtsphänomens weiterhin die juristische Dogmatik in Gestalt des bestehenden Fundus an Rechtsinstituten.³⁸

Die damit zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit einer Rückbindung rezipierter Begriffe an die Rechtsdogmatik³⁹ hat allerdings nicht zur Folge, dass die Beschreibungskategorie „Netzwerk“ gänzlich ohne Einfluss auf die rechtswissenschaftliche Analyse der zugrunde liegenden Phänomene wäre. Dies folgt zum einen aus dem Umstand, dass von einer Begriffswahl bekanntermaßen regelmäßig eine bestimmte Suggestivwirkung ausgeht, welche auch für die dogmatische Erfassung zumindest mitprägend sein kann.⁴⁰ Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass die Begriffsübertragung deswegen erforderlich ist, weil das durch sie sprachlich eingefangene Phänomen gerade nicht unter Heranziehung herkömmlicher juristischer Terminologien adäquat bestimmt werden kann und damit auch seine „rechtswissenschaftliche[...] Erfassung besondere Schwierigkeiten bereitet“.⁴¹ Der Begriffsrezeption kommt also überdies die methodisch relevante Aufgabe zu, den Blick darauf zu lenken, dass zur systematischen

³⁶ So auch z.B. *Sydow*, Verwaltungskooperation in der Europäischen Union, 79; *Möllers*, ZaöRV 65 (2005), 351 (382); *Chiti*, Common Market Law Review 37 (2000), 309 (330); die Beschreibungsfunktion des Begriffs hervorhebend überdies *Wettner*, Die Amtshilfe, 290 („so induziert auch das Modell des Netzwerkes keine Rechte und Pflichten, sondern beschreibt lediglich durch das Sekundärrecht oder durch primärrechtliche Prinzipien, etwa das Gebot loyaler Zusammenarbeit, vorgegebene kooperative Verwaltungsstrukturen“); *Groß*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 13, Rn. 12; und deutlich jüngst *ders.*, VVDStRL 66 (2007), 152 (155) („Für die Lösung konkreter Rechtsfragen im Verhältnis zwischen den Ebenen leisten sie [u.a. der Begriff des Netzwerkes] jedoch keinen Beitrag.“); sowie *Kenis/Schneider*, in: Marin/Mayntz (Hrsg.), Policy Networks, 25 (44) („In our opinion, network analysis is no theory *in stricto sensu* but rather a toolbox for describing and measuring relational configurations and their structural characteristics.“); deutlich kritisch schließlich *Weiß*, Die Verwaltung 38 (2005), 517 (521) („Andererseits entfaltet die Aussage, EG-Recht werde in einem Netzwerk nationaler und europäischer Stellen vollzogen, wenig strukturierende Kraft [...]“); und *Jestaedt*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 14, Rn. 18, welcher den Terminus „Netzwerk“ zu denjenigen Begriffen zählt, welche „sämtlich – ungeachtet der Frage, ob sie nicht bereits in Bälde von neuen Begriffsschöpfungen und Deutungsschemata überholt sind – als (organisations-)rechtsunspezifische Kennzeichnungen komplexer Verflechtungsphänomene“ fungieren.

³⁷ *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (295); vgl. auch *ders.*, ZaöRV 65 (2005), 351 (382).

³⁸ Allgemein zu Begriff und den Funktionen der Rechtsdogmatik statt vieler *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, 307 ff.; *Brohm*, VVDStRL 30 (1972), 245 (246 ff.), jeweils m.w.N.

³⁹ Vgl. *Möllers*, VerwArch. 93 (2002), 22 (43 ff.); *Voßkuhle*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 1, Rn. 41.

⁴⁰ Zu diesem Phänomen beispielsweise *Jestaedt*, in: Krause u.a. (Hrsg.), Gedächtnisschrift für Wolfgang Blomeyer, 637 (644); *Marks*, New York University Journal of International Law & Politics 37 (2005), 995 ff.; in diese Richtung in Bezug auf die potentielle Wirkung von Staatsbildern auch *Voßkuhle*, Der Staat 40 (2001), 495 (497 f.) („realitätsprägend“).

⁴¹ So speziell bezogen auf Netzwerke *Schmidt-Aßmann* in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 5, Rn. 27.

Durchdringung der veränderten Bedingungen in der Rechtswirklichkeit unter Umständen Fortentwicklungen der juristischen Dogmatik erforderlich sind.⁴²

Diese als Anstoß- oder Innovationsfunktion hinsichtlich einer gegebenenfalls erforderlichen Anpassung der rechtswissenschaftlichen Dogmatik charakterisierbare Bedeutung neuer Beschreibungskategorien spiegelt sich auch in dem Aufgabenspektrum wider, welches insbesondere im Rahmen der so genannten „Neuen Verwaltungswissenschaft“ den „interdisziplinären Verbundbegriffen“, „Brückenbegriffen“ bzw. „Schlüsselbegriffen“ zugeschrieben wird.⁴³ Diese Termini, zu denen auch der Netzwerkbegriff selbst zu zählen ist,⁴⁴ zeichnen sich nämlich nicht lediglich durch ihre Eigenschaft aus, „verschiedene disziplinäre Fachdiskurse und ihre Ergebnisse miteinander zu verkoppeln“.⁴⁵ Vielmehr – und das verdeutlicht ihre gleichzeitige Innovationsfunktion – dienen sie auch „dem jeweiligen Fachdiskurs als Katalysator“⁴⁶ und haben damit in rechtsdogmatischer Hinsicht eine „Erschließungsfunktion“⁴⁷ indem sie „jene übergeordneten Grundvorstellungen zum Ausdruck [bringen], die notwendig sind, um das bestehende Repertoire an Rechtsinstituten und Regelungsmodellen im Hinblick auf veränderte Realbedingungen neu zu durchdenken und fortzuentwickeln“.⁴⁸

⁴² Die möglichen Auswirkungen von Begriffsrezeptionen auf die Rechtsdogmatik sind von *Wolfgang Hoffmann-Riem* in folgender Weise bildlich prägnant zum Ausdruck gebracht worden: „Früher wurde von Sozialwissenschaftlern manchmal abschätzig gesagt, Juristen würden die Sozialwissenschaften als eine Art Steinbruch nutzen und sich Brocken und Splitter herausuchen, die sie nach Belieben in ihr Argumentationsbauwerk einbauen, um Schlitze und Löcher zu stopfen. Allem Anschein nach ist die Interaktion aber kein einfaches Nehmen und Verwenden. Die rezipierten Brocken und Splitter sind nämlich kein toter Stein, sondern leben weiter und können Setzrisse oder gar Steinverschiebungen im Gemäuer der Rechtswissenschaft verursachen.“ Vgl. *Hoffmann-Riem*, Die Verwaltung, Beiheft 2, 1999, 83 (86); ähnlich im Hinblick auf Staatsbilder *Voßkuhle*, Der Staat 40 (2001), 495 (498) („Sie gewinnen mitunter eine Eigendynamik und eine Wirkung, die von ihren Geburtshelfern gar nicht beabsichtigt waren.“); sowie speziell in Bezug auf Netzwerke jetzt *Lüdemann*, Netzwerke, Öffentliches Recht und Rezeptionstheorie, 5.

⁴³ Allgemein hierzu *Voßkuhle*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 1, Rn. 40 ff. m.w.N.

⁴⁴ Vgl. *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 9 (61); *Baer*, in: *ibid.*, 223 (227); *Lüdemann*, Netzwerke, Öffentliches Recht und Rezeptionstheorie, 4.

⁴⁵ *Schuppert*, Die Verwaltung, Beiheft 2, 1999, 103 (109); ebenso *Trute*, in: Schuppert (Hrsg.), Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat, 13 (14); *Voßkuhle*, Der Staat 40 (2001), 495 (504 f.); sowie in Bezug auf „Brückenbegriffe“ *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 9 (61 f.).

⁴⁶ *Trute*, in: Schuppert (Hrsg.), Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat, 13; *Schuppert*, Verwaltungswissenschaft, 46; vgl. auch *Voßkuhle*, in: Bauer u.a. (Hrsg.), Umwelt, Wirtschaft und Recht, 171 (187); *ders.*, Die Verwaltung, Beiheft 4, 2001, 197 (198).

⁴⁷ So bereits *Denninger*, in: Broda u.a. (Hrsg.), FS Wassermann, 279 (290); zustimmend *Baer*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 223 (225); eine ähnliche Funktion schreibt *Christoph Gusy* den so genannten „Verweisungsbegriffen“ zu, vgl. *Gusy*, JZ 1991, 213 (220 f.).

⁴⁸ *Voßkuhle*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 1, Rn. 41; vgl. auch *Schmidt-Aßmann*, Die Verwaltung, Beiheft 4, 2001, 253 (271) („eine gezielte und wissenschaftlich begleitete Fortentwicklung der verwaltungsrechtlichen Systematik“); sowie zur „wechselseitigen Einflussnahme des normativen und des politischen Gegenstandsbereichs“ als Kennzeichen interdisziplinärer Verbundbegriffe *Knill/Winkler*, Der Staat 45 (2006), 215 (243).

C. Die Bedeutung des Netzwerkansatzes im Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts

Die Funktionen, welche dem Netzwerkansatz zur terminologischen und konzeptionellen Erfassung neuer Regelungserscheinungen in der Rechtswirklichkeit zukommen, finden im Hinblick auf die sich wandelnden normativen Ordnungsstrukturen im internationalen Wirtschaftssystem ihren deutlichen Ausdruck im Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts.

Die begriffliche und rechtsdogmatische Durchdringung der normativ erheblichen Steuerungsmechanismen im internationalen Wirtschaftssystem ist bereits seit vielen Jahren Gegenstand einer kontrovers geführten Debatte im wissenschaftlichen Schrifttum. Nach traditioneller Auffassung lassen sich die auf die Interaktionen im internationalen Wirtschaftssystem Anwendung findenden Rechtsnormen in Abhängigkeit von ihrem Ursprung entweder dem nationalen Recht eines Staates oder dem Völkerrecht zuordnen. Darüber hinaus ist im wissenschaftlichen Schrifttum als eine weitere Rechtserscheinung im internationalen Wirtschaftssystem bereits seit längerem das Phänomen der so genannten *lex mercatoria*, also das gesellschaftsautonome Selbstregulierungssystem in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, identifiziert und eingehend analysiert worden.⁴⁹

Gleichwohl lässt sich gerade in Bezug auf die terminologische und konzeptionelle Erfassung der normativen Struktur des internationalen Wirtschaftssystems schon deutlich früher als in anderen Rechtsbereichen auch eine Sichtweise im wissenschaftlichen Schrifttum nachweisen, derzufolge die sich schematische Einteilung der Rechtsnormen in Abhängigkeit von ihrem Ursprung, welche ihre Grundlage in der Tradition des Rechtspositivismus der so genannten juristischen Methode findet,⁵⁰ als inadäquater Ansatz zur inhaltlichen Beschreibung des Internationalen Wirtschaftsrechts erweist. Vielmehr wird zunehmend die Auffassung vertreten, dass es sich um eine normative Ordnung handelt, „die aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Regelungsbereiche und im Geflecht eines die uns vertrauten juristischen Fachsäulen sprengenden Normgefüges gewachsen ist“.⁵¹ Den Ausgangspunkt dieser Sichtweise stellte die von *Georg Erler* bereits 1956 zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis dar, dass „jeder Versuch, den einheitlichen Sozialtatbestand des Organisationsrechtes der internationalen Wirtschaft auf das Völkerrecht auf der einen Seite und das innerstaatliche Wirtschaftsrecht auf der anderen Seite zu verteilen, als unzumutbar abzulehnen“ sei.⁵² Im Anschluss an die grundlegende Untersuchung von *Erler* geht dementsprechend die heute wohl als herrschende Meinung anzusehende Auffassung von dem begrifflichen und inhaltlichen Ansatz aus, dass das Internationale Wirtschaftsrecht sich nicht auf

⁴⁹ Vgl. hierzu nur *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 1 ff. m.w.N.

⁵⁰ Vgl. *Tietje*, in: Dicke u.a. (Hrsg.), Liber amicorum Jost Delbrück, 783 (792); eingehender zu der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelnden so genannten juristischen Methode nur *Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts, Bd. 2, 330 ff.; *Pauly*, Der Methodenwandel, 1 ff., insbesondere 140 ff.; der Begriff „juristische Methode“ selbst wurde im Jahre 1857 von *Rudolph v. Ihering* geprägt, vgl. *v. Ihering*, Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts 1 (1857), I (21) („Während die naturhistorische, oder nennen wir sie von jetzt an die juristische Methode [...]“).

⁵¹ So beispielsweise *Paschke*, in: Schmidt (Hrsg.), Vielfalt des Rechts, 147 (162).

⁵² *Erler*, Grundprobleme des Internationalen Wirtschaftsrechts, 16.

die anwendbaren völkerrechtlichen Regelungen beschränkt, sondern primär das internationale Wirtschaftssystem als soziales Phänomen den rechtssystematischen Anknüpfungspunkt für den Gegenstand dieses Rechtsgebietes darstellt.⁵³

Aber selbst unter Berücksichtigung der damit zumindest von der herrschenden Meinung vollzogenen Überwindung einer schematischen Einteilung der auf die Interaktionen im internationalen Wirtschaftssystem Anwendung findenden Rechtsnormen nach ihrem Ursprung erweist sich die gegenwärtig im Schrifttum ganz überwiegend vertretene Sichtweise in Bezug auf die begriffliche und inhaltliche Ausgestaltung des Internationalen Wirtschaftsrechts als in wachsendem Umfang unzureichend, um die normativ erheblichen Steuerungsmechanismen in rechtsdogmatisch angemessener Weise zu erfassen. Die normative Struktur des heutigen internationalen Wirtschaftssystems ist nämlich nicht mehr allein durch die bereits von *Erler* konstatierte „enge Verzahnung völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und privatrechtlicher Normen“⁵⁴ gekennzeichnet. Charakteristisch für die normativ erhebliche Steuerung ist vielmehr eine miteinander verschränkte und in ihrer Gesamtheit eine Netzwerkstruktur aufweisende Vielfalt unterschiedlicher Steuerungsakteure, Regelungsstrukturen und Prozesse der Verhaltenslenkung, im Lichte derer gerade auch die traditionellen Grenzen zwischen rechtsverbindlichen und unverbindlichen Steuerungsmechanismen zunehmend fließender werden.⁵⁵ Deutliche Indizien für diese – auch bereits als Herausbildung von „wechselseitigen Wirkungsketten zwischen Regulierungssubjekt und Regulierungsobjekt, die dieses Subjekt/Objekt-Verhältnis ständig in Frage stellen oder gar zerstören“ charakterisierte⁵⁶ – Entwicklung bilden beispielsweise die Inkorporation vertragsexterner Standards, die vielgestaltige Beteiligung nichtstaatlicher Akteure wie beispielsweise transnationaler Unternehmen und NGOs an den Rechtssetzungsprozessen, die Standardisierungsaktivitäten privater und intermediärer Institutionen und die wachsende Bedeutung des so genannten „soft law“ im internationalen Wirtschaftssystem.⁵⁷

Sowohl die wachsende Anzahl und Vielfalt der an der Herausarbeitung und Durchsetzung normativ erheblicher Verhaltensvorgaben beteiligten überstaatlichen, staatlichen, substaatlichen, intermediären und nichtstaatlichen Entitäten, als auch das hiermit eng zusammenhängende Ineinandergreifen rechtsverbindlicher und unverbindlicher Mechanismen der Verhaltenssteuerung – und damit der empirische Befund, welcher heute für das Bild des internationalen Wirtschaftssystems prägend ist – werden von der vorherrschenden, insoweit doch wiederum noch dem traditionellen rechtspositivistischen Denken verhafteten Sichtweise des Internationalen Wirtschaftsrechts nicht in adäquatem Umfang berücksichtigt. Vielmehr erfolgte die erforderlich gewordene, eingehende rechtsdogmatische Reflektierung dieses Phänomens aus öf-

⁵³ In diesem Sinne besonders deutlich schon *Fischer*, German Yearbook of International Law 19 (1976), 143 (152); ebenso statt vieler *Herdegen*, Internationales Wirtschaftsrecht, 2 ff.; vgl. auch *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 644 ff. m.w.N.

⁵⁴ *Erler*, in: Der Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.), FS Kraus, 31 (44) (Hervorhebung im Original).

⁵⁵ Vgl. hierzu *Tietje*, ZVglRWiss 101 (2002), 404 (407, 417); ähnlich auch *ders./Nowrot*, European Business Organization Law Review 5 (2004), 321 (342); *dies.*, in: *Tietje/Brouder/Nowrot* (Hrsg.), Philip C. Jessup's *Transnational Law Revisited*, 17 (22).

⁵⁶ So in Bezug auf das Wirtschaftsrecht allgemein *Amstutz*, in: *Schweizer/Burkert/Gasser* (Hrsg.), FS Druey, 9 (15).

⁵⁷ Allgemein zu diesen Phänomenen statt vieler *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 135 ff. m.w.N.

fentlich-rechtlicher Perspektive im Schrifttum erst in jüngerer Zeit – und unter Rückgriff auf den Netzwerkansatz – durch die Entwicklung des Konzepts des transnationalen Wirtschaftsrechts.⁵⁸

Die Vorstellung eines transnationalen Wirtschaftsrechts nimmt ihren Ausgangspunkt in Überlegungen, welche der US-amerikanische Völkerrechtler und spätere Richter am Internationalen Gerichtshof *Philip C. Jessup* in seinem gerade auch heute noch in Bezug auf seine grundsätzlichen Aussagen höchst aktuellen Werk „Transnational Law“ aus dem Jahre 1956 niedergelegt hat.⁵⁹ Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass die gegenwärtig das internationale Wirtschaftssystem prägende Rechtswirklichkeit auf der Grundlage einer Differenzierung zwischen nationalem Wirtschaftsrecht, Wirtschaftsvölkerrecht und der *lex mercatoria* nicht mehr in dogmatisch adäquater Weise beschrieben werden kann, sondern vielmehr insgesamt einen transnationalen Charakter im Sinne dieses von *Jessup* geprägten Begriffs aufweist, zeichnet sich das Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts durch vier zentrale Strukturmerkmale aus.⁶⁰ Über die in wachsendem Umfang zu beobachtende Entterritorialisierung des Rechts und die zunehmende Relativierung der Grenzen zwischen rechtsverbindlichen und rechtsunverbindlichen Mechanismen der Verhaltenssteuerung als zwei der zentralen Charakteristika hinaus, ist vorliegend von besonderer Bedeutung, dass das transnationale Wirtschaftsrecht durch eine deutliche Erweiterung des Kreises der relevanten Steuerungssubjekte sowie – in Bezug auf die Entwicklung seiner normativen Ordnungsstrukturen – durch eine von einem Netzwerk verschiedenster staatlicher, über-, unter- und nichtstaatlicher Akteure getragenen Rechtsbildung gekennzeichnet ist.

Dem Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts liegt also in zentraler Weise die Erkenntnis zugrunde, dass grenzüberschreitende Wirtschaftstransaktionen heute in wesentlichen Bereichen von einem Netzwerk aus als transnational zu charakterisierenden, normativ relevanten Verhaltensvorgaben und der sie entwickelnden Akteure determiniert wird. Die Netzwerkstrukturen des transnationalen Wirtschaftsrechts führen nicht nur zur Herausbildung dynamischer, also sich ständig an veränderte Umstände anpassender Regelungsstrukturen im internationalen Wirtschaftssystem. Vielmehr ergeben sich aus ihnen auch in vielfältiger Weise Konsequenzen sowohl für die Rechtspraxis als auch die rechtswissenschaftliche Forschung und Lehre.⁶¹ Auf der Grundlage des Konzepts des transnationalen Wirtschaftsrechts stellen sich die Regelungsstrukturen im internationalen Wirtschaftssystem somit zusammenfassend als „ein Netzwerk von Rechtsnormen und Rechtssubjekten [dar], das die sich tatsächlich vollziehenden grenzüberschreitenden Transaktionen öffentlicher und privater Natur bestimmt“.⁶²

⁵⁸ Grundlegend *Tietje*, ZVglRWiss 101 (2002), 404 ff.

⁵⁹ *Jessup*, Transnational Law, 1 ff.; in Bezug auf die grundlegende Bedeutung dieses Werkes für das Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts *Tietje*, ZVglRWiss 101 (2002), 404 ff.; *ders./Nowrot*, in: *Tietje/Brouder/Nowrot* (Hrsg.), *Philip C. Jessup's Transnational Law Revisited*, 17 ff.

⁶⁰ Vgl. *Tietje*, ZVglRWiss 101 (2002), 404 (415 ff.).

⁶¹ Eingehender hierzu *ibid.*, 418 ff.

⁶² *Ibid.*, 407; siehe überdies unter anderem *ders./Nowrot*, *European Business Organization Law Review* 5 (2004), 321 (342 ff.); *dies.*, in: *Tietje/Brouder/Nowrot* (Hrsg.), *Philip C. Jessup's Transnational Law Revisited*, 17 (22 ff.).

D. Ansätze zur dogmatischen Erfassung von Netzwerkstrukturen und der Legitimation ihrer Steuerungsleistungen

Im Lichte der Funktionen und Grenzen der Beschreibungskategorie „Netzwerk“ im Allgemeinen und der Bedeutung des Netzwerkansatzes im Konzept des transnationalen Wirtschaftsrechts im Besonderen ist nunmehr zu analysieren, welcher methodische Ansatz als Basis für die dogmatische Durchdringung von Netzwerkstrukturen und der Legitimation ihrer Steuerungsleistung adäquat erscheint. Zwar findet sich im Schrifttum bereits verschiedentlich der Hinweis auf die mit den Netzwerkphänomenen verbundenen Herausforderungen an die Rechtsdogmatik.⁶³ Gleichwohl sind die Möglichkeiten und Ansätze zur rechtswissenschaftlichen Erfassung von Netzwerkstrukturen bislang kaum systematisch untersucht worden.⁶⁴

Die Notwendigkeit einer solchen Analyse liegt angesichts der im Vorgenannten dargelegten funktionalen Grenzen der Beschreibungskategorie „Netzwerk“ auf der Hand. Wenn dem Netzwerkbegriff in der Rechtswissenschaft eine Bedeutung zukommen soll, die über den bloßen „Zauber des Benennens des Unbekannten“ hinausgeht,⁶⁵ ist zu ermitteln, ob und auf welche Weise die hiermit beschriebenen Phänomene – gerade auch in Bezug auf ihre Steuerungsstrukturen sowie den daraus resultierenden Legitimationsherausforderungen – auf der Grundlage bestehender Rechtskategorien erfasst und in die normativen Ordnungsstrukturen eingeordnet werden können. Eine solche differenzierte, rechtsdogmatische Betrachtung dient nicht nur der Bildung des erforderlichen theoretischen Bezugsrahmens des Netzwerkbegriffs in der Rechtswissenschaft.⁶⁶ Vielmehr lässt sich auch allein auf der Grundlage einer solchen Vorgehensweise vermeiden, dass die Verwendung dieser Beschreibungskategorie gleichzeitig „drastische Beschreibungsverluste“⁶⁷ nach sich zieht.

In diesem Zusammenhang kann auf Überlegungen zurückgegriffen werden, welche sich im Schrifttum in Bezug auf die Konzeptionalisierung der strukturellen Veränderungen im internationalen System insgesamt sowie hinsichtlich der Qualifizierung der Europäischen Union nachweisen lassen. Eine Anknüpfung erscheint nicht allein deswegen geboten, weil sowohl das gegenwärtige Verhältnis zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht als auch der Ordnungsverbund bestehend aus den

⁶³ Siehe unter anderem *Schmidt-Aßmann*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 5, Rn. 27; *Schuppert*, in: *ibid.*, § 16, Rn. 155 ff.; *Teubner*, ZHR 165 (2001), 550 (555 ff.).

⁶⁴ In diesem Sinne auch *Ziller*, in: Benz/Siedentopf/Sommermann (Hrsg.), FS Klaus König, 279 (280 ff.); *Wettner*, Die Amtshilfe, 289 („in der rechtswissenschaftlichen Behandlung wurde das Thema lange Zeit vernachlässigt“); sowie in Bezug auf die Europäisierung der Verwaltungsrechtslehre *Ruffert*, Die Verwaltung 36 (2003), 293 (312) („Das Netzwerkdenken erweist sich nach alledem als origineller, weiterführender und mehr und mehr unverzichtbarer Denkansatz, der *in nuce* in der gegenwärtigen Verwaltungsrechtslehre angelegt ist, jedoch seiner weiteren theoretischen Absicherung, praktischen Anwendung und sinnvollen Begrenzung harrt.“); exemplarisch *Raustiala*, Virginia Journal of International Law 43 (2002), 1 (25) („While outside the scope of this article, a comprehensive normative evaluation of networks remains a critical task“).

⁶⁵ *Druey*, KritV 2006, 163 (166); zur Kritik an den vielfach deskriptiven Netzwerkansätzen vgl. auch *Messner*, in: Altwater u.a. (Hrsg.), Vernetzt und Verstrickt, 28 (38 ff.).

⁶⁶ Allgemein zu dieser Anforderung in Bezug auf „anspruchsvollere Formen der Begriffsbildung“ *Möllers*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 3, Rn. 39 m.w.N.

⁶⁷ So *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (295).

Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten, wie eingangs dargelegt, ebenfalls bereits als Netzwerkstrukturen beschrieben worden sind. Vielmehr ist vor allem zu berücksichtigen, dass die diesbezüglichen Ansätze – ebenso wie die hier behandelte Frage nach der adäquaten Konzeptionalisierung von Netzwerkstrukturen – übereinstimmend die systematische Durchdringung neuer Entwicklungen in der Rechtswirklichkeit zum Gegenstand haben, also vom Ausgangspunkt her eine durchaus vergleichbare Problemkonstellation vorliegt. Versucht man, diese Überlegungen von ihren analytischen Grundannahmen her jeweils einem theoretischen Ansatz im Sinne einer spezifischen und übergreifenden methodischen Herangehensweise zuzuordnen, so lassen sie sich grundsätzlich in zwei Kategorien einteilen, deren Adäquanz es auch in Bezug auf die systematische Durchdringung von Netzwerkstrukturen zu ermitteln gilt.

Zum einen wird aus der Neuartigkeit und damit Präzedenzlosigkeit des zu konzeptionalisierenden Rechtsphänomens die Schlussfolgerung gezogen, dass nur ein hiermit korrespondierendes präzedenzloses Denken unter Außerachtlassung der bisherigen „nationalstaatlichen Denkschablonen“ angemessene Lösungsansätze ermöglicht,⁶⁸ da die diesbezügliche Systembildung „vermutlich nicht in der Blickbahn derjenigen Kategorien [liegt], die für die traditionellen, politisch konstituierenden Regionalgesellschaften adäquat“ gewesen sind.⁶⁹ Die neuen Entwicklungen in der Rechtswirklichkeit haben zur Herausbildung von Organisationsstrukturen und Phänomenen geführt, welchen – vergleicht man sie mit den bisherigen, staatszentriert geprägten Rechtskategorien – ein *sui-generis*-Charakter eigen ist.⁷⁰ Ihre adäquate dogmatische Erfassung kann daher auch nicht auf der Grundlage des „Begriffskorsett[s] der klassischen Allgemeinen Staatslehre des ausgehenden 19. Jahrhunderts“ erfolgen, sondern bedarf der Entwicklung und Heranziehung eines „eigenständigen Analyserasters“.⁷¹

Diese methodische Herangehensweise hat jedenfalls im Ansatz auch schon in Bezug auf die dogmatische Erfassung von Netzwerkphänomenen ihre prägende Kraft entfaltet. So lässt sich im rechtswissenschaftlichen Schrifttum bereits sowohl die Charakterisierung von Netzwerken als „Rechtsinstitution sui generis“⁷² als auch die Äuße-

⁶⁸ *Schuppert*, in: Klingemann/Neidhardt (Hrsg.), *Zur Zukunft der Demokratie*, 237 (249); ähnlich *ders.*, in: *ders./Pernice/Halter* (Hrsg.), *Europawissenschaft*, 3 (28); sowie in diese Richtung auch unter anderem *Beck/Grande*, *Zeitschrift für Politik* 2005, 397 (400); *Franzius*, *Der Staat* 42 (2003), 493 (516); *Schmitter*, in: Marks u.a., *Governance in the European Union*, 121 (132 ff.).

⁶⁹ So bereits *Luhmann*, *ARSP* 57 (1971), 1 (14).

⁷⁰ So hinsichtlich der EU statt vieler *Hilf*, in: Hommelhoff/Kirchhof (Hrsg.), *Der Staatenverbund der Europäischen Union*, 75 (77); *ders.*, *VVDStRL* 53 (1994), 7 (8) („föderal strukturierte zwischenstaatliche Einrichtung sui generis“); *Felix*, *Einheit der Rechtsordnung*, 152 („bündische Struktur sui generis“); sowie *Schliesky*, *Souveränität und Legitimation*, 473 m.w.N.; ähnlich beispielsweise *Grimm*, *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 6 (1995), 509 (514) („präzedenzlosen Gebildes“).

⁷¹ *Schönberger*, *AöR* 129 (2004), 81 (83 u. 85); ähnlich schon *Schmitter*, in: Marks u.a., *Governance in the European Union*, 1 (2); *ders.*, in: *ibid.*, 121 (132 f.); deutlich kritisch zur konzeptionellen „perseverance of the ‘touch of stateness‘“ auch *Shaw/Wiener*, in: Cowles/Smith (Hrsg.), *The State of the European Union*, Bd. 5, 64 (65 ff.); *Zielonka*, *Europe as Empire*, 3 ff.; sowie *Elsig*, *Journal of World Trade* 41 (2007), 75 (79) („the yardstick of comparison is often too ambitious“).

⁷² Vgl. hierzu *Teubner*, in: Machura/Ulbrich (Hrsg.), *FS Röhl*, 40 (46).

nung von erheblichen Zweifeln, „inwieweit man diesen Phänomenen mit seinem vertrauten Repertoire überhaupt beikommen kann“, nachweisen.⁷³

Nicht allein bezogen auf den Netzwerkbegriff zeichnet sich dieser methodische Ansatz dadurch aus, dass er unter Betonung der Neuartigkeit der veränderten Realitätsbedingungen im Ergebnis die oben dargelegte Differenzierung zwischen der Adäquanz als Beschreibungskategorie einerseits und der dogmatischen Durchdringung des zugrunde liegenden Rechtsphänomens andererseits aufhebt. Dieser dem Ansatz inhärente Rückschluss von der Gebotenheit einer begrifflichen auf die Erforderlichkeit einer vollständigen rechtsdogmatischen Diskontinuität stellt jedoch gleichzeitig aus methodischer Perspektive seine „Achillesferse“ dar. Nicht nur sind Rückgriffe auf *sui generis*-Qualifizierungen allgemein bereits verschiedentlich in deutlicher Weise als „ihren Verlegenheitscharakter auf der Stirn tragend[...]“⁷⁴ und vielfach „klassifikatorische Inkompetenz maskier[en]“ kritisiert worden.⁷⁵ Mag man eine solche Beschreibung aufgrund ihrer Anstoßfunktion in Bezug auf die Notwendigkeit einer dogmatischen Erfassung neuer Rechtsphänomene zumindest für eine Übergangszeit noch als produktiv ansehen,⁷⁶ so ist jedoch wesentlich bedenklicher die hiermit oftmals einhergehende Postulierung einer „konzeptionelle[n] *tabula rasa*“.⁷⁷ Sie verkennt, dass, wie bereits dargelegt, auch hinsichtlich der systematischen Erfassung neuer Rechtsphänomene weiterhin die juristische Dogmatik in Gestalt des bestehenden Fundus an Rechtsinstituten und der in ihnen „gespeicherten Erfahrungsweisheit“⁷⁸ den Ausgangspunkt bildet. Allein eine solche methodische Vorgehensweise entspricht dem

⁷³ *Schuppert*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 16, Rn. 157; in diese Richtung auch *Vesting*, VVDStRL 63 (2004), 41 (64 ff.).

⁷⁴ *Wahl*, in: Dreier (Hrsg.), Rechts- und staatsrechtliche Schlüsselbegriffe, 113 (125); ähnlich *Heckel*, Der Föderalismus als Prinzip überstaatlicher Gemeinschaftsbildung, 95.

⁷⁵ *v. Bogdandy*, in: Brenner u.a. (Hrsg.), FS Badura, 1033 (1034); vgl. auch unter anderem *Leisner*, Staatseiningung, 259 („bequeme[r] Pseudo-Verständnis-Begriff“); *Groß*, VVDStRL 66 (2007), 152 (154) („wenig hilfreich“); *Isensee*, in: Due u.a. (Hrsg.), FS Everling, Bd. 1, 567 (582); *MacCormick*, Questioning Sovereignty, 142; *Dann*, in: Becker u.a. (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, 161 (181, 183); *ders.*, in: *ders./Rynkowski* (Hrsg.), Unity of the European Constitution, 37 (55).

⁷⁶ In diesem Sinne z.B. *Dann*, in: Becker u.a. (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, 161 (181); *ders.*, in: *ders./Rynkowski* (Hrsg.), Unity of the European Constitution, 37 (55 f.); ähnlich wohl *Groß*, VVDStRL 66 (2007), 152 (154) („Übergangsbeschreibung“); sowie *Griller*, in: Hummer (Hrsg.), Paradigmenwechsel im Europarecht, 23 (27), welcher „die Verdienste der Debatte über die *sui generis* Züge der Union für deren präzisere Analyse“ hervorhebt.

⁷⁷ *v. Bogdandy*, Der Staat 40 (2001), 3 (10); ebenso *Leisner*, Staatseiningung, 259; vgl. auch *Morlok*, in: Häberle u.a. (Hrsg.), Staat und Verfassung in Europa, 73 (86 f.); sowie *Griller*, in: Schuppert/Pernice/Halter (Hrsg.), Europawissenschaft, 201 (249) („Neue, plastischere Begriffe für diese noch nie da gewesene Entwicklung sollen gefunden werden. Solange die Kategorien der Allgemeinen Staatslehre und der Theorie der Staatenverbindungen nicht zugleich implizit als *irrelevant* erklärt werden [...] ist dagegen nichts einzuwenden.“).

⁷⁸ Hierzu eindringlich *Kriele*, in: Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa, 83 ff.; vgl. auch beispielsweise in Bezug auf die „historische und systematische Speicherfunktion“ der Bedeutungsgehalte von Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft im Bundesstaat „für die Dogmatik der Angehörigkeitsverhältnisse in föderalen Ordnungen insgesamt“ *Schönberger*, Unionsbürger, 53; sowie allgemein *Voßkuhle*, Der Staat 40 (2001), 495 (504) („Selbst wenn es den modernen ‚Staat‘, wie er insbesondere durch die Staatslehre des 19. Jh. als politische Einheit beschrieben wurde, nicht mehr geben sollte, so sind diese ‚großen Erzählungen‘ [...] doch das geisteswissenschaftliche Fundament, von dem aus wir Veränderungen im rechtlich-politischen System erst erkennen, begreifen und verarbeiten können.“).

Grundansatz rechtswissenschaftlichen Denkens, welchem aufgrund des Vergangenheitsbezugs juristischer Argumentation⁷⁹ ein vergleichendes Vorgehen bzw. das Aufdecken von Ähnlichkeitsbeziehungen zur herkömmlichen Dogmatik immanent ist.⁸⁰

Vor dem Hintergrund dieser Defizite erscheint daher eine andere, in Bezug auf die Systematisierung des Strukturwandels im internationalen System und der Europäischen Union nachweisbare Herangehensweise als adäquater methodischer Ausgangspunkt für die dogmatische Erfassung von Netzwerkstrukturen. Im Zentrum dieser zweiten Kategorie von Denkansätzen steht die Analyse, ob und in welcher Weise das bestehende Repertoire an Rechtsinstituten, insbesondere ursprünglich bzw. zwischenzeitlich staatsrechtlich geprägte Leitbegriffe, auf neue Rechtsphänomene und deren veränderte Ordnungsstrukturen übertragen werden kann.⁸¹ Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, dass eine solche methodische Vorgehensweise auch erhebliche Risiken mit sich bringen kann. So gilt es insbesondere zu verhindern, dass der Versuch einer Übertragung staatszentrierter Rechtsinstitute aufgrund eines hiermit korrespondierenden, in ausschließlich etatistisch geprägten Denkkategorien verhafteten und damit statischen Vorverständnisses zur Errichtung von ebensolchen „Verständnisbarrieren“ führt,⁸² welche den veränderten Realitätsbedingungen angemessene dogmatische Erfassungsansätze unmöglich machen.⁸³ Der hier favorisierte Ansatz hat daher auch nicht die unreflektierte Übertragung bislang staatsrechtlich determinierter Rechtsinstitute zum Gegenstand.⁸⁴ Gleichfalls kann es nicht nur darum gehen, „die

⁷⁹ Möllers, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (286); sowie eingehender *ders.*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 131 ff.

⁸⁰ So z.B. *v. Bogdandy*, Der Staat 40 (2001), 3 (10) („im Innersten vergleichend und auf dogmatische Traditionsbestände angewiesen“); ähnlich *ders.*, in: Riedel/Wolfrum (Hrsg.), Recent Trends, 1 (4); *ders.*, in: *ders.* (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, 149 (158); *Leisner*, Staatseining, 259 („Eine neue Dogmatik [...] ohne stützende Hilfe früherer dogmatischer Vorstellungen, kennen wir nicht“); im Ergebnis auch *Kriele*, in: Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa, 83 ff.; sowie implizit jüngst *Schmidt-Aßmann*, Der Staat 45 (2006), 315; und *Badura*, AöR 131 (2006), 423 (426) („Als Wissenschaft vom öffentlichen Recht sind Geschichte und Staatspraxis ihr Fundus.“); allgemein *Schroth*, in: Kaufmann/Hassemer/Neumann (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie, 270 (278); *Alexy*, Theorie der juristischen Argumentation, 344 f.

⁸¹ Vgl. unter anderem *v. Bogdandy*, in: Brenner u.a. (Hrsg.), FS Badura, 1033 (1034 ff.); *Wahl*, in: Dreier (Hrsg.), Rechts- und staatstheoretische Schlüsselbegriffe, 113 ff.; *Giegerich*, Europäische Verfassung, 894 ff.; *Seiler*, Der souveräne Verfassungsstaat, 267 ff.; *Leisner*, Staatseining, 259 f.; *Morlok*, in: Häberle u.a. (Hrsg.), Staat und Verfassung in Europa, 73 (86 f.); *Dann*, in: Becker u.a. (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, 161 (180 ff.); *ders.*, in: *ders./Rynkowski* (Hrsg.), Unity of the European Constitution, 37 (54 ff.).

⁸² Vgl. hierzu *Ellwein*, in: Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa, 73 ff.; auf diese Gefahr hinweisend auch *Schuppert*, in: Klingemann/Neidhardt (Hrsg.), Zur Zukunft der Demokratie, 237 (246).

⁸³ Zu diesen Risiken *Bryde*, Der Staat 42 (2003), 61 (62 f.); *Giegerich*, Europäische Verfassung, 895 ff.; *Heintzen*, ZEuS 2000, 377 (388); *Dehousse*, American Journal of Comparative Law 42 (1994), 761 (777); *Franzius*, VerwArch. 97 (2006), 186 (207 f.); *Hurrelmann*, in: Lhotta (Hrsg.), Die Integration des modernen Staates, 163; sowie bereits *Frowein*, EuR 1983, 301 („Ist es nicht unser altes Problem, daß wir die Gemeinschaftsentwicklung durch die Brille des nationalen Verfassungsrechts betrachten und uns dann wundern, daß wir in Schwierigkeiten geraten?“).

⁸⁴ Ebenso *Giegerich*, Europäische Verfassung, 895; *v. Bogdandy*, JZ 2005, 529 (535); *ders.*, in: Riedel/Wolfrum (Hrsg.), Recent Trends, 1 (4); *Pernice*, in: Gaitanides/Kadelbach/Iglesias (Hrsg.), FS Zuleeg, 145 (154); *Kadelbach*, VVDStRL 66 (2007), 7 (12); *Kotzur*, JöR N.F. 50 (2002), 257 (259, 264); *Härtel*, Handbuch Europäische Rechtsetzung, § 3, Rn. 27; sowie grundlegend *Badura*, VVDStRL 23 (1966), 34 (38); vgl. in diesem Zusammenhang auch zur Inadäquanz von in ihrer methodischen Ausrichtung eindimensionalen Vorgehensweisen, welche „die staatsbezogenen Ka-

überkommenen Kategorien zu gebrauchen, um den Begriff [des Netzwerkes] via negationis“ dogmatisch zu erfassen.⁸⁵ Vielmehr gilt es in einem positiven Sinne zu versuchen, das erhebliche Potential der existierenden Konzeptionen⁸⁶ in der Weise zu aktivieren, dass „die herrschaftskonstituierenden, -lenkenden und -begrenzenden Rechtsinstitute aus der staatlichen Fixierung zu lösen und die in ihnen transportierten normative Gehalte“ im Hinblick auf die durch die Herausbildung von Netzwerkstrukturen entstandenen neuen Rechtsphänomene fortzuentwickeln sind.⁸⁷ Eine solche entwicklungs-offene Betrachtung staatsrechtlich geprägter Leitbegriffe beugt nicht nur einer „etatistischen Verengung“ der analytischen Perspektive vor.⁸⁸ Sie sieht sich auch in Übereinstimmung mit der bereits dargelegten Anstoß- bzw. Innovationsfunktion, welche neuen Beschreibungskategorien wie dem Netzwerkbegriff hinsichtlich einer möglicherweise erforderlichen Anpassung des bestehenden Repertoires an Rechtsinstituten zukommt.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, dass der vorliegend in Bezug auf die dogmatische Erfassung von Netzwerkstrukturen verfolgte methodische Ansatz im Prinzip keinesfalls neu ist. Weit vorausschauend konstatierte bereits im Jahre 1964 *Peter Badura*, dass „in dem Maße, wie die Ausübung öffentlicher Gewalt internationalisiert wird, nichtstaatliche und nichtnationale Herrschaft an Raum gewinnt“ es darauf ankomme, dass es den ursprünglich staatszentriert geprägten Leitbegriffen „gelingen wird, das nationalstaatliche Gehäuse zu sprengen und sich in den nichtstaatlichen und nichtnationalen Erscheinungsformen öffentlicher Gewalt zu verwirklichen“.⁸⁹

E. Die Wiederentdeckung traditioneller Organisationsformen in Netzwerkstrukturen

Schon vom Selbstverständnis der in ihnen mitwirkenden Akteure her wie auch in dem sich häufig hieran orientierenden Schrifttum⁹⁰ werden Netzwerke vielfach⁹¹ als

tegorien wahlweise für allein maßgeblich oder für in ihrer Tendenz überholt“ erklären *Schönberger*, Unionsbürger, 33.

⁸⁵ So aber wohl im Hinblick auf einen „prononcierten Umgang mit dem Netzwerk-Konzept“ *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (301); kritisch in Bezug auf eine solche Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Erfassung der EU auch *Schönberger*, AöR 129 (2004), 81 (83 f.); v. *Bogdandy*, Der Staat 40 (2001), 3 (10) „Die Einsicht, dass die Union kein Staat ist und keiner werden soll, ist bloßer Anlass eines Umbaus, dem sie jedoch kaum Gehalte und Richtung vorgibt.“

⁸⁶ Vgl. in Bezug auf die Bedeutung staatsrechtlicher Leitbegriffe für die EU *Huber*, VVDStRL 60 (2001), 194 (225) („wichtigstes Rezeptionsreservoir“).

⁸⁷ So hinsichtlich einer dogmatischen Erfassung der EU v. *Bogdandy*, in: Brenner u.a. (Hrsg.), FS Badura, 1033 (1034); vgl. auch *ders.*, in: *ders.* (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, 149 (159); sowie unter anderem *Morlok*, in: Häberle u.a. (Hrsg.), Staat und Verfassung in Europa, 73 (86 f.); *Giegerich*, Europäische Verfassung, 895; *Dann*, in: Becker u.a. (Hrsg.), Die Europäische Verfassung, 161 (181 f.); *Sander*, Repräsentation und Kompetenzverteilung, 61.

⁸⁸ Zu der berechtigten Warnung vor einer solchen Verengung *Schwarze*, DVBl. 1999, 1677 (1682); ähnlich schon *Ipsen*, EuR 1987, 195 (200) („Betrachtungsraum staatlicher Verfaßbarkeit und etatistischer Zukunftserwartung“); sowie nachfolgend *Pernice*, VVDStRL 60 (2001), 148 (154).

⁸⁹ *Badura*, VVDStRL 23 (1966), 34 (37 f.).

⁹⁰ So z.B. ausdrücklich *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (292), welcher konstatiert, dass „die klassische Rechtsdogmatik auf solche praktisch enorm bedeutsamen Phänomene kaum andere Reaktionsmöglichkeiten bereit hält, als das praktische Selbstverständnis der Organisationen zu übernehmen“.

primär horizontale Strukturen aufweisende,⁹² „lose Kooperationsform“⁹³ und damit als sich weitgehend spontan bildende und zusammensetzende, strukturell flexible sowie informelle Dialog-, Lern- und Regelbildungsforen angesehen.⁹⁴ Diese Eigenschaften unterscheiden Netzwerke – so die weit verbreitete Auffassung – einerseits von den traditionellen Regelungsstrukturen auf innerstaatlicher Ebene sowie andererseits den grundsätzlich einen deutlich höheren institutionellen Organisationsgrad aufweisenden und nur bestimmten Akteurskategorien offen stehenden klassischen internationalen Organisationen.⁹⁵ Zwar trifft diese Charakterisierung auch weiterhin auf viele Netzwerke zu. Gleichwohl hat eine wachsende Anzahl von ihnen gerade in jüngerer Zeit nicht nur einen erheblichen Grad an Verselbständigung und institutioneller Verfestigung erfahren.⁹⁶ Vielmehr bilden sie auch zunehmend Organisationsstrukturen heraus, welche sich mittels einer Übertragung staatszentrierter Rechtsinstitute systematisieren lassen. Zur Verdeutlichung dieser These sollen im Folgenden zwei Tendenzen – Föderalisierung und Parlamentarisierung – in Bezug auf Netzwerke aus dem Bereich des transnationalen Wirtschaftsrechts hervorgehoben werden.

I. Föderalisierungstendenzen

Zunächst finden sich in vertikaler Dimension bei einer Reihe von Netzwerken Organisationsformen, welche durch Etablierung regionaler, hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung weitgehend selbständiger und wiederum eine Netzwerkgestalt aufweisender Untereinheiten zur Herausbildung von Institutionsstrukturen führen, die als Netzwerkverbünde charakterisiert werden können.

Beispielhaft sei zunächst der im Schrifttum vielfach als „transnationales Netzwerk“⁹⁷ charakterisierte Forest Stewardship Council (FSC) genannt. Diese im Oktober 1993 gegründete und seit Januar 2003 mit dem FSC International Center in Bonn ansässige Institution verfolgt das Ziel, auf der Grundlage eines Zertifizierungsverfahrens zum Schutz der weltweiten Waldbestände durch die Förderung nachhaltiger

⁹¹ Siehe aber auch *Wettner*, Die Amtshilfe, 289 („Ein einheitliches Verständnis des Konzepts hat sich bisher nicht etabliert.“).

⁹² Vgl. nur *Möllers*, Common Market Law Review 43 (2006), 313 (331).

⁹³ So statt vieler in Bezug auf die „üblichen Definitionen des Netzwerks“ *Teubner*, in: Krohn/Küppers (Hrsg.), *Emergenz*, 189 (203); vgl. überdies beispielsweise *Khagram*, Global Governance 12 (2006), 97 (100) („loose institutional arrangements“).

⁹⁴ Siehe unter anderem *Raustiala*, Virginia Journal of International Law 43 (2002), 1 (5); *Vesting*, in: Lateur (Hrsg.), *Public Governance in the Age of Globalization*, 247 (259 f.); *Sommer*, Verwaltungskooperation, 41; sowie *Isensee*, VVDStRL 63 (2004), 90 („raumlose, anarchische Netzwerke“); allgemein zu diesen und weiteren Strukturmerkmalen von Netzwerken *Sydow/Windeler*, in: dies. (Hrsg.), *Steuerung von Netzwerken*, 1 (11 ff.); *Eifert*, in: ders./Hoffmann-Riem (Hrsg.), *Innovation und rechtliche Regulierung*, 88 (94 ff.) m.w.N.

⁹⁵ So und zu den hiermit verbundenen Vorteilen von Netzwerkstrukturen *Witte/Reinicke/Benner*, *Internationale Politik und Gesellschaft* 2000, 176 (179, 184).

⁹⁶ Vgl. hierzu bereits *Möllers*, *ZaöRV* 65 (2005), 351 (371); *Warning*, in: Winter (Hrsg.), *Multilevel Governance of Global Environmental Change*, 305 (322 f.).

⁹⁷ So *Schuppert*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Bd. I, § 16, Rn. 146; ähnlich statt vieler *Pattberg*, *International Environmental Agreements* 5 (2005), 175 (185); *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft*, 285 (287).

Forstwirtschaft und Holzverarbeitung beizutragen.⁹⁸ Dem FSC gehören gegenwärtig 664 ausschließlich nichtstaatliche Mitglieder – Unternehmen, NGOs, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaftsverbände und wissenschaftliche Einrichtungen – an.⁹⁹ Während er ursprünglich eine ausgesprochen zentralisierte Organisationsform aufwies, entwickelte er seit 2002 „a comprehensive strategy to decentralize its global network“¹⁰⁰ mit dem Ziel einer Effektivierung der Steuerungsleistung unter größerer Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Die Aufwertung, welche sowohl die im Grundsatz bereits vorher existierenden „National Initiatives“¹⁰¹ als auch die von ihnen entwickelten und zur Zeit 28 akkreditierten nationalen Zertifizierungsstandards¹⁰² seither in ihrer Bedeutung für das Gesamtnetzwerk erfahren haben, findet bereits darin ihren Ausdruck, dass die gegenwärtig 40 nationalen Initiativen,¹⁰³ welche in Bezug auf ihre institutionelle Ausgestaltung weitgehende Autonomie genießen,¹⁰⁴ von der Organisation jetzt als „the foundation of FSC's global network“¹⁰⁵ beziehungsweise als „FSC's gateway to the members and stakeholders“¹⁰⁶ angesehen werden.

⁹⁸ Eingehend zu Entstehungsgeschichte, Organisationsstruktur und den Aktivitäten des FSC vgl. jeweils die aktuellen Informationen im Internet: <www.fsc.org/en/> (besucht am 27. März 2007); aus dem Schrifttum überdies unter anderem *McNichol*, in: Djelic/Sahlin-Andersson (Hrsg.), *Transnational Governance*, 349 (353 ff.); *Pattberg*, *Journal of Environment & Development* 14 (2005), 356 ff.; *ders.*, *Governance* 18 (2005), 589 (602 ff.); *Nowrot*, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), *Verfassungsrechtliche Dimensionen*, 57 (70 f.) m.w.N.

⁹⁹ Vgl. die FSC Membership List vom 19. Januar 2007, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/82/files/5_2_2_FSC_Membership_List_2007_01_19.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰⁰ FSC Accreditation Briefings, Summary of the Process for FSC Accreditation of National and Regional Forest Stewardship Standards, 1, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/57/files/FSC_20Briefings_20accn_20standards_20short_20version_Final.pdf>; vgl. auch FSC Accreditation Briefings, FSC Accreditation of National and Regional Forest Stewardship Standards, 2, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/63/files/Standards_20Briefing.pdf>; sowie FSC Social Strategy: Building and Implementing a Social Agenda, Version 2.1, 17 February 2003, Appendix VI: The Challenge of Decentralization, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/32/files/FSC_Social_Strategy_version_2_1.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰¹ Vgl. bereits Paragraph 71 der By-Laws des FSC vom September 1994, zuletzt geändert im Juni 2005, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/84/files/1_1_FSC_By_Laws_2005.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰² Siehe FSC Accredited Forest Stewardship Standards, 30. März 2007, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/37/files/2007_03_30_FSC_Accredited_Standards.pdf> (besucht am 5. April 2007).

¹⁰³ Vgl. die Aufzählung in FSC National Initiatives, 7. März 2007, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/77/files/5_1_2_2007_03_07_FSC_National_Initiativ.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰⁴ Siehe FSC National Initiatives Manual, September 1998, xxix ff., erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/85/files/National_Initiativ_Manual_Sep98.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰⁵ Siehe die Angaben im Internet: <www.fsc.org/en/about/accreditation/accred_ni> (besucht am 27. März 2007).

¹⁰⁶ Vgl. FSC Social Strategy: Building and Implementing a Social Agenda, Version 2.1, 17 February 2003, Appendix VI: The Challenge of Decentralization, 50, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/32/files/FSC_Social_Strategy_version_2_1.pdf> (besucht am 27. März 2007).

Weiterhin kann auf den von *Kofi Annan* im Jahre 1999 initiierten United Nations Global Compact verwiesen werden.¹⁰⁷ Zielsetzung dieser regelmäßig als Netzwerk qualifizierten¹⁰⁸ und sich aus Repräsentanten verschiedenster Akteurskategorien zusammensetzten Institution ist es, dass die beteiligten Unternehmen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und durch sonstige Initiativen in zehn Einzelprinzipien niedergelegte Wertsetzungen aus den Bereichen Menschenrechts- und Umweltschutz, Arbeits- und Sozialstandards sowie Korruptionsbekämpfung unterstützen und verwirklichen. Die Restrukturierung des vormals ebenfalls stark zentralisierten Global Compact und damit die Herausbildung eines zunehmend dezentralisierten Netzwerkverbundes¹⁰⁹ erfolgte insbesondere auf der Grundlage seiner am 6. September 2005 vom Global Compact Office veröffentlichten „New Governance Structure“.¹¹⁰ Aufgrund der Erkenntnis, dass die gegenwärtig bereits mehr als 40 so genannten „local networks“ „play increasingly important roles in rooting the Global Compact within different national, cultural and language contexts, and also in helping to manage the organizational consequences of rapid expansion“,¹¹¹ ist die Bedeutung dieser Wirkungseinheiten unter Betonung ihres „self-governing“-Charakters erheblich gestärkt worden. Dies gilt sowohl in Bezug auf die Wahrnehmung eigenständiger Aufgaben als auch – unter anderem durch die nunmehr formell vollzogene Einrichtung eines „Local Networks Forum“ als beratendes Gremium – im Hinblick auf ihre Mitwirkung bei den Entscheidungsfindungsprozessen auf der Institutionenebene des Global Compact selbst.¹¹²

Diese Beispiele können zumindest als ein Indiz dafür gewertet werden, dass Netzwerke gerade in jüngerer Zeit Organisationsformen herausbilden, welche innerhalb des jeweiligen Netzwerkes eine strukturelle Einheit in Vielfalt konstituieren und

¹⁰⁷ Zum Global Compact vgl. jeweils die aktuellen Informationen im Internet: <www.unglobalcompact.org/> (besucht am 27. März 2007); sowie statt vieler v. *Schorlemer*, in: dies. (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO*, 507 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur*, 255 ff. m.w.N.

¹⁰⁸ Siehe statt vieler *Ruggie*, *Global Governance* 7 (2001), 371 ff.; *Kell/Levin*, *Business and Society Review* 108 (2003), 151 ff.; *Rieth*, *Die Friedens-Warte* 79 (2004), 151 (155).

¹⁰⁹ Vgl. unter anderem *Thérien/Pouliot*, *Global Governance* 12 (2006), 55 (56) („a ‘network of networks’“).

¹¹⁰ Siehe „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September 2005, erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf> (besucht am 27. März 2007); eingehender zu dieser Neuausrichtung und ihren Hintergründen *Nowrot*, *The New Governance Structure*, 5 ff.; *Hamm*, in: v. *Schorlemer* (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, 95 (101 ff.).

¹¹¹ „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September 2005, paras. 3.10 f., erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf>; vgl. auch bereits McKinsey & Company, *Assessing the Global Compact’s Impact*, Report vom 11. Mai 2004, 18, erhältlich im Internet: <www.wbcsd.org/web/projects/advocacy/imp_ass.pdf> („the nexus of overall activity will necessarily shift from the Global Compact Office to country and regional networks“) (besucht am 27. März 2007).

¹¹² Eingehender zu den Voraussetzungen und Aufgaben von „local networks“ vgl. „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September 2005, paras. 3.10 ff, 4.3 f., erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf>; „What is a Local Network?“, 31. Oktober 2005, erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/networks_around_world_doc/network_gov.pdf>; „Guidance for Local Networks“, 1. Dezember 2005, erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/networks_around_world_doc/guidance_in_061205.pdf> (besucht am 27. März 2007); sowie *Nowrot*, *The New Governance Structure*, 21 ff.

damit Merkmale aufweisen, die gemeinhin mit dem Ordnungsprinzip des Föderalismus in Verbindung gebracht werden.¹¹³ Ausgehend von der heute ganz überwiegend vertretenen Auffassung, dass das in historischer Perspektive vielfach ausschließlich etatistisch verstandene Organisationsprinzip des Föderalismus¹¹⁴ – unter Zugrundelegung einer funktionalen Betrachtungsweise – grundsätzlich ebenso geeignet ist, entsprechende Strukturen auf supranationaler und internationaler Ebene zu erfassen,¹¹⁵ lassen sich diese Entwicklungen als Föderalisierungstendenzen in Netzwerken beschreiben.¹¹⁶

II. Parlamentarisierungstendenzen

Im Hinblick auf die horizontale Organisationsebene ist zunächst hervorzuheben, dass eine wachsende Anzahl von Netzwerken nicht nur über wenigstens ein institutionalisiertes Exekutivorgan verfügt,¹¹⁷ sondern darüber hinaus Gremien konstituiert hat, welche sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzen. Beispiele hierfür bilden der so genannte „Global Compact Leaders Summit“¹¹⁸ und die Generalversammlung des FSC. Diese Foren entsprechen im Grundsatz den Plenarorganen klassischer internationaler Organisationen. Gleichwohl weisen einige Plenarorgane von Netzwerken im Vergleich zur institutionellen Ausgestaltung dieser mittlerweile schon traditionellen intergouvernementalen Völkerrechtssubjekte auch Modifikationen auf. So setzt sich die Generalversammlung des FSC aus drei Kammern zusammen, welchen die Mitglieder aus dem Wirtschafts-, dem Umwelt- sowie dem sozialen und indigenen Sektor zugeordnet sind. Die drei Kammern dieses obersten Organs des FSC verfügen

¹¹³ Siehe statt vieler *Tietje*, VVDStRL 66 (2007), 45 (69); *Korioth*, in: Heun u.a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Sp. 596 (599); *Fleiner/Misic*, in: Thürer/Aubert/Müller (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, § 27, Rn. 7; sowie *Dennewitz*, Der Föderalismus, 95 („Der Föderalismus erstrebt lediglich einen Zusammenschluß von Teilen unter unbedingter Aufrechterhaltung des Eigenlebens dieser Teile.“); vgl. allerdings auch zur nicht notwendigerweise gegebenen Kongruenz zwischen Dezentralisierungstendenzen und der Herausbildung föderaler Strukturen *Maier*, AöR 115 (1990), 213 (228) m.w.N.

¹¹⁴ Vgl. *Delbrück*, Indiana Journal of Global Legal Studies 11 (2004), 31 (47 f.); *Oeter*, in: v. Bogdandy (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, 59 (60); siehe aber auch unter anderem *Peters*, Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, 185 („Nur in einer relativ kurzen Periode des 19. und 20. Jahrhunderts und vor allem in Deutschland verschwommen die Begriffe ‚Föderalismus‘ und ‚Bundesstaat‘.“); ähnlich *Nettesheim*, ZEuS 5 (2002), 507 (535 f.); *Dann*, Parlamente im Exekutivföderalismus, 21 f.

¹¹⁵ So unter anderem *Delbrück*, Indiana Journal of Global Legal Studies 11 (2004), 31 (48); *Tietje*, VVDStRL 66 (2007), 45 (67 ff.); vgl. auch *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 664 ff. m.umf.N.

¹¹⁶ In diese Richtung hinsichtlich des FSC auch bereits *Meidinger*, European Journal of International Law 17 (2006), 47 (66 f.); sowie *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft, 285 (289) („Regionalisierung und Dezentralisierung“).

¹¹⁷ So z.B. das Global Compact Office, das Sekretariat des FSC, das Sekretariat der Ethical Trading Initiative (ETI), siehe hierzu <www.ethicaltrade.org/Z/abteti/who/sectr/index.shtml>; und die im September 2004 eingerichtete „Stakeholder Council Steering Group“ des Marine Stewardship Council, vgl. die „MSC Stakeholder Council Steering Group Terms of Reference“ von November 2004, erhältlich im Internet: <www.msc.org/assets/docs/Governance/MSC_Stakeholder_Council_Steering_Group_TOR_Nov04.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹¹⁸ Hierzu im Internet: <www.globalcompactsummit.org/index.shtml> (besucht am 27. März 2007); sowie *Nowrot*, The New Governance Structure, 18 ff.

jeweils über 33,3 Prozent der Stimmrechte. Mit dieser Aufteilung wird das Ziel verfolgt „to maintain the balance of voting power between different interests without having to limit the number of members“.¹¹⁹ Um überdies eine „balance between Northern and Southern perspectives within each chamber“ zu erreichen, werden diese Vorgaben durch eine Untergliederung in jeweils eine „Northern sub-chamber“ und eine „Southern sub-chamber“ ergänzt, der die Mitglieder aus „high income countries“ bzw. aus „low, middle, and upper-middle income countries“ angehören und welche jeweils über 50 Prozent der Stimmrechte verfügen.¹²⁰

Können bereits diese Organisationsstrukturen der Plenarorgane einiger Netzwerke als bemerkenswerte Innovationen angesehen werden,¹²¹ so gilt dies in besonderer Weise für die ebenfalls im Rahmen von Netzwerkstrukturen in verstärktem Umfang nachweisbare Herausbildung von Gremien, welche sich aus einer begrenzten Anzahl von Individuen zusammensetzen, die von den Mitgliedern des Netzwerks – vielfach nach Akteurskategorien getrennt – gewählt werden. Ein prägnantes Beispiel stellt das ebenfalls durch die „New Governance Structure“ vom September 2005 eingerichtete „Global Compact Board“ des United Nations Global Compact. Dieses Organ setzt sich aus zwanzig Mitgliedern zusammen, welche die vier relevanten Statusgruppen der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften und der Vereinten Nationen repräsentieren, und hat die Aufgabe „to provide ongoing strategic and policy advice for the initiative as a whole“. Dem Gremium gehören kraft Amtes der UN-Generalsekretär, der Leiter des Global Compact Office und der Vorsitzende der Global Compact Foundation an. Im Übrigen besteht das Global Compact Board aus elf Vertretern der Wirtschaft, vier Vertretern der Zivilgesellschaft – welche jeweils die Bereiche Menschenrechte, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung und Entwicklung repräsentieren – sowie zwei Vertretern von internationalen Gewerkschaftsverbänden. Diese Repräsentanten sollen zukünftig jeweils nach den drei Sektoren getrennt von den entsprechenden am Global Compact mitwirkenden Unternehmen und Organisationen für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt werden, wobei die Möglichkeit einer sich unmittelbar anschließenden Wiederwahl für eine weitere Periode besteht.¹²² Weiterhin können in diesem Zusammenhang die entsprechenden Organe der „Fair Labor Association“ (FLA)¹²³ sowie der „Ethical Trading Initiative“ (ETI)¹²⁴ genannt

¹¹⁹ Paragraph 12 der By-Laws des FSC vom September 1994, zuletzt geändert im Juni 2005, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/84/files/1_1_FSC_By_Laws_2005.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹²⁰ Hierzu sowie zu weiteren Einzelheiten vgl. die Paragraphen 13 und 14 der By-Laws des FSC vom September 1994, zuletzt geändert im Juni 2005, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/84/files/1_1_FSC_By_Laws_2005.pdf> (besucht am 27. März 2007); sowie unter anderem *Pattberg*, *Journal of Environment & Development* 14 (2005), 356 (363); *Meidinger*, *European Journal of International Law* 17 (2006), 47 (53).

¹²¹ *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft*, 285 (302 f.); ähnlich *Meidinger*, *European Journal of International Law* 17 (2006), 47 (53) („ambitious structure“).

¹²² Siehe hierzu sowie für weitere Einzelheiten „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September 2005, paras. 4.5 ff., erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf> (besucht am 27. März 2007); *Nowrot*, *The New Governance Structure*, 18 ff.

¹²³ Allgemein zur FLA siehe die Angaben im Internet: <www.fairlabor.org/index.html>; speziell in Bezug auf die Zusammensetzung und Aufgaben des Board of Directors vgl. die Paragraphen II.B ff. des „Charter Document Fair Labor Association“ in der Fassung vom 25. Oktober 2006, erhältlich im Internet: <www.fairlabor.org/all/about/Charter_Oct06.pdf> (besucht am 27. März 2007).

werden, deren Mitglieder ebenfalls nach den am jeweiligen Netzwerk beteiligten Organisationen getrennt in Wahlen bestimmt werden. Überdies sei noch auf den „Stakeholder Council“ als Repräsentativorgan des „Marine Stewardship Council“ (MSC) verwiesen,¹²⁵ dessen dreißig bis fünfzig Mitglieder¹²⁶ zur einen Hälfte vom „Board of Trustees“ ernannt und zur anderen Hälfte von den Statusgruppen des MSC gewählt werden und dem unter anderem die Aufgabe zukommt „[t]o provide advice and views on issues which may effect the ability of the MSC to implement its programme and achieve its strategic goals“.¹²⁷

Bei diesen Gremien handelt es sich nicht lediglich um ein – neben den regelmäßig bestehenden Sekretariaten – weiteres sich aus einer beschränkten Anzahl von Mitgliedern zusammensetzendes Exekutivorgan des entsprechenden Netzwerkes, wie es im Bereich der traditionellen internationalen Organisationen beispielsweise häufig in Bezug auf den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angenommen wird.¹²⁸ Gegen eine solche Qualifizierung spricht bereits das Selbstverständnis der Netzwerke,¹²⁹ welche regelmäßig die Repräsentativfunktion – und damit ein zentrales Element des Parlamentarismus¹³⁰ – hervorheben.¹³¹ Dieser Repräsentativcharakter wird weiterhin insbesondere an dem Umstand deutlich, dass es sich, im Gegensatz zu den respektiven Organisationseinheiten internationaler Organisationen, bei den Mitgliedern dieser Organe nicht um weisungsgebundene und austauschbare Vertreter der an dem Netzwerk mitwirkenden Organisationen handelt,¹³² sondern um gewählte Individuen als Inhaber eines freien Mandats, welche zwar häufig nur von einer spezifischen Akteursgruppe innerhalb des Netzwerkes bestimmt werden, denen aber dennoch im Rahmen ihrer Tätigkeit die Aufgabe zukommt, die Interessen des Netzwerkes als Ganzes zu repräsentieren.¹³³ Vor diesem Hintergrund erscheint es gerechtfertigt, diesen Organen einen zumindest parlamentsähnlichen Charakter zuzusprechen.

¹²⁴ Zur ETI vgl. die Informationen im Internet: <www.ethicaltrade.org/index.shtml>; sowie *Blowfield*, in: Jenkins u.a. (Hrsg.), *Corporate Responsibility and Labour Rights*, 184 ff.; hinsichtlich des ETI Board siehe „Governance and Management of ETI“, Juli 2002, paras. 9 ff., erhältlich im Internet: <www.ethicaltrade.org/Z/lib/2002/07/govmgmt/index.shtml> (besucht am 27. März 2007).

¹²⁵ Eingehender zum MSC selbst vgl. <www.msc.org/> (besucht am 27. März 2007); sowie beispielsweise *Fowler/Heap*, in: Bendell (Hrsg.), *Terms for Endearment*, 135 ff.; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur*, 328 f. m.w.N.

¹²⁶ Vgl. zu seiner gegenwärtigen personellen Zusammensetzung (2. Januar 2007): <www.msc.org/assets/docs/Governance/StC_members_Jan07.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹²⁷ Siehe „Stakeholder Council Terms of Reference“, Juli 2002, para. 4, erhältlich im Internet: <www.msc.org/assets/docs/Governance/TORofStC.doc>; vgl. zu den Aufgaben des Stakeholder Council überdies: <www.msc.org/html/content_477.htm> (besucht am 27. März 2007).

¹²⁸ Vgl. nur *Delbrück*, in: Simma (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. I, Article 24, Rn. 1, 3; *Wellens*, *Michigan Journal of International Law* 25 (2004), 1159 (1179).

¹²⁹ Allgemein zur gegenwärtigen Bedeutung des Selbstverständnisses von Netzwerken für ihre systematische Einordnung *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), *Nicht-normative Steuerung*, 285 (292).

¹³⁰ Vgl. statt vieler *Herzog*, *Allgemeine Staatslehre*, 216; *Brenner*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. III, § 44, Rn. 25 ff. m.w.N.

¹³¹ So beispielsweise der MSC hinsichtlich des Stakeholder Council, vgl. im Internet: <www.msc.org/html/content_477.htm> (besucht am 27. März 2007).

¹³² Siehe hierzu in Bezug auf entsprechenden Organe internationaler Organisationen *Schermers/Blokker*, *International Institutional Law*, §§ 412, 418.

¹³³ Vgl. unter anderem die Aufgabe des Global Compact Board „to provide ongoing strategic and policy advice for the initiative as a whole“ „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September

Diesen Parlamentarisierungstendenzen könnte über den Bereich der Netzwerke hinaus gerade im Hinblick auf die seit langem diskutierten Möglichkeiten einer Einrichtung von parlamentarischen Organen innerhalb internationaler Organisationen¹³⁴ eine potentiell wegweisende Bedeutung zukommen. Schon 1878 schlug *Johann Caspar Bluntschli* die Gründung eines „Europäischen Staatenvereins“ mit einem „europäischen Repräsentantenhaus“ und einem „europäischen Senat“ vor.¹³⁵ *Walther Schücking* forderte die Einrichtung eines „Weltparlaments“ als Legislativorgan des Völkerbundes.¹³⁶ Ausgehend von den wenigen internationalen Organisationen, die gegenwärtig über ein entsprechendes parlamentarisches Organ verfügen,¹³⁷ lassen sich in jüngerer Zeit ähnliche Vorschläge beispielsweise im Hinblick auf eine institutionelle Reform der Welthandelsorganisation (WTO)¹³⁸ und der Vereinten Nationen nachweisen.¹³⁹ Zwar werden die Möglichkeiten einer Umsetzung dieser Entwürfe in der Praxis internationaler Organisationen realistischere bislang eher skeptisch beurteilt.¹⁴⁰ Gleichwohl verfügen die gegenwärtig im Rahmen von Netzwerken entstehenden institutionellen Ansätze aufgrund ihres innovativen Charakters zumindest über ein erhebliches Potential, sich in der Zukunft zu einem Referenzgebiet für eine Netzwerke wie internationale Organisationen erfassende und somit organisationsformübergreifende Parlamentarisierung zu entwickeln,¹⁴¹ um auf diese Weise zur konzeptionellen

2005, para. 4.5, erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf> (besucht am 27. März 2007).

¹³⁴ Eingehend hierzu *Marschall*, Transnationale Repräsentation, 15 ff.; *Habegger*, Parlamentarismus, 11 ff.; sowie jüngst *Walter*, in: v. Schorlemer (Hrsg.), Globale Probleme, 218 ff.

¹³⁵ *Bluntschli*, Die Gegenwart 13 (1878), 131 (132); hierzu *Hobe*, AVR 31 (1993), 367 (376 f.).

¹³⁶ Vgl. unter anderem *Schücking*, in: ders. (Hrsg.), Die nationalen Aufgaben unserer auswärtigen Politik, 41 ff.; zu früheren Ansätzen *Schückings* hinsichtlich der Errichtung eines „Weltparlaments“ in Gestalt einer „parlamentarischen Vertretung der Kulturvölker“ bereits *ders.*, Der Staatenverband der Haager Konferenzen, 298 ff.; siehe hierzu auch *Bodendiek*, Walther Schückings Konzeption der internationalen Ordnung, 278 f. m.w.N.

¹³⁷ Hierzu *Marschall*, Transnationale Repräsentation, 137 ff.; *Schermers/Blokker*, International Institutional Law, §§ 564 ff. m.w.N.

¹³⁸ Vgl. beispielsweise die Punkte 36 und 57 der am 15. Januar 1998 vom Europäischen Parlament verabschiedeten „Entschließung zu transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen“, ABl. EG 1998, Nr. C 34/139 vom 2. Februar 1998; sowie *Benedek*, in: Kopetz u.a. (Hrsg.), FS Mantl, Bd. 1, 225 (232 ff.); *Rudisch*, Die institutionelle Struktur, 15 ff.; *Krajewski*, Verfassungsperspektiven, 255 ff.

¹³⁹ Siehe unter anderem *Walter*, in: v. Schorlemer (Hrsg.), Globale Probleme, 218 (232 ff.); *Falk/Strauss*, Stanford Journal of International Law 36 (2000), 191 ff.

¹⁴⁰ So z.B. *Delbrück*, Indiana Journal of Global Legal Studies 10 (2003), 29 (37); *Walter*, in: v. Schorlemer (Hrsg.), Globale Probleme, 218 (236); *Kokott*, VVDStRL 63 (2004), 7 (33); sowie speziell bezogen auf die WTO *Hilf*, in: ders./Oeter, WTO-Recht, § 8, Rn. 65; *Sutherland u.a.*, The Future of the WTO, Rn. 205.

¹⁴¹ Allgemein zu Bedeutung und Innovationspotential von Referenzgebieten für eine bereichsübergreifende Systembildung in der Rechtswissenschaft *Vofskuhle*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Vofskuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 1, Rn. 43 ff.; *Schmidt-Aßmann*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, 8 ff.; *ders.*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Schuppert (Hrsg.), Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts, 11 (14 f.); *Ruffert*, Die Verwaltung 36 (2003), 293 (302 ff.); *Möllers*, VerwArch. 93 (2002), 22 (55 f.).

Evolution des Parlamentarismus in der Institutionenstruktur auf überstaatlicher Ebene und damit einer der „größten zeitgenössischen Herausforderungen“ beizutragen.¹⁴²

III. Hintergründe und Bedeutung dieser Strukturentwicklungen

Diese Föderalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen lassen sich jedoch nicht bei allen Formen von Netzwerken in gleicher Weise konstatieren.¹⁴³ So zeigen sie sich beispielsweise weder im Zusammenhang mit dem Phänomen des transnationalen Zusammenwirkens gerichtlicher Institutionen noch im Rahmen der ebenfalls als Netzwerke beschriebenen Regulierungsstrukturen internationaler Finanzmärkte oder der oftmals im Zentrum der rechtswissenschaftlichen Analyse von Netzwerkformen stehenden Kooperationsbeziehungen zwischen Behörden auf europäischer und internationaler Ebene. Es sind also nicht die sich ausschließlich bzw. ganz überwiegend aus Mitgliedern einer bestimmten Akteursgruppe zusammensetzenden und oftmals intentional die Informalität suchenden Netzwerke,¹⁴⁴ welche die aufgezeigten Organisationsstrukturen herausbilden.

Vielmehr lassen sich diese Entwicklungen insbesondere in Netzwerken nachweisen, welche eine bestimmte Größe erreicht haben¹⁴⁵ und deren Mitglieder einer Vielzahl unterschiedlicher über- sowie unter-, vor allem aber nichtstaatlicher Akteurskategorien wie NGOs, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaftsorganisationen und Individuen angehören. Für diese Wirkungseinheiten kommt der informalen Natur ihrer Kooperationsbeziehungen grundsätzlich keine hervorgehobene Bedeutung zu. Sie streben den aus dem Netzwerkcharakter ihrer Zusammenschlüsse erwachsenden Schein der Informalität nicht an, sondern sind aus strukturellen Gründen – unter anderem weil ihnen auf überstaatlicher Ebene die Konstitutionsform „internationale Organisation“ nicht zur Verfügung steht¹⁴⁶ – auf die Entwicklung anderer, neuartiger Organisationseinheiten verwiesen. Dabei soll nicht verkannt werden, dass der vielfach auch ausdrücklich betonte Netzwerkcharakter von Institutionen wie dem Global Compact oder der FLA¹⁴⁷ sowie die mangelnde Kompetenz hinsichtlich der Verab-

¹⁴² Vgl. *v. Bogdandy*, AöR 130 (2005), 445 (464) („Die konzeptionell offene Flanke des Parlamentarismus ist die globale Politikverflechtung jenseits der EU; seine entsprechende Fortentwicklung zählt zu den größten zeitgenössischen Herausforderungen.“).

¹⁴³ Allgemein zur Strukturvielfalt von Netzwerken statt vieler *Schuppert*, Verwaltungswissenschaft, 386; *Brunnengräber/Walk*, in: Altvater u.a. (Hrsg.), Vernetzt und Verstrickt, 66 (77 f.).

¹⁴⁴ Zu diesen Charakteristika insbesondere transnationaler Behördennetzwerke *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), Nicht-normative Steuerung, 285 (290 ff., 297 ff.); *Zaring*, Texas International Law Journal 33 (1998), 281 (301 ff., 329).

¹⁴⁵ Siehe zu diesem Faktor im Hinblick auf Föderalisierungstendenzen schon *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft, 285 (289).

¹⁴⁶ Vgl. hierzu *Möllers*, ZaöRV 65 (2005), 351 (370 f.); *Zaring*, Texas International Law Journal 33 (1998), 281 (305 ff., 327 f.); *Schmidt-Aßmann*, in: Bauer u.a. (Hrsg.), FS Schmidt, 149 (158 f.).

¹⁴⁷ Siehe z.B. im Hinblick auf den Global Compact die Charakterisierung durch den UN-Generalsekretär im Rahmen seiner Rede bei einem Treffen mit Vorstandsvorsitzenden in Davos am 25. Januar 2004, UN Press Release SG/SM/9135 („There are plenty of fora where lawyers can argue about language. The Compact is not one of them. It is about getting the job done through dialogue, learning and projects. This exclusive focus on the practical side is not always easily understood by those whose profession is to interpret the nuances of words. But I know business leaders understand the importance of action.“).

scheidung rechtsverbindlicher Verhaltensvorgaben die Motivation bestimmter Statusgruppen – insbesondere der Unternehmen und Wirtschaftsverbände – zur Mitwirkung an den entsprechenden Initiativen auch erhöhen kann. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass durch Akteursvielfalt gekennzeichnete Netzwerke in deutlich größerem Umfang als andere die Tendenz aufweisen, sich beim Prozess ihrer institutionellen Verfestigung sowohl an traditionellen internationalen Organisationen zu orientieren¹⁴⁸ als auch bezogen auf die überstaatliche Ebene innovative Organisationsstrukturen herauszubilden, welche auf der Grundlage einer reflektierten Übertragung ursprünglich staatsrechtlich geprägter Rechtsinstitute dogmatisch adäquat erfasst werden können.

Weiterhin erscheint es geboten, sich mit den diesen Entwicklungen zugrunde liegenden Motiven auseinanderzusetzen. Die allgemein mit dem Aufbau föderaler Strukturen verbundenen Erwägungen und ihre Legitimationsquellen sind vielfältig und im Einzelnen umstritten.¹⁴⁹ Es besteht jedoch bei aller mit einer diesbezüglichen Abstrahierung verbundenen Schwierigkeiten¹⁵⁰ zumindest weitgehende Einigkeit, dass die Ordnungsidee des Föderalismus unter anderem die Herstellung von Bedingungen bezweckt, unter denen im Wege politischer und rechtlicher Dezentralisation sach- sowie bürgernahe Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten ermöglicht werden.¹⁵¹ Föderale Strukturen bewirken damit gerade auch eine Stabilisierung und Integration des Gesamtsystems¹⁵² auf der Grundlage effizienter sowie von der Akzeptanz der Mitglieder und Betroffenen getragener Steuerungsmechanismen.¹⁵³ Diese Erwägungen lassen sich im Grundsatz auch auf die in Frage stehenden Entwicklungstendenzen in Netzwerkstrukturen übertragen. Wie beispielsweise der FSC und der Global Compact verdeutlichen, dient die Herausbildung föderaler Organisationsformen – in deutlicher Parallele zur Entwicklung entsprechender Strukturen auf staatlicher Ebene – auch im Rahmen von Netzwerken der sachnahen Berücksichtigung regionaler und lokaler Gegebenheiten,¹⁵⁴ der

¹⁴⁸ Allgemein zu Übereinstimmungen in der Organisationsstruktur von internationalen Organisationen und einigen Netzwerken *Warning*, in: Winter (Hrsg.), *Multilevel Governance of Global Environmental Change*, 305 (322 f.); *Möllers*, in: Oebbecke (Hrsg.), *Nicht-normative Steuerung*, 285 (293).

¹⁴⁹ Eingehender *Isensee*, in: ders./Kirchhof (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. IV, § 98, Rn. 300 ff.; *Stern*, *Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I, 657 ff.; *Lerche*, *VVDStRL* 21 (1964), 66 (73 ff.); *Vogel*, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), *Handbuch des Verfassungsrechts*, § 22, Rn. 12 ff.; *Oeter*, *Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht*, 395 ff., jeweils m.w.N.

¹⁵⁰ Vgl. *Isensee*, *AöR* 115 (1990), 248 (251 f.).

¹⁵¹ In diesem Sinne unter anderem *Hesse*, *Grundzüge des Verfassungsrechts*, Rn. 224, 228; *Zippelius*, in: Duso u.a. (Hrsg.), *Konsens und Konsoziation*, 295 (296 ff.); *Würtenberger*, in: *ibid.*, 355 (364 ff.); *Isensee*, in: Badura/Dreier (Hrsg.), *FS 50 Jahre Bundesverfassungsgericht*, Bd. 2, 719 (747); v. *Danwitz*, *AöR* 131 (2006), 510 (512).

¹⁵² *Jestaedt*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 29, Rn. 12; ähnlich beispielsweise *Imboden*, *Die Staatsformen*, 84 f.; *Bleckmann*, *Staatsrecht I*, Rn. 895; vgl. hierzu auch jüngst *Kadelbach*, *VVDStRL* 66 (2007), 7 (10) m.w.N.

¹⁵³ In Bezug auf die Effektivität und Akzeptanzsteigerung als zentrale Zwecksetzungen des föderalen Ordnungsprinzips nur *Wolfrum*, in: Brenner u.a. (Hrsg.), *FS Badura*, 1245; *Grzeszick*, *Vom Reich zur Bundesstaatsidee*, 26 f.; *Kempin*, in: Becker u.a. (Hrsg.), *Die Europäische Verfassung*, 187 (192); zur allgemein höheren Problemlösungsfähigkeit föderaler Strukturen überdies *Mayntz*, *AöR* 115 (1990), 232 (241 ff.).

¹⁵⁴ Vgl. z.B. „The Global Compact’s Next Phase“, 6. September 2005, para. 3.11, erhältlich im Internet: <www.unglobalcompact.org/docs/about_the_gc/2.3/gc_gov_framework.pdf> (besucht am 27.

Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und andere interessierte Akteure¹⁵⁵ sowie der Effektivitätssteigerung in Bezug auf die Steuerungswirkung des Gesamtnetzwerkes.¹⁵⁶ Ähnliche Erwägungen liegen den im weiteren Sinne als Parlamentarisierungstendenzen zu charakterisierenden Strukturentwicklungen zugrunde. Auch diese dienen – unter Reflektion eines der grundlegenden Zwecksetzungen der Idee der Repräsentation¹⁵⁷ – der Schaffung von Voraussetzungen für eine effektive Steuerung in größeren Netzwerken auf der Grundlage von Gremien, deren Angehörige das Netzwerk als ganzes repräsentieren und die, da sie gewählt worden sind, sich in ihrer Entscheidungsfindung grundsätzlich auf die Akzeptanz der Mitglieder des Netzwerkes stützen können.

Zusammenfassend lässt sich also konstatieren, dass es im Wesentlichen Gesichtspunkte der Effektivierung der Entscheidungsfindung sowie der Akzeptanzsteigerung – und damit im Ergebnis der Optimierung der Steuerungsleistung – sind, welche in größeren und sich aus Mitgliedern unterschiedlicher Akteurskategorien zusammensetzenden Netzwerken zur Herausbildung von Föderalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen führen.

F. Implikationen für die Legitimation der Regelbildung in Netzwerken

Die mittels dieser Entwicklungen intendierte Effektivität und Akzeptanz der Verhaltenssteuerung stehen nicht nur in einem Verhältnis wechselseitiger Verstärkung zueinander.¹⁵⁸ Vielmehr kommt diesen beiden Gesichtspunkten auch im Grundsatz eine bedeutende Funktion bei der Errichtung anerkennungswürdiger Ordnungsstrukturen und damit Legitimationspotential zu.¹⁵⁹ Gleichwohl erscheint es auf der Grundlage des vorherrschenden Legitimationskonzepts mehr als fraglich, ob eine solche, die Regelbildung in Netzwerken rechtfertigende Wirkung den dargelegten institutionellen Entwicklungen im Rahmen von Netzwerkstrukturen zugeschrieben werden kann. Die gegen die Entwicklung von Verhaltensvorgaben durch Netzwerke geltend gemachten

März 2007) („Local Networks play increasingly important roles in rooting the Global Compact within different national, cultural and language contexts“).

¹⁵⁵ Siehe FSC Social Strategy: Building and Implementing a Social Agenda, Version 2.1, 17 February 2003, Appendix VI: The Challenge of Decentralization, 50, erhältlich im Internet: <www.fsc.org/keepout/en/content_areas/77/32/files/FSC_Social_Strategy_version_2_1.pdf> (besucht am 27. März 2007) („FSC’s decentralization process [...] has the potential to better involve members and stakeholders in the FSC system and to encourage their participation in discussions on systems and policy.“).

¹⁵⁶ *Ibid.*, 50 („Decentralization is seen as a tool to improve the efficiency and effectiveness of FSC’s delivery of its mission.“); vgl. auch *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft*, 285 (289).

¹⁵⁷ Allgemein zum Zweck der Repräsentation im Zusammenhang mit einer effektiven Regierbarkeit größerer politischer Einheiten unter gleichzeitiger Partizipation der Betroffenen bereits *Madison*, in: *The Federalist Papers*, 62 (63 ff.); *Mill*, *Considerations on Representative Government*, 69; sowie aus jüngerer Zeit *Herzog*, *Allgemeine Staatslehre*, 206 u. 215; *Möllers*, *Gewaltengliederung*, 54; *Schmitter*, in: Marks u.a., *Governance in the European Union*, 121 (134).

¹⁵⁸ Vgl. nur *Herzog*, in: Rüthers/Stern (Hrsg.), *Festgabe zum 10jährigen Jubiläum der Gesellschaft für Rechtspolitik*, 127 ff.; *Hilff/Hörmann*, in: Dupuy u.a. (Hrsg.), *FS Tomuschat*, 913 (919).

¹⁵⁹ Zur Effektivität und Akzeptanz als Legitimationskriterien *Peters*, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, 552 ff.; 577 ff. m.w.N.; allgemein zum Verständnis der Legitimität als „Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung“ *Habermas*, in: Graf Kielmansegg (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme*, 39.

Vorbehalte, insbesondere soweit sie – wie vielfach – unter maßgeblicher oder sogar ausschließlicher Beteiligung nichtstaatlicher Akteure erfolgt, beziehen sich nämlich primär auf den Umstand, dass die in Frage stehenden Wirkungseinheiten nicht demokratisch legitimiert sind, da sich ihre Regelungsaktivitäten nicht im Sinne einer organisatorisch-personellen demokratischen Legitimation aufgrund einer ununterbrochenen, auf das Volk zurückführenden Legitimationskette rechtfertigen lassen.¹⁶⁰ Auch wenn einige der neuen strukturellen Entwicklungen im Schrifttum vereinzelt bereits als ‚bemerkenswerte Lösung‘ für die „bei transnationalen Netzwerkorganisationen relativ häufig auftretenden Legitimitätsprobleme“ qualifiziert worden sind,¹⁶¹ kommt aus der Perspektive der herkömmlichen Rechtfertigungskonzeption der Ausgestaltung der internen Organisationsstruktur von Netzwerken – wie auf innerstaatlicher Ebene die Diskussion über die Implikationen einer so genannten „Binnendemokratisierung“ von Verbänden gezeigt hat – in Bezug auf die Legitimationsfrage keine Bedeutung zu.¹⁶²

Vor dem Hintergrund der damit aufgeworfenen Problematik erscheint es wenig verwunderlich, dass die Frage der Legitimation dieser neuen Regelungsstrukturen allgemein bereits als „emerging as one of the central questions – perhaps *the* central question – in contemporary world politics“ angesehen worden ist.¹⁶³ Im Rahmen dieses Beitrags ist es nicht möglich, die gegenwärtig intensiv geführte Diskussion über die Existenz und Möglichkeiten der Beseitigung eines „Legitimationsdefizits“ der Regulierung durch Netzwerke,¹⁶⁴ welche überdies untrennbar mit der Kontroverse über das den sich wandelnden Steuerungsprozesse auf nationaler Ebene wie im internationalen System insgesamt zugrunde liegende Legitimationsverständnis verbunden ist, in umfassender Weise nachzuzeichnen.¹⁶⁵ Vielmehr sollen sich die nachfolgenden Ausführungen darauf beschränken, zum einen die aus den veränderten Regelungsstrukturen

¹⁶⁰ So statt vieler *Di Fabio*, in: Mellinghoff u.a. (Hrsg.), Die Erneuerung des Verfassungsstaates, 57 (74 f.); *Lepsius*, Steuerungsdiskussion, 23 ff.; sowie jüngst *Seckelmann*, *VerwArch.* 98 (2007), 30 (42, 45 ff.); vgl. hierzu auch *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 615 f. m.w.N.

¹⁶¹ So in Bezug auf den FSC *Kern*, in: Gosewinkel u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft*, 285 (302 f.).

¹⁶² Hierzu deutlich *Böckenförde*, *Der Staat* 15 (1976), 457 (477) („Etwas anderes geschieht aber, wenn die sogenannte Binnendemokratisierung von Verbänden gefordert oder vorgeschrieben wird, um dadurch eine vorhandene politische Machtposition dieser Organisationen demokratisch zu legitimieren und zu konstitutionalisieren. Die demokratische Legitimation, die auf diesem Wege erreicht werden kann, ist, genau besehen, nur eine *Schein-Legitimation*. Sie ist nicht auf das Volk insgesamt als Inbegriff der wahlberechtigten Bürger bezogen, [...]“); ebenso unter anderem *Grimm*, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), *Handbuch des Verfassungsrechts*, § 15, Rn. 15; sowie *Schmidt*, *Öffentliches Wirtschaftsrecht*, 424; eingehend zu dieser Diskussion *Dederer*, *Korporative Staatsgewalt*, 365 ff.

¹⁶³ *Moravcsik*, in: Held/Koenig-Archibugi (Hrsg.), *Global Governance and Public Accountability*, 212; ähnlich statt vieler *Hoffmann-Riem*, *AöR* 130 (2005), 5 (66) („Ein großes Thema der nahen und vermutlich auch weiteren Zukunft“).

¹⁶⁴ So in Bezug auf die transnationaler Behördenkooperation *Möllers*, *ZaöRV* 65 (2005), 351 (380); ähnlich *Picciotto*, *Northwestern Journal of International Law & Business* 17 (1996/97), 1014 (1047) („chronic lack of legitimacy“); vgl. auch die zum Ausdruck gebrachten Bedenken in den Diskussionsbeiträgen von *Di Fabio*, *Marauhn*, *Ruffert* und *Winter*, *VVDStRL* 63 (2004), 72 f., 88 f., 90, 93.

¹⁶⁵ Vgl. unter anderem *Tietje*, *Internationalisiertes Verwaltungshandeln*, 644 ff.; *Möllers*, *ZaöRV* 65 (2005), 351 (378 ff.); *Slaughter*, *A New World Order*, 217 ff.; *Dingwerth*, *ZIB* 2003, 69 ff.; *Schneider*, in: Sydow/Windeler (Hrsg.), *Steuerung von Netzwerken*, 327 ff.; *Cashore*, *Governance* 15 (2002), 503 (515 ff.), jeweils m.w.N.

erwachsende Erforderlichkeit eines Perspektivenwandels im Legitimationsverständnis zu skizzieren. Zum anderen soll aufgezeigt werden, dass trotz der relativen Neuartigkeit des Netzwerkphänomens und die hierdurch auftretenden Legitimationsherausforderungen auch in diesem Zusammenhang nicht notwendigerweise ein präzedenzloses Denken geboten ist.

I. Erforderlichkeit eines Perspektivenwandels im Legitimationsverständnis

Die der Kritik an der normativen Steuerung durch Netzwerke zugrunde liegende und die Rechtswissenschaft und -praxis weiterhin dominierende Vorstellung von der Notwendigkeit ununterbrochener, auf einen Willensakt des Volkes zurückführender Legitimationsketten,¹⁶⁶ welche allerdings selbst in Bezug auf ihre Adäquanz auf innerstaatlicher Ebene zum Teil deutlicher Kritik ausgesetzt ist,¹⁶⁷ ist unter Heranziehung der auf *Fritz Scharpf* zurückgehenden Differenzierung zwischen „input-orientierten“ und „output-orientierten“ Legitimationskonzepten¹⁶⁸ als ausschließlich „input-orientiert“ zu qualifizieren, da es die Erforderlichkeit einer Rechtfertigung der Regelbildung bereits während der entsprechenden Normsetzungsprozesse voraussetzt.¹⁶⁹ Gestützt auf dieselbe Begründung ist sie überdies unter Zugrundelegung der von *Anne Peters* entwickelten Kategorisierung der Legitimationsmuster in *Ex-ante*- und *Ex-post*-Strategien¹⁷⁰ – also der Unterscheidung zwischen solchen Ansätzen, „welche auf die *Entstehung* der Herrschafts- und Rechtsordnung abstellen“ und denjenigen, „die eine Herrschaft oder eine Verfassung anhand ihrer *Leistungen oder Erfolge* legitimieren“¹⁷¹ – der Gruppe von Konzepten zuzuordnen, die eine Legitimation *ex ante* für erforderlich ansehen.

Die Vorstellung notwendiger Legitimationsketten unterscheidet sich jedoch in einem zentralen Aspekt von anderen „input-orientierten“ bzw. *Ex-ante*-Legitimationskonzepten.¹⁷² Sie hat sich nicht nur von ihrem Ursprung her bezogen auf den Staat der Neuzeit entwickelt. Dieser etatistische Ursprung allein würde, wie bereits dargelegt, nicht notwendigerweise gegen eine reflektierende Übertragung auf neue Regelungsstrukturen sprechen. Vielmehr ist dieses Legitimationskonzept auch im Hinblick auf die zu seiner Verwirklichung erforderlichen Organisationsstrukturen inhärent staatszentriert geblieben, da es klare – und in Netzwerkstrukturen vielfach nicht vorhandene¹⁷³ – Zuordnungen in Bezug auf die politischen Herrschaftsstrukturen voraussetzt, um die ununterbrochenen und auf ein Volk zurückführbaren Legiti-

¹⁶⁶ Grundlegend *Böckenförde*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HdbStR, Bd. II, § 24, Rn. 16 ff.

¹⁶⁷ Exemplarisch *Bryde*, Staatswissenschaften und Staatspraxis 5 (1994), 305 ff.; *Rinken*, in: Bovenshulte u.a. (Hrsg.), FS Schefold, 223 ff.; *Groß*, in: Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.), Demokratie und Grundgesetz, 93 ff.; eingehend hierzu u.a. *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 281 ff.; *Mehde*, Neues Steuerungsmodell, 163 ff., jeweils m.w.N.

¹⁶⁸ Erstmals wohl *Scharpf*, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, 21 ff.; vgl. überdies beispielsweise *ders.*, Regieren in Europa, 16 ff.

¹⁶⁹ So statt vieler *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1095); *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 233 ff.

¹⁷⁰ *Peters*, Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, 517 ff.

¹⁷¹ *Ibid.*, 518.

¹⁷² Für weitere typische Beispiele siehe *ibid.*, 517 ff. m.w.N.

¹⁷³ *Hoffmann-Riem*, AöR 130 (2005), 5 (66); *Franzius*, VerwArch. 97 (2006), 186 (210 ff.).

mationsketten etablieren zu können.¹⁷⁴ Damit basiert es auf Voraussetzungen, deren Realisierung im internationalen System überdies wohl nur auf der Grundlage der Schaffung eines „Weltstaates“ – also einer unabhängig von ihrer Erstrebenswertheit gegenwärtig wenig realistischen Option – möglich wäre.¹⁷⁵ Angesichts des Umstandes, dass die wachsende Vielfalt an Regelungsmechanismen und -akteuren die Errichtung klarer Zuordnungsstrukturen nicht mehr zulässt – sich, abschätziger ausgedrückt, „die Zuordnung von Regelungsverantwortlichkeiten zum Staatsvolk [...] also im Globalen verliert“¹⁷⁶ – ist im Schrifttum bereits verschiedentlich konstatiert worden, dass die Vorstellung der Notwendigkeit ununterbrochener und auf das Staatsvolk zurückführender Legitimationsketten einen zunehmend inadäquaten Ansatz bildet, um angemessene Antworten auf die Frage nach der Legitimation der komplexen Regelungsstrukturen unter Beteiligung einer Vielzahl privater Akteure zu geben.¹⁷⁷

Netzwerkstrukturen und ihre Regelbildung laufen also „dem Denken in einer linearen Legitimationskette zuwider und forder[n] ein andersartiges Legitimationskonzept“.¹⁷⁸ Im Hinblick auf die Gebotenheit eines Perspektivenwandels im Legitimationsverständnis und angesichts der Wandlungsfähigkeit dieses Konzeptes¹⁷⁹ lassen sich im jüngeren Schrifttum im Grundsatz drei Entwicklungslinien nachweisen. Zum einen sind namentlich in Teilen der anglo-amerikanischen Rechtswissenschaft auf der Basis einer weiterhin ausschließlich „input-orientierten“ Legitimationsstrategie verschiedene transnationale Demokratiekonzepte entwickelt worden. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf die von *David Held* konzeptionalisierte Vorstellung einer „cosmopolitan democracy“ verwiesen.¹⁸⁰ Die Verwirklichung dieser ambitionierten und sich durch und ein erhebliches Maß an Idealismus auszeichnenden Ansätze¹⁸¹

¹⁷⁴ Vgl. *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1095); *Rossen-Stadtfeld*, JöR N.F. 53 (2005), 45 (69 f.); *Kingsbury/Krisch/Stewart*, Law and Contemporary Problems 68 (2005), 15 (48 f.).

¹⁷⁵ *Delbrück*, Indiana Journal of Global Legal Studies 10 (2003), 29 (37); *Kokott*, VVDStRL 63 (2004), 7 (30).

¹⁷⁶ So und kritisch hierzu *Kirchhof*; Gesetzgebung und private Regelsetzung als Geltungsgrund von Rechnungspflichten?, ZGR 2000, 681 (690).

¹⁷⁷ So statt vieler *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1095); *Delbrück*, in: ders./Einsele (Hrsg.), Wandel des Staates im Kontext europäischer und internationaler Integration, 9 (12); vgl. auch *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 621 f. m.w.N.

¹⁷⁸ *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (375); ähnlich *ders.*, in: Schuppert (Hrsg.), Der Gewährleistungsstaat, 89 (106).

¹⁷⁹ Vgl. besonders deutlich *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 438 („Die Kategorien der Legitimation und Legitimität haben sich [...] ständig anhand sich verändernder Realitäten entwickelt. Auch die monistische Legitimationskonzeption der herrschenden Meinung ist kein Naturgesetz, sondern normativ-dogmatisches Abbild einer bestimmten Erscheinungsform von Staatlichkeit, einer bestimmten historischen Situation und ihres besonderen Rechtsfertigungsbedarfs. Dann muss eine sich grundlegend verändernde tatsächliche Situation ihre Abbildung in den normativen Anforderungen einer Legitimationskonstruktion finden, um ihre Rechtfertigungsleistung für die konkret ausgeübte Hoheitsgewalt auch weiterhin erbringen zu können. [...] Soll die weitere Verwendung der Begriffe ‚Legitimation‘ und ‚Legitimität‘ möglich bleiben – und ein Bedürfnis hierfür besteht –, so ist an der begrifflichen Weiterentwicklung und Öffnung der Inhalte für die Mehrdimensionalität zu arbeiten.“); allgemein zur Legitimation als einer dynamischen und entwicklungs-offenen, also „relativen Kategorie“ *Würtenberger*, in: Brugger (Hrsg.), Legitimation des Grundgesetzes, 21 (29 ff.).

¹⁸⁰ Siehe unter anderem *Held*, Democracy and the Global Order, 221 ff.

¹⁸¹ *McGrew*, in: Held/McGrew (Hrsg.), Global Transformations, 500 (503) („enormously ambitious agenda for reconfiguring the constitution of global governance and world order“).

erscheint jedoch auf absehbare Zeit eher unrealistisch,¹⁸² so dass sie für die gegenwärtig sich herausbildenden und vielfach durch Netzwerke geprägten Regelungsstrukturen keine adäquate Legitimationskonzeption darstellen. Zum anderen werden unter anderem angesichts des Umstandes, dass selbst auf innerstaatlicher Ebene die Legitimation zumindest auch auf einer effizienten und gemeinwohlorientierten Aufgabenerfüllung der Hoheitsträger beruht,¹⁸³ ausschließlich „output-orientierte“ bzw. *Ex-post*-Legitimationsstrategien vertreten. Diese, auf eine an Effektivitäts- und Leistungskriterien ausgerichtete Legitimationsbegründung abstellenden Ansätze¹⁸⁴ lassen sich sowohl in Bezug auf die Möglichkeiten einer Rechtfertigung der Ausübung von Hoheitsgewalt auf supranationaler Ebene als auch hinsichtlich der sich wandelnden normativen Ordnungsstruktur im internationalen System nachweisen.¹⁸⁵ Gleichwohl wird gegen diese Konzeptionen vielfach der Einwand erhoben, dass eine exklusive Fokussierung auf „output-orientierte“ Legitimationselemente auch die Herrschaftsstrukturen totalitärer, gleichwohl aber um das Wohlergehen der ihnen unterworfenen Individuen bemühter Regime rechtfertigen könnte.¹⁸⁶

Vor diesem Hintergrund favorisiert die gegenwärtig wohl ganz überwiegende Anzahl derjenigen Vertreter im Schrifttum, welche einem Perspektivenwandel im Legitimationsverständnis aufgeschlossen gegenüberstehen, komplexere,¹⁸⁷ sich sowohl aus „input“- als auch „output“-Elementen zusammensetzende und damit plurale Legitimationsmodelle.¹⁸⁸ Nach diesen – im Einzelnen variierenden – Ansätzen ist jeweils in Bezug auf die entsprechenden Regelungsstrukturen und ihre Steuerungsleistung zu ermitteln, „ob es genügend legitimationsichernde Faktoren gibt, die ergänzend, ver-

¹⁸² So z.B. auch *Scharpf*, in: Schuppert/Pernice/Halter (Hrsg.), *Europawissenschaft*, 705 (733 f.); *Zürn/Leibfried*, in: dies. (Hrsg.), *Transformations of the State?*, 1 (22); sowie jüngst *Elsig*, *Journal of World Trade* 41 (2007), 75 (91).

¹⁸³ Hierzu nur *Herzog*, in: Köbler u.a. (Hrsg.), *FS Söllner*, 437 (442); *Klein*, in: Kirchhof u.a. (Hrsg.), *FS Klein*, 511 (515 f.).

¹⁸⁴ Eingehender *Scharpf*, in: Schuppert/Pernice/Halter (Hrsg.), *Europawissenschaft*, 705 (711 ff.); *Peters*, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, 517 ff., 567 ff.

¹⁸⁵ Vgl. beispielsweise *Tietje*, *DVBl.* 2003, 1081 (1095); *Peters*, *Elemente einer Theorie der Verfassung Europas*, 580 ff.; *Scharpf*, *Regieren in Europa*, 21 ff.; *Majone*, *European Law Journal* 4 (1998), 5 ff.

¹⁸⁶ So unter anderem *Schliesky*, *Souveränität und Legitimation*, 604 f.; ähnlich *Dederer*, *Korporative Staatsgewalt*, 169 f.; *Greven*, in: Buckmiller/Perels (Hrsg.), *FS Seifert*, 477 ff.; skeptisch auch *Volkmann*, *AöR* 127 (2002), 575 (607); vgl. überdies *BVerfGE* 5, 85 (204 f.) („Für den politisch-sozialen Bereich bedeutet das, daß es nicht genügt, wenn eine Obrigkeit sich bemüht, noch so gut für das Wohl von ‚Untertanen‘ zu sorgen“); siehe aber in Bezug auf eine teilweise Relativierung dieser Bedenken hinsichtlich der Regelungsstrukturen auf überstaatlicher Ebene *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur*, 631 f.

¹⁸⁷ *Lübbe-Wolff*, *VVDStRL* 60 (2001), 246 (281) („Nicht nur das Regieren [...], sondern auch die Erzeugung demokratischer Legitimation dafür ist ein zu komplexes Geschäft geworden, als daß man dabei ganz ohne Arbeitsteilung auskommen könnte.“); vgl. auch jüngst *Groß*, *VVDStRL* 66 (2007), 152 (171) („Ein Modell, das von einer einheitlichen Legitimationsquelle im Volkswillen ausgeht, ist unterkomplex.“).

¹⁸⁸ Vgl. nur *Schuppert*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), *FS Rauschnig*, 201 (205 ff.); *Hoffmann-Riem*, *AöR* 130 (2005), 5 (66 ff.); *ders.*, in: Schuppert (Hrsg.), *Der Gewährleistungsstaat*, 89 (105 ff.); *Pache*, *VVDStRL* 66 (2007), 106 (139 ff.); *Groß*, *VVDStRL* 66 (2007), 152 (171 ff.); *Kokott*, *VVDStRL* 63 (2004), 7 (33 f.); *Franzius*, *VerwArch.* 97 (2006), 186 (210 ff.); sowie eingehend *Schliesky*, *Souveränität und Legitimation*, 588 ff.; vgl. hierzu überdies *Möllers*, *VerwArch.* 90 (1999), 187 (188 ff.) m.w.N.

stärkend oder substituierend¹⁸⁹ in ihrer Gesamtheit ein „problemangemessenes“ bzw. „funktions- und organisationsadäquates“ Legitimationsniveau erreichen.¹⁹⁰ Obgleich hierbei prinzipiell kein „*numerus clausus* der Legitimationsarten“ zu beachten ist,¹⁹¹ scheint sich doch zunehmend ein Konsens darüber herauszubilden, welchen legitimationsstiftenden Faktoren eine hervorgehobene Bedeutung zukommt. Schon angesichts des Umstandes, dass die Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen die zentrale Zwecksetzung der normativen Ordnungsstrukturen auf innerstaatlicher, supranationaler und internationaler Ebene bildet,¹⁹² ist als „output-orientiertes“ Legitimationselement der effektiven Gewährleistung einer „Gemeinwohlfähigkeit der Steuerungsergebnisse“ im Rahmen der neuen Regelungsstrukturen eine zentrale Bedeutung zuzumessen.¹⁹³ Hierzu bedarf es nicht nur der Herausbildung und – auch normativen – Absicherung eines entsprechenden Verantwortungsbewusstseins auf Seiten der an der Regelbildung beteiligten Individuen.¹⁹⁴ Vielmehr wird in diesem Zusammenhang – als weitere *ex ante* legitimationsstiftende Faktoren – zu Recht auch insbesondere auf die Erforderlichkeit einer transparenten Verfahrensausgestaltung und die nur auf dieser Grundlage mögliche, effektive Beteiligung der Öffentlichkeit hingewiesen.¹⁹⁵

¹⁸⁹ *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (377); ähnlich *ders.*, AöR 131 (2006), 255 (264) („Berücksichtigung einer Pluralität von normativ erheblichen Legitimationsbausteinen“); sowie z.B. *Kotzur*, in: Bauer u.a. (Hrsg.), Demokratie in Europa, 351 (371) („nicht ein alleinverbindliches Legitimationsmuster, sondern nur je nach Sachbereichen divergierende, ineinandergreifende Legitimationsfaktoren“).

¹⁹⁰ Vgl. nur *Schuppert*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), FS Rauschnig, 201 (209); *Hoffmann-Riem*, in: Schuppert (Hrsg.), Der Gewährleistungsstaat, 89 (106); *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 719; zum Begriff des Legitimationsniveaus selbst z.B. BVerfGE 107, 59 (87); *Kluth*, Funktionale Selbstverwaltung, 359 f.; *Becker*, Kooperative und konsensuale Strukturen, 364 ff.

¹⁹¹ *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 719; ähnlich *Groß*, VVDStRL 66 (2007), 152 (175) („Die Teilelemente eines solchen pluralistischen Legitimationskonzepts [...] sind auch nicht quantifizierbar.“); im Ergebnis wohl auch unter anderem *Hoffmann-Riem*, AöR 130 (2005), 5 (68).

¹⁹² Vgl. statt vieler *Häberle*, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, 771 ff.; *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur, 486 ff. m.w.N.

¹⁹³ *Schmidt-Aßmann*, VVDStRL 56 (1997), 294 (295); vgl. überdies nur *Schuppert*, Staatswissenschaft, 416 („leistungsfähige, gemeinwohlorientierte institutionelle Arrangements“); *Tietje*, DVBl. 2003, 1081 (1095) („In diesem Sinne ist Legitimation [...] heute auch mit Blick auf [...] Festlegungen zur Produktion globaler öffentlicher Güter zu sehen.“); *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 691 („Erzeugung effektiver Lösungen für das Gemeinwohl“); *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (377) („Konkretisierung und Umsetzung von Gemeinwohlbelangen“); *Trute*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, § 6, Rn. 53 („Entscheidungszusammenhänge so auszurichten, dass legitime Gemeinwohlziele auch erreicht werden“); *Pache*, VVDStRL 66 (2007), 106 (141) („bestmögliche und effektive Erledigung der übertragenen Gemeinwohlaufgaben“).

¹⁹⁴ Zu diesem Legitimationsfaktor z.B. deutlich *Tomuschat*, DVBl. 1996, 1073 (1080).

¹⁹⁵ Vgl. unter anderem *Schuppert*, in: Heyde/Schaber (Hrsg.), Demokratisches Regieren in Europa?, 65 (72) („legitimationsvermittelnd wirken [...] auch Verfahren der öffentlichen Meinungsbildung, die durch Offenheits- und Transparenzregeln abgesichert werden, sowie Verfahren der Interessenverarbeitung unter Einbeziehung von Betroffenen, anderen Interessenträgern und Sachverständigen“); *Sommermann*, in: Dupuy u.a. (Hrsg.), FS Tomuschat, 1051 (1063) („Zur Wahrung der Gemeinwohlperspektive muss allerdings durch geeignete Verfahren der Einbeziehung eine Interessenselektivität möglichst ausgeschlossen werden.“); *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (377); *Pache*, VVDStRL 66 (2007), 106 (140); *Groß*, VVDStRL 66 (2007), 152 (172 f.); *Cassese*, New York University Journal of International Law & Politics 37 (2005), 663 (688 f.); *Kokott*, VVDStRL 63 (2004), 7 (33).

Übertragen auf Netzwerkstrukturen ist zunächst hervorzuheben, dass auf der Grundlage dieses pluralen Legitimationsmodells auch den aufgezeigten Föderalisierungs- und Parlamentarisierungstendenzen in erheblichem Umfang Rechtfertigungspotential zuzumessen ist. Die mit diesen institutionellen Entwicklungen verbundene Zielsetzung einer inhaltlichen Sach- und Betroffenennähe sowie die intendierten Effektivitäts- und Akzeptanzsteigerungen werden im Rahmen des pluralen Legitimationsverständnisses unstrittig als beachtenswerte legitimationsstiftenden Faktoren anerkannt.¹⁹⁶ Die Herausbildung derartiger Strukturen bildet jedoch keine zwingend gebotene Voraussetzung für die Erreichung eines adäquaten Legitimationsniveaus. Vielmehr erfordert, wie dargelegt, die plurale Legitimationskonzeption vor allem eine optimale Gemeinwohlorientierung¹⁹⁷ der Netzwerke. Um eine solche Ausgestaltung zu gewährleisten ist es nicht nur geboten, dass die Entwicklung von Verhaltensvorgaben – in Anlehnung an eine Formulierung *Ernst Friesenbahns* – von einer möglichst breiten Schicht verantwortungsbewusster Steuerungssubjekte¹⁹⁸ als Mitglieder des entsprechenden Netzwerkes ausgeht. Eine wenigstens ebenso große Bedeutung kommt der Gewährleistung von Transparenz im Rahmen der Regelbildung zu, um auf diese Weise eine prinzipielle Einbindung aller interessierten und betroffenen Akteure zu ermöglichen.¹⁹⁹ Das plurale Legitimationsverständnis orientiert sich damit hinsichtlich seiner Voraussetzungen für die Erzielung eines adäquaten Legitimationsniveaus im Grundsatz an dem Leitbild eines gemeinwohlorientierten und vor diesem Hintergrund notwendigerweise kooperationsoffenen Netzwerkes.²⁰⁰

II. Das Republikprinzip als normative Legitimationsbasis der Regelbildung in Netzwerken?

Bildet sich im Schrifttum somit zunehmend ein Konsens heraus, dass es zur Rechtfertigung von komplexen Regelungsstrukturen wie Netzwerken eines konzeptionellen Wandels bedarf und welche legitimationsstiftenden Faktoren hierbei besondere Berücksichtigung finden können, so schließt sich die Frage an, ob sich ein solch verändertes Legitimationsverständnis auf ein einheitliches normatives Ordnungsprinzip stützen kann. Dies wird – unter Rückschluss von der Gebotenheit einer pluralen

¹⁹⁶ Vgl. nur *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (377); *Sommermann*, in: Dupuy u.a. (Hrsg.), FS Tomuschat, 1051 (1064 f.); *Schuppert*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), FS Rauschnig, 201 (210); *Schliesky*, Souveränität und Legitimation, 718 f. m.w.N.

¹⁹⁷ Zur Qualifizierung der Gemeinwohlerwirklichung als Prinzip im Sinne eines Optimierunggebots *Isensee*, in: v. Arnim/Sommermann (Hrsg.), Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung, 95 (105); allgemein zur Charakterisierung von Prinzipien in diesem Sinne *Alexy*, Theorie der Grundrechte, 75 ff.

¹⁹⁸ So, allerdings in Bezug auf die Grundlage der parlamentarischen Demokratie *Friesenbahn*, VVDStRL 16 (1958), 9 (64 f.).

¹⁹⁹ Zur Bedeutung dieser Faktoren und den diesbezüglichen Defiziten im Rahmen vieler, insbesondere sich aus Vertretern einer Akteurskategorie zusammensetzenden Netzwerke *Nölke*, ZIB 2000, 331 (354 ff.); *Möllers*, ZaöRV 65 (2005), 351 (378 ff.); *Schmidt-Aßmann*, in: Bauer u.a. (Hrsg.), FS Schmidt, 149 (159); *Picciotto*, Northwestern Journal of International Law & Business 17 (1996/97), 1014 (1045 ff.).

²⁰⁰ Zu dem diesen Überlegungen in Bezug auf Netzwerke zugrunde liegenden Konzept des offenen bzw. kooperationsoffenen Staates *Hobe*, Der offene Verfassungsstaat, 137 ff. m.w.N.

Legitimationskonzeption auf die nicht in einem Leitbegriff zusammenfassbare Vielfalt an Legitimationsfaktoren – häufig verneint und stattdessen eine präzedenzlose, auf eine im Einzelfall hinreichende Anzahl legitimationssichernder Faktoren abstellende und gerade auch von Pragmatik geprägte Vorgehensweise postuliert.²⁰¹

Aber handelt es sich bei der Konzeptionalisierung eines den veränderten Regelungsstrukturen entsprechenden Legitimationsansatzes wirklich um „eine Aufgabe, für die es keine Blaupausen gibt und die ein erhebliches Maß an kreativer Phantasie verlangt“?²⁰² Ein solches Verständnis pluraler Legitimationsmodelle sieht sich nicht nur dem Vorwurf mangelnder dogmatischer Klarheit ausgesetzt.²⁰³ Es verkennt auch, dass der Rückgriff auf einen zwischenzeitlich²⁰⁴ staatszentrierten Leitbegriff als einheitliches Ordnungskonzept möglich ist; einen Leitbegriff, welchen man aber in der Tat leicht übersehen kann, da er selbst auf innerstaatlicher Ebene ein „Schattendasein“²⁰⁵ führt: Das Republikprinzip, welches fürwahr gegenwärtig „unter Extremen“ leidet.²⁰⁶ Befreit man sich jedoch einerseits von der nicht nur in Deutschland noch dominierenden, formalistischen Vorstellung, dass es lediglich – so man dies überhaupt als zutreffend ansehen kann²⁰⁷ – ein Monarchieverbot statuiert,²⁰⁸ und lässt man andererseits über-

²⁰¹ Vgl. z.B. *Krisch*, *European Journal of International Law* 17 (2006), 247 ff. (insb. 248 u. 278); *Hoffmann-Riem*, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), *Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts*, 317 (377); *Schliesky*, *Souveränität und Legitimation*, 719; sowie *Elsig*, *Journal of World Trade* 41 (2007), 75 (91 f.) („the focus should be on pragmatic steps“); allgemein skeptisch in Bezug auf die Möglichkeiten, normative Prinzipien als Grundlage der neuen Regelungsstrukturen zu identifizieren, überdies *Harlow*, *European Journal of International Law* 17 (2006), 187 (207 ff.).

²⁰² *Bryde*, *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 5 (1994), 305 (308); ähnlich *ders.*, in: *ders./Dubiel/Leggewie* (Hrsg.), *Triumph und Krise der Demokratie*, 27 (30).

²⁰³ In diesem Sinne *Lepsius*, *Steuerungsdiskussion*, 25; *Emde*, in: *Enders/Masing* (Hrsg.), *Freiheit des Subjekts*, 65 (70 f.); vgl. auch *Kluth*, *Jahrbuch Recht und Ökonomik des Dritten Sektors* 2005/2006, 192 (196) („Es geht mit anderen Worten darum, die Entwicklungsgrenzen des bisherigen Modells durch eine Anreicherung um neue und zusätzliche Legitimationsinstrumente zu überwinden, auch um den Preis der Aufgabe strenger dogmatischer Geschlossenheit.“); sowie *Schmidt-Aßmann*, *Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee*, 101 („Nicht selten werden sie [die Gesichtspunkte der Akzeptanz, Partizipation und Öffentlichkeit] mit Legitimationsvorstellungen vermischt. Das schadet jedoch der dogmatischen Präzision und beachtet die notwendigen Selektionsleistungen zu wenig, die eine normative und rechtsdogmatisch ergiebige Legitimationslehre erbringen muß.“).

²⁰⁴ Vgl. *v. Bogdandy*, *JZ* 2005, 529 (535) („Gerade der Begriff der Republik ist geeignet, aus der etatistischen Umklammerung gelöst zu werden, reicht er doch weit vor die Epoche der Staatlichkeit zurück.“).

²⁰⁵ *Gröschner*, in: *Eichenhofer* (Hrsg.), *80 Jahre Weimarer Reichsverfassung*, 49 (50); ähnlich z.B. *Isensee*, *JZ* 1981, 1 („verfassungsrechtliche[s] Fossil“); *Henke*, *JZ* 1981, 249 (251) („vernachlässigt“).

²⁰⁶ *Gröschner*, *JZ* 1996, 637.

²⁰⁷ Deutlich kritisch *Gröschner/Lembcke*, in: *Knoepffler u.a.* (Hrsg.), *Einführung in die Angewandte Ethik*, 47 (56) („Der Begriff ‚Republik‘ wird mit dem in Kurzkomentaren üblichen Schlagwort ‚Monarchieverbot‘ nicht nur verkürzt, sondern verfehlt.“); vgl. auch *Maihofer*, in: *Benda/Maihofer/Vogel* (Hrsg.), *Handbuch des Verfassungsrechts*, § 12, Rn. 48; *Häberle*, *Verfassungslehre als Kulturwissenschaft*, 1000 ff.; *Tomkins*, *Our Republican Constitution*, 60 f.

²⁰⁸ So statt vieler *Böckenförde*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 24, Rn. 95; *Brazier*, *Cambridge Law Journal* 61 (2002), 351 (363 ff.); *Dreier*, in: *ders.* (Hrsg.), *Grundgesetz – Kommentar*, Bd. II, Art. 20 (Republik), Rn. 17 ff.; hiergegen jedoch zu Recht unter anderem *Isensee*, *Salus publica – suprema lex?*, 39 f.; *Gröschner*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 23, Rn. 2 ff.; *Tomkins*, *Our Republican Constitution*, 38 ff.; *Anderheiden*, *Gemeinwohl*, 225 ff. m.w.N.

steigert republikanistische und damit den materiellen Inhalt dieses Verfassungsprinzips fehlinterpretierende Konzepte²⁰⁹ beiseite, so ist zu konstatieren, dass das alte republikanische Legitimationsverständnis im Grundsatz dem entspricht, was die neuen pluralen Modelle in Hinblick auf die Anerkennungswürdigkeit von Netzwerkstrukturen und ihrer Regelbildung für erforderlich erachten.

Im Unterschied zu demokratischen Rechtfertigungsmustern ist das dem Republikprinzip zugrunde liegende Legitimationsverständnis prinzipiell „outputorientiert“, misst es doch der Gemeinwohlverwirklichung, wie schon sein Wortursprung *res publica* verdeutlicht, zentrale Bedeutung zu.²¹⁰ Um jedoch eine optimale Realisierung von Gemeinwohlbelangen zu gewährleisten,²¹¹ basiert es gerade auch auf strukturellen und weiteren *ex ante* legitimierungssichernden Faktoren. Hierzu kann beispielsweise wiederum die Herausbildung föderaler Organisationsformen gezählt werden.²¹² Insbesondere handelt es sich hierbei jedoch zunächst um die vor allem in dem Amtsprinzip ihren Ausdruck findende Notwendigkeit der Herausbildung und Absicherung eines Verantwortungsbewusstseins der an der Regelbildung und -implementierung Beteiligten.²¹³ Weiterhin ist gerade auch die zu eröffnende Möglichkeit einer Partizipation aller interessierten und betroffenen Individuen und Organisationen bei der Identifizierung von und Auseinandersetzung mit öffentlichen Angelegenheiten zu nennen;²¹⁴ ein legitimationsstützendes Element, das schon *Cicero* mit *res publica res populi* umschrieben,²¹⁵ *Rousseau* mit den Worten „les citoyens font la cité“ zusammengefasst²¹⁶ sowie *Hannah Arendt* noch als „vita activa“ charakterisiert hat²¹⁷ und welches nunmehr im Rahmen der „neuen“ pluralen Legitimationsmodelle –

²⁰⁹ Siehe insbesondere *Schachtschneider*, *Res publica res populi*, 1994; sowie jüngst *ders.*, *Freiheit in der Republik*, 19 ff.; kritisch zu einem solchen Verständnis auch beispielsweise *Gröschner*, *JZ* 1996, 637 ff.; *Halterm*, *Verfassungsgerichtsbarkeit, Demokratie und Mißtrauen*, 315 f.; *Anderheiden*, *Gemeinwohl*, 264 ff. m.w.N.

²¹⁰ Vgl. *Isensee*, in: *ders./Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. IV, § 71, Rn. 22 ff., 105 ff.; *Hesse*, *Grundzüge des Verfassungsrechts*, Rn. 120 f.; *Gröschner*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 23, Rn. 74; *Pettit*, *Republicanism*, 290; zur hieraus erwachsenden Vorstellung einer „republikanische[n] Legitimationskette“ jüngst *Gröschner*, *VVDStRL* 66 (2007), 193; allgemein zur erforderlichen Differenzierung zwischen dem Demokratie- und dem Republikprinzip überdies nur *Isensee*, *Salus publica – suprema lex?*, 15 u. 38 ff.; *Doehring*, *Allgemeine Staatslehre*, Rn. 321 f.

²¹¹ Zum Charakter des Republikprinzips als Optimierungsgebot *Gröschner*, in: *Heun u.a.* (Hrsg.), *Evangelisches Staatslexikon*, Sp. 2041 (2044); *ders.*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 23, Rn. 13, 40; a.A. aber wohl beispielsweise *Reimer*, *Verfassungsprinzipien*, 215.

²¹² Zu diesem Zusammenhang zwischen Föderalismus und Republikprinzip *Isensee*, in: *ders./Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. IV, § 98, Rn. 258 ff.; *ders.*, *AöR* 115 (1990), 248 (262 ff.), jeweils m.w.N.

²¹³ Statt vieler *Isensee*, in: *Schuppert/Neidhardt* (Hrsg.), *Gemeinwohl*, 241 ff.; *van Gerven*, *The European Union*, 213 ff.; *Depenheuer*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. III, § 36, Rn. 47; sowie jüngst *Gröschner*, *VVDStRL* 66 (2007), 193; zur Bedeutung gemeinwohlorientierter Bürgertugenden überdies *Isensee*, in: *ders./Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 15, Rn. 132; sowie *Montesquieu*, *De l'esprit des lois*, 41.

²¹⁴ Vgl. beispielsweise *Delbrück*, in: *Beyerlin u.a.* (Hrsg.), *FS Bernhardt*, 777 (790); *Michelman*, *Yale Law Journal* 97 (1988), 1493 (1504 ff.).

²¹⁵ *Cicero*, *De re publica*, 130; vgl. hierzu auch statt vieler jüngst *Christes*, in: *Richter u.a.* (Hrsg.), *Res Publica und Demokratie*, 85 ff. m.w.N.

²¹⁶ *Rousseau*, *Du Contrat Social; ou Principes du Droit Politique*, 19; eingehender zu Rousseaus Republikverständnis nur *Gröschner*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HdbStR*, Bd. II, § 23, Rn. 23 ff. m.w.N.

²¹⁷ *Arendt*, *Vita activa*, 22 ff.; hierzu auch *Lloyd*, *Review of Politics* 57 (1995), 31 ff.; *Bonacker*, in: *Brodocz/Schaal* (Hrsg.), *Politische Theorien*, 183 ff. m.w.N.

ohne Rekurs auf das Republikprinzip – beispielsweise als notwendige „Einschaltung der Öffentlichkeit als Mitgestalter und Mitkontrolleur (aktive Öffentlichkeit als Legitimationsfaktor)“ hervorgehoben wird.²¹⁸ Schließlich erfordert das republikanische Legitimationsverständnis vor diesem Hintergrund auch eine transparente Verfahrensausgestaltung bei der Regelbildung, denn „transparency is a necessary precondition for the type of involvement of the citizenry in the business of government desired by a republican model“.²¹⁹

Bereits diese – nur skizzenhafte – Darstellung des republikanischen Legitimationsverständnisses indiziert, dass auch im Rahmen der Konzeptionalisierung eines den sich wandelnden Regelungsstrukturen entsprechenden Legitimationsansatzes nicht notwendigerweise ein Rückgriff auf Rechtfertigungsmuster *sui generis* erforderlich ist. Mit dem bislang auch in diesem Zusammenhang vernachlässigten Republikprinzip bietet sich vielmehr ein zwischenzeitlich staatszentriert geprägter Leitbegriff als normatives Ordnungskonzept und damit Ausgangsbasis an, um eine „rechtsdogmatisch ergebige Legitimationslehre“²²⁰ für die Regelbildung in Netzwerken zu entwickeln.

G. Ausblick

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist der Versuch gewesen, den „in seiner Offenheit juristisch irritierenden Begriff des Netzwerkes“²²¹ wenigstens in Bezug auf einige der von ihm umschriebenen Organisationsstrukturen sowie der Legitimation ihrer Steuerungsleistung aus rechtswissenschaftlicher Perspektive zu erfassen. Schließt man sich der Auffassung an, dass „Begriffe, die den Vorgang der Dogmatisierung durchlaufen haben, Rechtsbegriffe zu nennen“ sind,²²² so sollte auf diese Weise gleichzeitig ein Beitrag dazu geleistet werden, auszuloten, ob und auf welcher Grundlage dem zunächst einmal nur rechtstatsächlichen Phänomen der Netzwerke auch die Gestalt eines „legal concept“ zugeschrieben werden kann.²²³ Hierbei ist deutlich geworden, dass, obgleich Netzwerke nicht nur im Bereich des transnationalen Wirtschaftsrechts die herkömmliche juristische Dogmatik vor erhebliche Herausforderungen stellen, sie nicht notwendigerweise nur unter Rückgriff auf Konzepte *sui generis* systematisch durchdrungen werden können. Vielmehr lassen sich sowohl einige der von Netzwerken herausgebildeten Organisationsstrukturen als auch ihre Legitimation auf der

²¹⁸ Hoffmann-Riem, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (377); ähnlich ders., in: Schuppert (Hrsg.), Der Gewährleistungsstaat, 89 (106).

²¹⁹ Craig, European Law Journal 3 (1997), 105 (120); vgl. auch z.B. Kotzur, in: Bauer u.a. (Hrsg.), Demokratie in Europa, 351 (386); Maihofer, in: Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, § 12, Rn. 91.

²²⁰ So und allgemein zu diesem Erfordernis Schmidt-Aßmann, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, 101.

²²¹ Franzius, VerwArch. 97 (2006), 186 (197).

²²² So Baer, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 223 (226).

²²³ Vgl. hierzu bereits Buxbaum, Journal of Institutional and Theoretical Economics 149 (1993), 698 ff., einschließlich seiner viel zitierten und in ihrer Kürze kaum zu übertreffenden „Conclusion“: „Network’ is not a legal concept“, *ibid.*, 704; ebenso beispielsweise Hoffmann-Riem, in: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, 317 (328 Fn. 34) („Es handelt sich nicht um einen Rechtsbegriff.“).

Grundlage einer reflektierenden Übertragung staatsrechtlich geprägter Leitbegriffe dogmatisch adäquat erfassen.

Rechtsdogmatik und Netzwerkstrukturen stehen also in einem Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung zueinander. Einerseits ist die Ausgestaltung von Netzwerkstrukturen normativen Anforderungen unterworfen, um ihre Regelbildung als anerkennungswürdig und damit legitim qualifizieren zu können. Andererseits tragen diese neuen Rechtsphänomene aber auch zu einer wenigstens partiellen Neuorientierung der Rechtsdogmatik im Sinne einer Anpassung ursprünglich bzw. zwischenzeitlich staatsrechtlich geprägter Legitimationskonzepte und Rechtsinstitute an gewandelte Realitätsbedingungen bei. Das Phänomen der Netzbildung und die Möglichkeiten seiner rechtsdogmatischen Erfassung können damit als ein weiteres Indiz dafür angesehen werden, dass sich die Wissenschaft vom öffentlichen Recht – wie von *Rainer Wahl* konstatiert – gegenwärtig in einer Phase „des produktiven Weiterentwickelns staatsrechtlicher Schlüsselbegriffe zu Leitbegriffen der Welt jenseits des Staates“²²⁴ befindet.

²²⁴ *Wahl*, in: Dreier (Hrsg.), Rechts- und staatsrechtliche Schlüsselbegriffe, 113 (148 f.).

SCHRIFTTUM

- Alexy*, Robert, Theorie der Grundrechte, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1996.
- Theorie der juristischen Argumentation, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1991.
- Amstutz*, Marc, Historizismus im Wirtschaftsrecht – Überlegungen zu einer evolutorischen Rechtsmethodik, in: Schweizer, Rainer J./Burkert, Herbert/Gasser, Urs (Hrsg.), Festschrift für Jean Nicolas Druey zum 65. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2002, 9-29.
- Anderheiden*, Michael, Gemeinwohl in Republik und Union, Tübingen 2006.
- Arendt*, Hannah, Vita activa oder Vom tätigen Leben, 5. Auflage, München/Zürich 2007.
- Aubert*, Vilhelm, On the Relationship between Legal and Sociological Concepts, Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie 6 (1980), 117-136.
- Badura*, Peter, Verfassung und Verfassungsrecht in Europa, Archiv des öffentlichen Rechts 131 (2006), 423-440.
- Bewahrung und Veränderung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfassungsstruktur in den internationalen Gemeinschaften, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 23 (1966), 34-104.
- Baer*, Susanne, Schlüsselbegriffe, Typen und Leitbilder als Erkenntnismittel und ihr Verhältnis zur Rechtsdogmatik, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, 223-251.
- Barr*, Michael S./*Miller*, Geoffrey P., Global Administrative Law: The View from Basel, European Journal of International Law 17 (2006), 15-46.
- Beck*, Ulrich/*Grande*, Edgar, Empire Europe: Politische Herrschaft jenseits von Bundesstaat und Staatenbund, Zeitschrift für Politik 52 (2005), 397-420.
- Becker*, Florian, Kooperative und konsensuale Strukturen in der Normsetzung, Tübingen 2005.
- Benedek*, Wolfgang, Demokratisierung internationaler Wirtschaftsorganisationen am Beispiel der WTO, in: Kopetz, Hedwig/Marko, Joseph/Poier, Klaus (Hrsg.), Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat: Phänomene politischer Transformation – Festschrift für Wolfgang Mantl zum 65. Geburtstag, Band 1, Wien/Köln/Graz 2004, 225-238.
- Berman*, Paul S., From International Law to Law and Globalization, Columbia Journal of Transnational Law 43 (2005), 485-556.
- Bignami*, Francesca, Transgovernmental Networks vs. Democracy: The Case of the European Information Privacy Network, Michigan Journal of International Law 26 (2005), 807-868.
- Bleckmann*, Albert, Staatsrecht I, Köln u.a. 1993.
- Blowfield*, Mick, ETI: A Multi-Stakeholder Approach, in: Jenkins, Rhys/Pearson, Ruth/Seyfang, Gill (Hrsg.), Corporate Responsibility and Labour Rights – Codes of Conduct in the Global Economy, London/Sterling 2002, 184-195.
- Bluntschli*, Johann Caspar, Die Organisation des europäischen Staatenvereins – Teil III, Die Gegenwart: Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben 13 (1878), 131-133.
- Bodendiek*, Frank, Walther Schückings Konzeption der internationalen Ordnung, Berlin 2001.

- von *Bogdandy*, Armin, Constitutional Principles for Europe, in: Riedel, Eibe/Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), Recent Trends in German and European Constitutional Law, Berlin/Heidelberg/New York 2006, 1-35.
- Konstitutionalisierung des europäischen öffentlichen Rechts in der europäischen Republik, *JuristenZeitung* 60 (2005), 529-540.
 - Parlamentarismus in Europa: eine Verfalls- oder Erfolgsgeschichte?, *Archiv des öffentlichen Rechts* 130 (2005), 445-464.
 - Zur Übertragbarkeit staatsrechtlicher Figuren auf die Europäische Union – Vom Nutzen der Gestaltidee supranationaler Föderalismus anhand des Demokratieprinzips, in: Brenner, Michael/Huber, Peter M./Mösl, Markus (Hrsg.), Der Staat des Grundgesetzes – Kontinuität und Wandel – Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag, Tübingen 2004, 1033-1052.
 - Europäische Prinzipienlehre, in: ders. (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht – Theoretische und dogmatische Grundzüge, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 149-203.
 - Beobachtungen zur Wissenschaft vom Europarecht, *Der Staat* 40 (2001), 3-43.
 - Supranationaler Föderalismus als Wirklichkeit und Idee einer neuen Herrschaftsform, Baden-Baden 1999.
- Böckenförde*, Ernst-Wolfgang, Demokratie als Verfassungsprinzip, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band II, 3. Auflage, Heidelberg 2004, 429-496.
- Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie, *Der Staat* 15 (1976), 457-483.
- Börzel*, Tanja A., European Governance – Markt, Hierarchie oder Netzwerk?, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, 613-641.
- Organizing Babylon – On the Different Conceptions of Policy Networks, *Public Administration* 76 (1998), 253-273.
- Bonacker*, Thorsten, Die politische Theorie des freiheitlichen Republikanismus: Hannah Arendt, in: Brodacz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart I, Opladen 2002, 183-219.
- Brazier*, Rodney, A British Republic, *Cambridge Law Journal* 61 (2002), 351-385.
- Brenner*, Michael, Das Prinzip Parlamentarismus, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band III, 3. Auflage, Heidelberg 2005, 477-519.
- Brohm*, Winfried, Die Dogmatik des Verwaltungsrechts vor den Gegenwartsaufgaben der Verwaltung, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 30 (1972), 245-312.
- Brun*, Mathias E./*Mastronardi*, Philippe/*Schedler*, Kuno, Hierarchie und Netzwerke, Bern/Stuttgart/Wien 2005.
- Brunnengräber*, Achim/*Walk*, Heike, Die Erweiterung der Netzwerktheorien: Nicht-Regierungs-Organisationen verquickt mit Markt und Staat, in: Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.), Vernetzt und Verstrickt, 2. Auflage, Münster 2000, 66-85.
- Bryde*, Brun-Otto, Konstitutionalisierung des Völkerrechts und Internationalisierung des Verfassungsrechts, *Der Staat* 42 (2003), 61-75.

- Kritik der Volks-Demokratie – Demokratie diesseits und jenseits des Nationalstaats, in: ders./Dubiel, Helmut/Leggewie, Claus (Hrsg.), Triumph und Krise der Demokratie, Gießen 1995, 27-46.
 - Die bundesrepublikanische Volksdemokratie als Irrweg der Demokratietheorie, Staatswissenschaften und Staatspraxis 5 (1994), 305-330.
- Buxbaum*, Richard M., Is “Network” a Legal Concept?, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 149 (1993), 698-705.
- Canaris*, Claus-Wilhelm, *Systemdenken und Systembegriff in der Jurisprudenz*, Berlin 1983.
- Cashore*, Benjamin, Legitimacy and the Privatization of Environmental Governance: How Non-State Market-Driven (NSMD) Governance Systems Gain Rule-Making Authority, *Governance* 15 (2002), 503-529.
- Cassese*, Sabino, Administrative Law Without the State? The Challenge of Global Regulation, *New York University Journal of International Law & Politics* 37 (2005), 663-694.
- Chiti*, Edoardo, The Emergence of a Community Administration: The Case of European Agencies, *Common Market Law Review* 37 (2000), 309-343.
- Christes*, Johannes, *Populus* und *res publica* in Ciceros Schrift über den Staat, in: Richter, Emanuel/Voigt, Rüdiger/König, Helmut (Hrsg.), *Res Publica und Demokratie – Die Bedeutung von Cicero für das heutige Staatsverständnis*, Baden-Baden 2007, 85-103.
- Cicero*, Marcus Tullius, *De re publica*, hrsg. von Karl Büchner, Philipp Reclam jun., Stuttgart 1979.
- Craig*, Paul P., Democracy and Rule-making Within the EC: An Empirical and Normative Assessment, *European Law Journal* 3 (1997), 105-130.
- Dann*, Philipp, Thoughts on a Methodology of European Constitutional Law, in: ders./Rynkowski, Michał (Hrsg.), *The Unity of the European Constitution*, Berlin/Heidelberg/New York 2006, 37-59.
- Überlegungen zu einer Methodik des europäischen Verfassungsrechts, in: Becker, Yvonne u.a. (Hrsg.), *Die Europäische Verfassung – Verfassungen in Europa*, Baden-Baden 2005, 161-186.
 - *Parlamente im Exekutivföderalismus*, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 2004.
- von Danwitz*, Thomas, Vertikale Kompetenzkontrolle in föderalen Systemen, *Archiv des öffentlichen Rechts* 131 (2006), 510-578.
- Dederer*, Hans-Georg, *Korporative Staatsgewalt*, Tübingen 2004.
- Dehousse*, Renaud, Comparing National and EC Law: The Problem of the Level of Analysis, *American Journal of Comparative Law* 42 (1994), 761-781.
- Delbrück*, Jost, Max Huber’s Sociological Approach to International Law Revisited, *European Journal of International Law* 18 (2007), 97-113.
- The Widely Forgotten Legacy of Max Huber’s Sociology of International Law: International Relations and International Law Today – A Comment, in: Reinisch, August/Kriebaum, Ursula (Hrsg.), *The Law of International Relations – Liber amicorum Hanspeter Neuhold*, Utrecht 2007, 33-51.
 - Zur Einführung: Wandel des Staates – eine Herausforderung für Staats- und Staatsrechtslehre, in: ders./Einsele, Dorothee (Hrsg.), *Wandel des Staates im Kontext europäischer und internationaler Integration*, Baden-Baden 2006, 9-13.
 - Transnational Federalism: Problems and Prospects of Allocating Public Authority Beyond the State, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 11 (2004), 31-55.

- Exercising Public Authority Beyond the State: Transnational Democracy and/or Alternative Legitimation Strategies?, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 10 (2003), 29-43.
 - Das Staatsvolk und die “Offene Republik”, in: Beyerlin, Ulrich/Bothe, Michael/Hofmann, Rainer/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Recht zwischen Umbruch und Bewahrung – Festschrift für Rudolf Bernhardt*, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1995, 777-796.
- Dennewitz*, Bodo, *Der Föderalismus – Sein Wesen und seine Geschichte*, Hamburg 1947.
- Denninger*, Erhard, *Verfassungsrechtliche Schlüsselbegriffe*, in: Broda, Christian/Deutsch, Erwin/Schreiber, Hans-Ludwig/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), *Festschrift für Rudolf Wasermann zum sechzigsten Geburtstag*, Neuwied/Darmstadt 1985, 279-298.
- Depenheuer*, Otto, *Das öffentliche Amt*, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Band III, 3. Auflage, Heidelberg 2005, 87-130.
- Di Fabio*, Udo, *Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 63 (2004), 71-73.
- *Verfassungsstaat und Weltgesellschaft*, in: Mellinghoff, Rudolf/Morgenthaler, Gerd/Puhl, Thomas (Hrsg.), *Die Erneuerung des Verfassungsstaates – Symposium aus Anlass des 60. Geburtstages von Professor Dr. Paul Kirchhof*, Heidelberg 2003, 57-79.
- Diggelmann*, Oliver, *Anfänge der Völkerrechtssoziologie – Die Völkerrechtskonzeptionen von Max Huber und Georges Scelle im Vergleich*, Zürich 2000.
- Dingwerth*, Klaus, *Globale Politiknetzwerke und ihre demokratische Legitimation*, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10 (2003), 69-109.
- Doehring*, Karl, *Allgemeine Staatslehre*, 3. Auflage, Heidelberg 2004.
- Dreier*, Horst (Hrsg.), *Grundgesetz – Kommentar*, Bd. II, 2. Auflage, Tübingen 2006.
- Druey*, Jean Nicolas, *Das Recht als Netz für Netzwerke: Eine Wegskizze*, *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 89 (2006), 163-172.
- Eifert*, Martin, *Innovationen in und durch Netzwerkorganisationen: Relevanz, Regulierung und staatliche Einbindung*, in: ders./Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), *Innovation und rechtliche Regulierung*, Baden-Baden 2002, 88-133.
- Ellwein*, Thomas, *Staatlichkeit im Wandel – Das Staatsmodell des 19. Jahrhunderts als Verständnisbarriere*, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen 1992, 73-82.
- Elsig*, Manfred, *The World Trade Organization’s Legitimacy Crisis: What Does the Beast Look Like?*, *Journal of World Trade* 41 (2007), 75-98.
- Emde*, Ernst Thomas, *Herrschaftslegitimation ohne Volk?*, in: Enders, Christoph/Masing, Johannes (Hrsg.), *Freiheit des Subjekts und Organisation von Herrschaft – Symposium zu Ehren von Ernst-Wolfgang Böckenförde anlässlich seines 75. Geburtstages*, Berlin 2006, 65-78.
- Erler*, Georg, *Grundprobleme des Internationalen Wirtschaftsrechts*, Göttingen 1956.
- *Internationale Finanz- und Wirtschaftshilfe als politisches und völkerrechtliches Problem*, in: *Der Göttinger Arbeitskreis* (Hrsg.), *Mensch und Staat in Recht und Geschichte – Festschrift für Herbert Kraus zur Vollendung seines 70. Lebensjahres*, Kitzingen 1954, 31-46.
- Falk*, Richard A./*Strauss*, Andrew, *On the Creation of a Global Peoples Assembly: Legitimacy and the Power of Popular Sovereignty*, *Stanford Journal of International Law* 36 (2000), 191-220.

- Felix*, Dagmar, Einheit der Rechtsordnung, Tübingen 1998.
- Fischer*, Peter, Das Internationale Wirtschaftsrecht – Versuch einer Systematisierung, German Yearbook of International Law 19 (1976), 143-176.
- Fischer-Lescano*, Andreas/*Teubner*, Gunther, Regime-Collisions: The Vain Search for Legal Unity in the Fragmentation of Global Law, Michigan Journal of International Law 25 (2004), 999-1046.
- Fleiner*, Thomas/*Misic*, Alexander, Föderalismus als Ordnungsprinzip der Verfassung, in: Thüerer, Daniel/Aubert, Jean-François/Müller, Jörg Paul (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz, Zürich 2001, 429-442.
- Fowler*, Penny/*Heap*, Simon, Bridging Troubled Waters – The Marine Stewardship Council, in: Bendell, Jem (Hrsg.), Terms for Endearment – Business, NGOs and Sustainable Development, Sheffield/Bristol 2000, 135-148.
- Franzius*, Claudio, Governance und Regelungsstrukturen, Verwaltungs-Archiv 97 (2006), 186-219.
- Der „Gewährleistungsstaat“ – Ein neues Leitbild für den sich wandelnden Staat?, Der Staat 42 (2003), 493-517.
- Friesenhahn*, Ernst, Parlament und Regierung im modernen Staat, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 16 (1958), 9-73.
- Frowein*, Jochen Abr., Die rechtliche Bedeutung des Verfassungsprinzips der parlamentarischen Demokratie für den europäischen Integrationsprozeß, Europarecht 18 (1983), 301-317.
- van Gerven*, Walter, The European Union – A Polity of States and Peoples, Stanford 2005.
- Giegerich*, Thomas, Europäische Verfassung und deutsche Verfassung im transnationalen Konstitutionalisierungsprozeß: Wechselseitige Rezeption, konstitutionelle Evolution und föderale Verflechtung, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 2003.
- Greven*, Michael T., Output-Legitimation – „Der Zweck heiligt die Mittel“ in der Demokratie nicht, in: Buckmiller, Michael/Perels, Joachim (Hrsg.), Opposition als Triebkraft der Demokratie – Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover 1998, 477-491.
- Griller*, Stefan, Die Europäische Union – Ein staatsrechtliches Monstrum?, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, 201-272.
- Der „*Sui Generis* Charakter“ der EU und die Konsequenzen für die Verfassungsoptionen. Ein Versuch der Entmythologisierung des Verfassungsstreits, in: Hummer, Waldemar (Hrsg.), Paradigmenwechsel im Europarecht zur Jahrtausendwende, Wien/New York 2004, 23-43.
- Grimm*, Dieter, Vertrag oder Verfassung, Staatswissenschaften und Staatspraxis 6 (1995), 509-531.
- Verbände, in: Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin/New York 1994, 657-673.
- Gröschner*, Rolf, Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 193.
- Republik, in: Heun, Werner/Honecker, Martin/Morlok, Martin/Wieland, Joachim (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, Neuausgabe, Stuttgart 2006, Sp. 2041-2045.
 - Die Republik, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band II, 3. Auflage, Heidelberg 2004, 369-428.

- Das Republikprinzip der Weimarer Reichsverfassung und des Bonner Grundgesetzes, in: Eichenhofer, Eberhard (Hrsg.), 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung – Was ist geblieben?, Tübingen 1999, 49-70.
- Freiheit und Ordnung in der Republik des Grundgesetzes, JuristenZeitung 51 (1996), 637-646.
- Gröschner, Rolf/Lembcke, Oliver*, Ethik und Recht – Grundlegung einer republikanischen Verfassungslehre, in: Knoepffler, Nikolaus u.a. (Hrsg.), Einführung in die Angewandte Ethik, Freiburg/München 2006, 47-74.
- Groß, Thomas*, Verantwortung und Effizienz in der Mehrebenenverwaltung, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 152-180.
- Die Verwaltungsorganisation als Teil organisierter Staatlichkeit, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, München 2006, 841-889.
- Die Kooperation zwischen europäischen Agenturen und nationalen Behörden, Europa-recht 40 (2005), 54-68.
- Grundlinien einer pluralistischen Interpretation des Demokratieprinzips, in: Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.), Demokratie und Grundgesetz, Baden-Baden 2000, 93-101.
- Grzeszick, Bernd*, Vom Reich zur Bundesstaatsidee, Berlin 1996.
- Gusy, Christoph*, Brauchen wir eine juristische Staatslehre?, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F. 55 (2007), 41-71.
- „Wirklichkeit“ in der Rechtsdogmatik, JuristenZeitung 46 (1991), 213-222.
- Habegger, Beat*, Parlamentarismus in der internationalen Politik, Baden-Baden 2005.
- Habermas, Jürgen*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, 39-61.
- Häberle, Peter*, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, 2. Auflage, Berlin 2006.
- Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, Berlin 1998.
- Härtel, Ines*, Handbuch Europäische Rechtsetzung, Berlin/Heidelberg/New York 2006.
- Halter, Ulrich R.*, Verfassungsgerichtsbarkeit, Demokratie und Mißtrauen, Berlin 1998.
- Hamm, Brigitte*, Neuere Entwicklungen des Global Compact, in: von Schorlemer, Sabine (Hrsg.), „Wir, die Völker (...)“ – Strukturwandel in der Weltorganisation, Frankfurt am Main 2006, 95-113.
- Harlow, Carol*, Global Administrative Law: The Quest for Principles and Values, European Journal of International Law 17 (2006), 187-214.
- Heckel, Der*, Der Föderalismus als Prinzip überstaatlicher Gemeinschaftsbildung, Berlin 1998.
- Heintzen, Markus*, Die Legitimation des Europäischen Parlaments, Zeitschrift für Europarechtliche Studien 3 (2000), 377-389.
- Held, David*, Democracy and the Global Order – From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge/Oxford 1995.
- Henke, Wilhelm*, Zum Verfassungsprinzip der Republik, JuristenZeitung 36 (1981), 249-251.
- Herdegen, Matthias*, Internationales Wirtschaftsrecht, 6. Auflage, München 2007.
- Herzog, Roman*, Staat und Staatsbegriff am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Köbler, Gerhard/Heinze, Meinhard/Hromadka, Wolfgang (Hrsg.), Europas universale rechtsordnungspolitische Aufgabe im Recht des dritten Jahrtausends – Festschrift für Alfred Söllner zum 70. Geburtstag, München 2000, 437-445.

- Von der Akzeptanz des Rechts, in: Rüthers, Bernd/Stern, Klaus (Hrsg.), Freiheit und Verantwortung im Verfassungsstaat – Festgabe zum 10jährigen Jubiläum der Gesellschaft für Rechtspolitik, München 1984, 127-138.
- Allgemeine Staatslehre, Frankfurt am Main 1971.
- Hesse*, Konrad, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Auflage, Heidelberg 1995.
- Hilf*, Meinhard, WTO: Organisationsstruktur und Verfahren, in: ders./Oeter, Stefan, WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels, Baden-Baden 2005, 141-165.
- Europäische Union: Gefahr und Chancen für den Föderalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz?, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 53 (1994), 7-25.
- Die Europäische Union und die Eigenstaatlichkeit ihrer Mitgliedstaaten, in: Hommelhoff, Peter/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Der Staatenverbund der Europäischen Union, Heidelberg 1994, 75-85.
- Hilf*, Meinhard/*Hörmann*, Saskia, Effektivität – ein Rechtsprinzip?, in: Dupuy, Pierre-Marie/Fassbender, Bardo/Shaw, Malcolm N./Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Völkerrecht als Wertordnung – Festschrift für Christian Tomuschat, 2006, 913-945.
- Hill*, Hermann, Partnerschaften und Netzwerke – Staatliches Handeln in der Bürgergesellschaft, Bayerische Verwaltungsblätter 133 (2002), 321-326.
- Hobe*, Stephan, Der offene Verfassungsstaat zwischen Souveränität und Interdependenz, Berlin 1998.
- Das Europakonzept Johann Kaspar Bluntschlis vor dem Hintergrund seiner Völkerrechtslehre, Archiv des Völkerrechts 31 (1993), 367-379.
- Hoffmann-Riem*, Wolfgang, Innovationsoffenheit und Innovationsverantwortung durch Recht – Aufgaben rechtswissenschaftlicher Innovationsforschung, Archiv des öffentlichen Rechts 131 (2006), 255-277.
- Gesetz und Gesetzesvorbehalt im Umbruch, Archiv des öffentlichen Rechts 130 (2005), 5-70.
- Governance im Gewährleistungsstaat, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.), Governance-Forschung, Baden-Baden 2005, 195-219.
- Das Recht des Gewährleistungsstaates, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.), Der Gewährleistungsstaat – Ein Leitbild auf dem Prüfstand, Baden-Baden 2005, 89-108.
- Methoden einer anwendungsorientierten Verwaltungsrechtswissenschaft, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, 9-72.
- Sozialwissenschaften im Verwaltungsrecht: Kommunikation in einer multidisziplinären Scientific Community, in: Die Wissenschaft vom Verwaltungsrecht – Werkstattgespräch aus Anlaß des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Eberhard Schmidt-Aßmann, Die Verwaltung, Beiheft 2, Berlin 1999, 83-102.
- Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts – Perspektiven der Systembildung, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Strukturen des Europäischen Verwaltungsrechts, Baden-Baden 1999, 317-382.
- Reform des allgemeinen Verwaltungsrechts als Aufgabe, Archiv des öffentlichen Rechts 115 (1990), 400-447.
- Holzer*, Boris, Vom globalen Dorf zur kleinen Welt: Netzwerke und Konnektivität in der Weltgesellschaft, in: Heintz, Bettina/Münch, Richard/Tyrell, Hartmann (Hrsg.), Welt-

- gesellschaft – Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen, Stuttgart 2005, 314-329.
- Huber, Max*, Beiträge zur Kenntnis der soziologischen Grundlagen des Völkerrechts und der Staatengesellschaft, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 4 (1910), 56-134.
- Huber, Peter M.*, Europäisches und nationales Verfassungsrecht, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 60 (2001), 194-245.
- Hurrelmann, Achim*, Integration und europäische Verfassung: Zur Eignung der Integrationslehre als Theorie eines supranationalen Konstitutionalismus, in: Lhotta, Roland (Hrsg.), Die Integration des modernen Staates, Baden-Baden 2005, 163-189.
- von Ihering, Rudolph*, Unsere Aufgabe, Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts 1 (1857), 1-52.
- Imboden, Max*, Die Staatsformen – Versuch einer psychologischen Deutung staatsrechtlicher Dogmen, Basel/Stuttgart 1959.
- Ipsen, Hans Peter*, Europäische Verfassung – Nationale Verfassung, Europarecht 22 (1987), 195-213.
- Isensee, Josef*, Gemeinwohl im Verfassungsstaat, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, 3. Auflage, Heidelberg 2006, 3-79.
- *Salus publica – suprema lex?*, Paderborn/München/Wien u.a. 2006.
 - Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 63 (2004), 90-91.
 - Konkretisierung des Gemeinwohls in der freiheitlichen Demokratie, in: von Arnim, Hans Herbert /Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung, Berlin 2004, 95-117.
 - Staat und Verfassung, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band II, 3. Auflage, Heidelberg 2004, 3-106.
 - Das Amt als Medium des Gemeinwohls in der freiheitlichen Demokratie, in: Schuppert, Gunnar Folke/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Gemeinwohl – Auf der Suche nach Substanz, Berlin 2002, 241-270.
 - Der Bundesstaat – Bestand und Entwicklung, in: Badura, Peter/Dreier, Horst (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, Band 2, Tübingen 2001, 719-770.
 - Idee und Gestalt des Föderalismus im Grundgesetz, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, 2. Auflage, Heidelberg 1999, 517-691.
 - Integrationsziel Europastaat?, in: Due, Ole/Lutter, Marcus/Schwarze, Jürgen (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Everling, Bd. I, Baden-Baden 1995, 567-592.
 - Der Föderalismus und der Verfassungsstaat der Gegenwart, Archiv des öffentlichen Rechts 115 (1990), 248-279.
 - Republik – Sinnpotential eines Begriffs, JuristenZeitung 36 (1981), 1-8.
- Jansen, Dorothea*, Einführung in die Netzwerkanalyse, 3. Auflage, Wiesbaden 2006.
- Jessup, Philip C.*, Transnational Law, New Haven 1956.
- Jestaedt, Matthias*, Grundbegriffe des Verwaltungsorganisationsrechts, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, München 2006, 891-942.

- Bundesstaat als Verfassungsprinzip, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band II, 3. Auflage, Heidelberg 2004, 785-841.
- Der Europäische Verfassungsverbund – Verfassungstheoretischer Charme und rechtstheoretische Insuffizienz einer Unschärferelation, in: Krause, Rüdiger/Veelken, Winfried/Vieweg, Klaus (Hrsg.), Recht der Wirtschaft und der Arbeit in Europa – Gedächtnisschrift für Wolfgang Blomeyer, Berlin 2004, 637-674.
- Selbstverwaltung als „Verbundbegriff“, Die Verwaltung 35 (2002), 293-317.
- Kadelbach*, Stefan, Autonomie und Bindung der Rechtsetzung in gestuften Rechtsordnungen, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 7-44.
- Kadelbach*, Stefan/*Kleinlein*, Thomas, Überstaatliches Verfassungsrecht, Archiv des Völkerrechts 44 (2006), 235-266.
- Kant*, Immanuel, Kritik der reinen Vernunft, 3. Auflage, Frankfurt/Leipzig 1791.
- Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft, Riga 1786.
- Kappelhoff*, Peter, Der Netzwerkansatz als konzeptueller Rahmen für eine Theorie interorganisationaler Netzwerke, in: Sydow, Jörg/Windeler, Arnold (Hrsg.), Steuerung von Netzwerken – Konzepte und Praktiken, Opladen/Wiesbaden 2000, 25-57.
- Kell*, Georg/*Levin*, David, The Global Compact Network: An Historic Experiment in Learning and Action, Business and Society Review 108 (2003), 151-181.
- Kempin*, Tina, Föderalismus als Modell für Europa – ein technisch-ökonomischer Ansatz im Rahmen des Verfassungsdiskurses, in: Becker, Yvonne u.a. (Hrsg.), Die Europäische Verfassung – Verfassungen in Europa, Baden-Baden 2005, 187-208.
- Kenis*, Patrick/*Schneider*, Volker, Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox, in: Marin, Bernd/Mayntz, Renate (Hrsg.), Policy Networks – Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt am Main/Boulder 1991, 25-59.
- Kern*, Kristine, Globale Governance durch transnationale Netzwerkorganisationen – Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, in: Gosewinkel, Dieter u.a. (Hrsg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2003, 285-307.
- Kerwer*, Dieter, Rules that Many Use: Standards and Global Regulation, Governance 18 (2005), 611-632.
- Khagram*, Sanjeev, Possible Future Architectures of Global Governance: A Transnational Perspective/Prospective, Global Governance 12 (2006), 97-117.
- Kingreen*, Thorsten, Grundfreiheiten, in: von Bogdandy, Armin (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht – Theoretische und dogmatische Grundzüge, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 631-681.
- Kingsbury*, Benedict/*Krisch*, Nico/*Stewart*, Richard B., The Emergence of Global Administrative Law, Law and Contemporary Problems 68 (2005), 15-61.
- Kirchhof*, Paul, Gesetzgebung und private Regelsetzung als Geltungsgrund von Rechnungspflichten?, Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 29 (2000), 681-692.
- Klein*, Hans-Hugo, Verfassungsgerichtsbarkeit und Verfassungsstruktur, in: Kirchhof, Paul/Offerhaus, Klaus/Schöberle, Horst (Hrsg.), Steuerrecht-Verfassungsrecht-Finanzpolitik – Festschrift für Franz Klein, Köln 1994, 511-526.
- Kluth*, Winfried, Die Verankerung von Elementen verbandlicher und bürgerschaftlicher Partizipation in Art. I-47 des Entwurfs für eine Verfassung der Europäischen Union, Jahrbuch Recht und Ökonomik des Dritten Sektors 2005/2006, 192-209.

- Funktionale Selbstverwaltung, Tübingen 1997.
- Knill*, Christoph, Policy-Netzwerke: Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung, in: Weyer, Johannes (Hrsg.), Soziale Netzwerke – Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München 2000, 111-133.
- Knill*, Christoph/*Winkler*, Daniela, Staatlichkeit und Europäisierung: Zur Abgrenzung und Systematisierung eines interdisziplinären Konzepts, *Der Staat* 45 (2006), 215-244.
- Kokott*, Juliane, Die Staatsrechtslehre und die Veränderung ihres Gegenstandes: Konsequenzen von Europäisierung und Internationalisierung, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 63 (2004), 7-40.
- Korioth*, Stefan, Föderalismus, in: Heun, Werner/Honecker, Martin/Morlok, Martin/Wieland, Joachim (Hrsg.), *Evangelisches Staatslexikon*, Neuausgabe, Stuttgart 2006, Sp. 596-600.
- Kotzur*, Markus, Die Demokratiedebatte in der deutschen Verfassungsrechtslehre, in: Bauer, Hartmut/Huber, Peter M./Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), *Demokratie in Europa*, Tübingen 2005, 351-388.
- Föderalisierung, Regionalisierung und Kommunalisierung als Strukturprinzipien des europäischen Verfassungsraumes, *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F.* 50 (2002), 257-279.
- Krajewski*, Markus, *Verfassungsperspektiven und Legitimation des Rechts der Welthandelsorganisation (WTO)*, Berlin 2001.
- Kriele*, Martin, Recht als gespeicherte Erfahrungsweisheit, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen 1992, 83-92.
- Krisch*, Nico, The Pluralism of Global Administrative Law, *European Journal of International Law* 17 (2006), 247-278.
- Krücken*, Georg/*Meier*, Frank, „Wir sind alle überzeugte Netzwerkträger“ – Netzwerke als Formalstruktur und Mythos der Innovationsgesellschaft, *Soziale Welt* 54 (2003), 71-92.
- Kuhn*, Thomas S., *The Structure of Scientific Revolutions*, 3. Auflage, Chicago/London 1996.
- Ladeur*, Karl-Heinz, Die Europäische Umweltagentur und die Perspektiven eines europäischen Netzwerkes der Umweltverwaltungen, *Natur und Recht* 1997, 8-16.
- Towards a Legal Theory of Supranationality – The Viability of the Network Concept, *European Law Journal* 3 (1997), 33-54.
- Von der Verwaltungshierarchie zum administrativen Netzwerk?, *Die Verwaltung* 26 (1993), 137-165.
- Leisner*, Walter, *Staatseinung – Ordnungskräfte föderaler Zusammenschlüsse*, Berlin 1991.
- Lepsius*, Oliver, *Steuerungsdiskussion, Systemtheorie und Parlamentarismuskritik*, Tübingen 1999.
- Lerche*, Peter, Föderalismus als nationales Ordnungsprinzip, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 21 (1964), 66-104.
- Levit*, Janet Koven, A Bottom-Up Approach to International Lawmaking: The Tale of Three Trade Finance Instruments, *Yale Journal of International Law* 30 (2005), 125-209.
- Lloyd*, Margie, In Tocqueville's Shadow: Hannah Arendt's Liberal Republicanism, *Review of Politics* 57 (1995), 31-58.
- Lübbe-Wolff*, Gertrude, Europäisches und nationales Verfassungsrecht, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 60 (2001), 246-289.

- Lüdemann*, Jörn, Netzwerke, Öffentliches Recht und Rezeptionstheorie, Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, 2007/7, May 2007, erhältlich im Internet: <www.coll.mpg.de/pdf_dat/2007_07online.pdf> (besucht am 21. Mai 2007).
- Luhmann*, Niklas, Die Weltgesellschaft, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 57 (1971), 1-35.
- MacCormick*, Neil, Questioning Sovereignty – Law, State, and Nation in the European Commonwealth, Oxford/New York 1999.
- Macht*, Christian, Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und Basel II, Baden-Baden 2007.
- Madison*, James, The Federalist No. 14, November 30, 1787, in: The Federalist Papers by Alexander Hamilton, James Madison and John Jay, with an introduction and commentary by Garry Wills, New York u.a. 1982, 62-67.
- Maier*, Hans, Der Föderalismus – Ursprünge und Wandlungen, Archiv des öffentlichen Rechts 115 (1990), 213-230.
- Maihofer*, Werner, Prinzipien freiheitlicher Demokratie, in: Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin/New York 1994, 427-536.
- Majone*, Giandomenico, Europe's "Democratic Defizit": The Question of Standards, European Law Journal 4 (1998), 5-28.
- Marauhn*, Thilo, Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 63 (2004), 88-89.
- Marcussen*, Martin, The Transnational Governance Network of Central Bankers, in: Djelic, Marie-Laure/Sahlin-Andersson, Kerstin (Hrsg.), Transnational Governance, Cambridge 2006, 180-204.
- Marin*, Bernd/Mayntz, Renate, Introduction: Studying Policy Networks, in: dies. (Hrsg.), Policy Networks – Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt am Main/Boulder 1991, 11-23.
- Marks*, Susan, Naming Global Administrative Law, New York University Journal of International Law and Politics 37 (2005), 995-1001.
- Marschall*, Stefan, Transnationale Repräsentation in Parlamentarischen Versammlungen, Baden-Baden 2005.
- Mayntz*, Renate, Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.), Policy-Analyse – Kritik und Neuorientierung, Opladen 1993, 39-56.
- Föderalismus und die Gesellschaft der Gegenwart, Archiv des öffentlichen Rechts 115 (1990), 232-245.
- McGrew*, Anthony, Models of Transnational Democracy, in: Held, David/McGrew, Anthony (Hrsg.), The Global Transformations Reader – An Introduction to the Globalization Debate, 2. Auflage, Cambridge/Malden 2003, 500-513.
- McNichol*, Jason, Transnational NGO Certification Programs as New Regulatory Forms: Lessons from the Forestry Sector, in: Djelic, Marie-Laure/Sahlin-Andersson, Kerstin (Hrsg.), Transnational Governance, Cambridge 2006, 349-374.
- Mehde*, Veith, Neues Steuerungsmodell und Demokratieprinzip, Berlin 2000.
- Meidinger*, Errol, The Administrative Law of Global Private-Public Regulation: the Case of Forestry, European Journal of International Law 17 (2006), 47-87.

- Messner*, Dirk, Netzwerktheorien: Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit, in: Altvater, Elmar u.a. (Hrsg.), Vernetzt und Verstrickt, 2. Auflage, Münster 2000, 28-65.
- Michelman*, Frank, Law's Republic, Yale Law Journal 97 (1988), 1493-1537.
- Mill*, John Stuart, Considerations on Representative Government, 2. Auflage, London 1861.
- Möllers*, Christoph, European Governance: Meaning and Value of a Concept, Common Market Law Review 43 (2006), 313-336.
- Methoden, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, München 2006, 121-175.
 - Gewaltengliederung, Tübingen 2005.
 - *Netzwerke* als Kategorie des Organisationsrechts – Zur juristischen Beschreibung dezentraler Steuerung, in: Oebbecke, Janbernd (Hrsg.), Nicht-Normative Steuerung in dezentralen Systemen, Stuttgart 2005, 285-302.
 - Transnationale Behördenkooperation, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 65 (2005), 351-389.
 - Historisches Wissen in der Verwaltungsrechtswissenschaft, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, 131-164.
 - Theorie, Praxis und Interdisziplinarität in der Verwaltungsrechtswissenschaft, Verwaltungs-Archiv 93 (2002), 22-61.
 - Braucht das öffentliche Recht einen neuen Methoden- und Richtungsstreit?, Verwaltungs-Archiv 90 (1999), 187-207.
- Montesquieu*, Charles Louis de Secondat, Baron de la Brède et de, De l'Esprit des Lois, herausgegeben von Robert Derathé, Band 1, Paris 1987.
- Moravcsik*, Andrew, Is there a 'Democratic Deficit' in World Politics? A Framework for Analysis, in: Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hrsg.), Global Governance and Public Accountability, Malden/Oxford/Victoria 2005, 212-239.
- Morlok*, Martin, Grundfragen einer Verfassung auf europäischer Ebene, in: Häberle, Peter/Morlok, Martin/Skouris, Wassilios (Hrsg.), Staat und Verfassung in Europa – Erträge des wissenschaftlichen Kolloquiums zu Ehren von Prof. Dr. Dimitris Th. Tsatsos aus Anlaß seines 65. Geburtstages, Baden-Baden 2000, 73-90.
- Nettesheim*, Martin, Die konsoziative Föderation von EU und Mitgliedstaaten, Zeitschrift für Europarechtliche Studien 5 (2002), 507-539.
- Nickel*, Rainer, Participatory Transnational Governance, in: Joerges, Christian/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Constitutionalism, Multilevel Trade Governance and Social Regulation, Oxford/Portland 2006, 157-195.
- Nölke*, Andreas, Regieren in transnationalen Politiknetzwerken?, Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7 (2000), 331-358.
- Nohria*, Nitin, Is a Network Perspective a Useful Way of Studying Organizations?, in: ders./Eccles, Robert G. (Hrsg.), Networks and Organizations: Structure, Form, and Action, Boston 1992, 1-22.
- Nowrot*, Karsten, Die Transnationale Verantwortungsgemeinschaft im Internationalen Wirtschaftsrecht, in: Tietje, Christian/Nowrot, Karsten (Hrsg.), Verfassungsrechtliche Dimensionen des Internationalen Wirtschaftsrechts, Stuttgart u.a. 2007, 57-101.
- Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, Berlin 2006.
 - The New Governance Structure of the Global Compact, Halle/Saale 2005.

- Oeter*, Stefan, Rechtsprechungskonkurrenz zwischen nationalen Verfassungsgerichten, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 361-391.
- Föderalismus, in: von Bogdandy, Armin (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht – Theoretische und dogmatische Grundzüge, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 59-119.
 - Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht, Tübingen 1998.
- Pache*, Eckhard, Verantwortung und Effizienz in der Mehrebenenverwaltung, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 106-151.
- Pappi*, Franz U., Policy-Netzwerke: Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.), Policy-Analyse – Kritik und Neuorientierung, Opladen 1993, 84-94.
- Die Netzwerkanalyse aus soziologischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.), Methoden der Netzwerkanalyse, München 1987, 11-37.
- Paschke*, Marian, Einheit der Wirtschaftsrechtsordnung, in: Schmidt, Karsten (Hrsg.), Vielfalt des Rechts – Einheit der Rechtsordnung?, Berlin 1994, 147-164.
- Pattberg*, Philipp, The Forest Stewardship Council: Risk and Potential of Private Forest Governance, Journal of Environment and Development 14 (2005), 356-374.
- The Institutionalization of Private Governance: How Business and Nonprofit Organizations Agree on Transnational Rules, Governance 18 (2005), 589-610.
 - What Role for Private Rule-Making in Global Environmental Governance? Analysing the Forest Stewardship Council (FSC), International Environmental Agreements 5 (2005), 175-189.
- Pauly*, Walter, Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus – Ein Beitrag zu Entwicklung und Gestalt der Wissenschaft vom Öffentlichen Recht im 19. Jahrhundert, Tübingen 1993.
- Pernice*, Ingolf, Diskontinuität und Europäisches Recht – Legitimationsprobleme im Europäischen Verfassungsverbund, in: Gaitanides, Charlotte/Kadelbach, Stefan/Iglesias, Gil Carlos Rodriguez (Hrsg.), Europa und seine Verfassung – Festschrift für Manfred Zuleeg zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 2005, 145-157.
- Europäisches und nationales Verfassungsrecht, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 60 (2001), 148-193.
- Peters*, Anne, Compensatory Constitutionalism: The Function and Potential of Fundamental International Norms and Structures, Leiden Journal of International Law 19 (2006), 579-610.
- Global Constitutionalism in a Nutshell, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück, Berlin 2005, 535-550.
 - Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, Berlin 2001.
- Pettit*, Philip, Republicanism, Oxford/New York 1997.
- Picciotto*, Sol, Networks in International Economic Integration: Fragmented States and the Dilemmas of Neo-Liberalism, Northwestern Journal of International Law & Business 17 (1996/97), 1014-1056.
- Pitschas*, Rainer, Europäische Integration als Netzwerkkoordination komplexer Staatsaufgaben, Staatswissenschaften und Staatspraxis 5 (1994), 503-540.

- Powell*, Walter W., Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen, in: Kenis, Patrick/Schneider, Volker (Hrsg.), Organisation und Netzwerk, Frankfurt am Main/New York 1996, 213-271.
- Raustiala*, Kal, The Architecture of International Cooperation: Transgovernmental Networks and the Future of International Law, *Virginia Journal of International Law* 43 (2002), 1-92.
- Reimer*, Franz, Verfassungsprinzipien, Berlin 2001.
- Riedel*, Daniel, Die Europäische Agentur für Flugsicherheit im System der Gemeinschaftsagenturen, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Schöndorf-Haubold, Bettina (Hrsg.), Der Europäische Verwaltungsverbund, Tübingen 2005, 103-125.
- Rieth*, Lothar, Der VN Global Compact: Was als Experiment begann ..., *Die Friedens-Warte* 79 (2004), 151-170.
- Rinken*, Alfred, Demokratie als Organisationsform der Bürgergesellschaft, in: Bovenschulte, Andreas u.a. (Hrsg.), Demokratie und Selbstverwaltung in Europa – Festschrift für Dian Schefold zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2001, 223-241.
- Ritter*, Ernst-Hasso, Raumpolitik mit „Städtenetzwerken“ oder: Regionale Politik der verschiedenen Ebenen, *Die Öffentliche Verwaltung* 48 (1995), 393-402.
- Röhrle*, Bernd, Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung, Weinheim 1994.
- Rossen-Stadtfeld*, Helge, Demokratische Staatlichkeit in Europa: ein verblassendes Bild, *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F.* 53 (2005), 45-77.
- Rousseau*, Jean-Jacques, *Du Contrat Social; ou Principes du Droit Politique*, Amsterdam 1762.
- Rudisch*, Susanne, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, Halle/Saale 2002.
- Ruffert*, Matthias, Demokratie und Governance in Europa, in: Bauer, Hartmut/Huber, Peter M./Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Demokratie in Europa, Tübingen 2005, 319-348.
- Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 63 (2004), 90.
 - Die Globalisierung als Herausforderung an das Öffentliche Recht, Stuttgart/München/Hannover u.a. 2004.
 - Die Europäisierung der Verwaltungsrechtslehre, *Die Verwaltung* 36 (2003), 293-319.
- Ruggie*, John G., *Global_governance.net: The Global Compact as Learning Network*, *Global Governance* 7 (2001), 371-378.
- Sander*, Florian, Repräsentation und Kompetenzverteilung, Berlin 2005.
- Schachtschneider*, Karl Albrecht, Freiheit in der Republik, Berlin 2007.
- *Res publica res populi*, Berlin 1994.
- Scharpf*, Fritz, Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.), *Europawissenschaft*, Baden-Baden 2005, 705-741.
- Regieren in Europa – Effektiv und demokratisch?, Frankfurt am Main/New York 1999.
 - Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, 2. Auflage, Konstanz 1972.
- Schenk*, Michael, Soziale Netzwerke und Kommunikation, Tübingen 1984.
- Schermers*, Henry G./Blokker, Niels M., *International Institutional Law*, 4. Auflage, Boston/Leiden 2003.
- Scherzberg*, Arno, Wozu und wie überhaupt noch öffentliches Recht?, Berlin 2003.

- Schliesky*, Utz, Souveränität und Legitimation von Herrschaftsgewalt – Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem, Tübingen 2004.
- Schmidt*, Reiner, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Allgemeiner Teil, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1990.
- Schmidt-Aßmann*, Eberhard, Die Herausforderung der Verwaltungsrechtswissenschaft durch die Internationalisierung der Verwaltungsbeziehungen, *Der Staat* 45 (2006), 315-338.
- Internationalisierung des Verwaltungsrechts – Einwirkungspfade und Rechtsprobleme, in: Bauer, Hartmut/Czybulka, Detlef/Kahl, Wolfgang/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), *Wirtschaft im offenen Verfassungsstaat – Festschrift für Reiner Schmidt zum 70. Geburtstag*, München 2006, 149-167.
 - Verfassungsprinzipien für den Europäischen Verwaltungsverbund, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Bd. I, München 2006, 241-305.
 - Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee – Grundlagen und Aufgaben der verwaltungsrechtlichen Systembildung, 2. Auflage, Berlin/Heidelberg/New York 2004.
 - Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft – Perspektiven der Systembildung, in: ders./Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), *Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft*, Baden-Baden 2004, 387-413.
 - Regulierte Selbstregulierung als Element verwaltungsrechtlicher Systembildung, in: *Regulierte Selbstregulierung als Steuerungskonzept des Gewährleistungsstaates – Ergebnisse des Symposiums aus Anlaß des 60. Geburtstages von Wolfgang Hoffmann-Riem*, *Die Verwaltung*, Beiheft 4, Berlin 2001, 253-271.
 - Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 56 (1997), 294-296.
 - Zur Situation der rechtswissenschaftlichen Forschung, *JuristenZeitung* 50 (1995), 2-10.
 - Zur Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts – Reformbedarf und Reformansätze, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.), *Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts – Grundfragen*, Baden-Baden 1993, 11-63.
- Schmitter*, Philippe C., Examining the Present Euro-Polity with the Help of Past Theories, in: Marks, Gary/Scharpf, Fritz W./Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang, *Governance in the European Union*, London/Thousand Oaks/New Delhi 1996, 1-14.
- Imagining the Future of the Euro-Polity with the Help of New Concepts, in: Marks, Gary/Scharpf, Fritz W./Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang, *Governance in the European Union*, London/Thousand Oaks/New Delhi 1996, 121-150.
- Schneider*, Volker, Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung von Netzwerken in der Politik, in: Sydow, Jörg/Windeler, Arnold (Hrsg.), *Steuerung von Netzwerken – Konzepte und Praktiken*, Opladen/Wiesbaden 2000, 327-346.
- Schönberger*, Christoph, Unionsbürger, Tübingen 2005.
- Die Europäische Union als Bund, *Archiv des öffentlichen Rechts* 129 (2004), 81-120.
- von Schorlemer*, Sabine, Der „Global Compact“ der Vereinten Nationen – ein Faust’scher Pakt mit der Wirtschaftswelt?, in: dies. (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO – Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen*, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 507-552.

- Schroth*, Ulrich, Hermeneutik, Norminterpretation und richterliche Normanwendung, in: Kaufmann, Arthur/Hassemer, Winfried/Neumann, Ulfrid (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 7. Auflage, Heidelberg 2004, 270-297.
- Schücking*, Walther, Das Weltparlament, in: ders. (Hrsg.), Die nationalen Aufgaben unserer auswärtigen Politik, Berlin 1926, 41-43.
- Der Staatenverband der Haager Konferenzen, München/Leipzig 1912.
- Schuppert*, Gunnar Folke, Verwaltungsorganisation und Verwaltungsorganisationsrecht als Steuerungsfaktoren, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, München 2006, 995-1081.
- „Theorizing Europe“ oder Von der Überfälligkeit einer disziplinenübergreifenden Europawissenschaft, in: Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (Hrsg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, 3-35.
- Staatswissenschaft, Baden-Baden 2003.
- Überlegungen zur demokratischen Legitimation des europäischen Regierungssystems, in: Ipsen, Jörn/Schmidt-Jortzig, Edzard (Hrsg.), Recht-Staat-Gemeinwohl – Festschrift für Dietrich Rauschnig, Köln/Berlin/Bonn u.a. 2001, 201-224.
- Anforderungen an eine Europäische Verfassung – Gründe und Grenzen europäischer Verfassungserwartungen, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2000, 237-262.
- Demokratische Legitimation jenseits des Nationalstaates. Einige Bemerkungen zum Legitimationsproblem der Europäischen Union, in: Heyde, Wolfgang/Schaber, Thomas (Hrsg.), Demokratisches Regieren in Europa?, Baden-Baden 2000, 65-85.
- Verwaltungswissenschaft, Baden-Baden 2000.
- Schlüsselbegriffe der Perspektivenverklammerung von Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaft, in: Die Wissenschaft vom Verwaltungsrecht – Werkstattgespräch aus Anlaß des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Eberhard Schmidt-Aßmann, Die Verwaltung, Beiheft 2, Berlin 1999, 103-125.
- Schwarze*, Jürgen, Auf dem Wege zu einer europäischen Verfassung – Wechselwirkungen zwischen europäischem und nationalem Verfassungsrecht, Deutsches Verwaltungsblatt 114 (1999), 1677-1689.
- Schweizer*, Stefan, Politische Steuerung selbstorganisierter Netzwerke, Baden-Baden 2003.
- Seckelmann*, Margrit, Keine Alternative zur Staatlichkeit – Zum Konzept der „Global Governance“, Verwaltungs-Archiv 98 (2007), 30-53.
- Seiler*, Christian, Der souveräne Verfassungsstaat zwischen demokratischer Rückbindung und überstaatlicher Einbindung, Tübingen 2005.
- Shaw*, Jo/ *Wiener*, Antje, The Paradox of the ‘European Polity’, in: Cowles, Maria G./Smith, Michael (Hrsg.), The State of the European Union, Bd. 5, Oxford/New York 2000, 64-88.
- Simma*, Bruno (Hrsg.), The Charter of the United Nations – A Commentary, Band 1, 2. Auflage, Oxford 2002.
- Slaughter*, Anne-Marie, A New World Order, Princeton/Oxford 2004.

- Government Networks: The Heart of the Liberal Democratic Order, in: Fox, Gregory H./Roth, Brad R. (Hrsg.), *Democratic Governance and International Law*, Cambridge 2000, 199-235.
- Slaughter*, Anne-Marie/*Burke-White*, William, The Future of International Law is Domestic (or, The European Way of Law), *Harvard International Law Journal* 47 (2006), 327-352.
- Sommer*, Julia, *Verwaltungskooperation am Beispiel administrativer Informationsverfahren im Europäischen Umweltrecht*, Berlin u.a. 2003.
- Sommerrmann*, Karl-Peter, Demokratie als Herausforderung des Völkerrechts, in: Dupuy, Pierre-Marie/Fassbender, Bardo/Shaw, Malcolm N./Sommerrmann, Karl-Peter (Hrsg.), *Völkerrecht als Wertordnung – Festschrift für Christian Tomuschat*, 2006, 1051-1065.
- Stern*, Klaus, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I, 2. Aufl., München 1984.
- Stolleis*, Michael, Was kommt nach dem souveränen Nationalstaat? Und was kann die Rechtsgeschichte dazu sagen?, in: Héritier, Adrienne/Stolleis, Michael/Scharpf, Fritz W. (Hrsg.), *European and International Regulation after the Nation State – Different Scopes and Multiple Levels*, Baden-Baden 2004, 17-30.
- *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, Band 2, München 1992.
- Sutherland*, Peter u.a., *The Future of the WTO – Addressing Institutional Challenges in the New Millennium*, Report by the Consultative Board to the Director-General Supachai Panitchpakdi, Genf 2004.
- Sydow*, Gernot, *Verwaltungskooperation in der Europäischen Union*, Tübingen 2004.
- Sydow*, Jörg/*Windeler*, Arnold, Steuerung von und in Netzwerken – Perspektiven, Konzepte, vor allem aber offene Fragen, in: dies. (Hrsg.), *Steuerung von Netzwerken – Konzepte und Praktiken*, Opladen/Wiesbaden 2000, 1-24.
- Teubner*, Gunther, Paradoxien der Netzwerke in der Sicht der Rechtssoziologie und der Rechtsdogmatik, in: Bäuerle, Michael/Hanebeck, Alexander/Hausotter, Carola u.a. (Hrsg.), *Haben wir wirklich Recht? Zum Verhältnis von Recht und Wirklichkeit – Beiträge zum Kolloquium anlässlich des 60. Geburtstags von Brun-Otto Bryde*, Baden-Baden 2004, 9-31.
- Globale Zivilverfassungen: Alternativen zur staatszentrierten Verfassungstheorie, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 63 (2003), 1-28.
- Die Perspektive soziologischer Jurisprudenz: Das Recht der Netzwerke, in: Machura, Stefan/Ulbrich, Stefan (Hrsg.), *Recht-Gesellschaft-Kommunikation: Festschrift für Klaus F. Röhl*, Baden-Baden 2003, 40-50.
- Das Recht hybrider Netzwerke, *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht* 165 (2001), 550-575.
- Die vielköpfige Hydra: Netzwerke als kollektive Akteure höherer Ordnung, in: Krohn, Wolfgang/Küppers, Günter (Hrsg.), *Emergenz: Die Entstehung von Ordnung, Organisation und Bedeutung*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1992, 189-216.
- Thérien*, Jean-Philippe/*Pouliot*, Vincent, The Global Compact: Shifting the Politics of International Development?, *Global Governance* 12 (2006), 55-75.
- Tietje*, Christian, Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1 (im Erscheinen).

- Autonomie und Bindung der Rechtsetzung in gestuften Rechtsordnungen, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 66 (2007), 45-80.
- Internationales Wirtschaftsrecht und Recht auf Entwicklung als Elemente einer konstitutionalisierten globalen Friedensordnung, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), *Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück*, Berlin 2005, 783-813.
- Willensbildung und Entscheidungsfindung in internationalen Wirtschaftsorganisationen, in: Dicke, Klaus/Fröhlich, Manuel (Hrsg.), *Wege multilateraler Diplomatie – Politik, Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsstrukturen im UN-System*, Baden-Baden 2005, 12-25.
- Recht ohne Rechtsquellen? Entstehung und Wandel von Völkerrechtsnormen im Interesse des Schutzes globaler Rechtsgüter im Spannungsverhältnis von Rechtssicherheit und Rechtsdynamik, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 24 (2003), 27-42.
- Die Staatsrechtslehre und die Veränderung ihres Gegenstandes: Konsequenzen von Europäisierung und Internationalisierung, *Deutsches Verwaltungsblatt* 118 (2003), 1081-1096.
- Transnationales Wirtschaftsrecht aus öffentlich-rechtlicher Perspektive, *Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft* 101 (2002), 404-420.
- Internationalisiertes Verwaltungshandeln, Berlin 2001.
- Tietje, Christian/Nowrot, Karsten*, Laying Conceptual Ghosts of the Past to Rest: The Rise of Philip C. Jessup's 'Transnational Law' in the Regulatory Governance of the International Economic System, in: Tietje, Christian/Brouder, Alan/Nowrot, Karsten (Hrsg.), *Philip C. Jessup's Transnational Law Revisited – On the Occasion of the 50th Anniversary of its Publication*, Halle/Saale 2006, 17-43.
- Forming the Centre of a Transnational Economic Legal Order? Thoughts on the Current and Future Position of Non-State Actors in WTO Law, *European Business Organization Law Review* 5 (2004), 321-351.
- Tomkins, Adam*, *Our Republican Constitution*, Oxford/Portland 2005.
- Tomuschat, Christian*, Das Endziel der europäischen Integration – Maastricht ad infinitum?, *Deutsches Verwaltungsblatt* 111 (1996), 1073-1082.
- Treiber, Hubert*, Von der Programm(entwicklungs)-Forschung zur Netzwerkanalyse. Ein Literaturbericht, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard (Hrsg.), *Innovation und Flexibilität des Verwaltungshandelns*, Baden-Baden 1994, 371-406.
- Trute, Hans-Heinrich*, Die demokratische Legitimation der Verwaltung, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts*, Bd. I, München 2006, 307-389.
- Verantwortungsteilung als Schlüsselbegriff eines sich verändernden Verhältnisses von öffentlichem und privatem Sektor, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.), *Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat*, Baden-Baden 1999, 13-45.
- Vesting, Thomas*, The Network Economy as a Challenge to Create New Public Law (beyond the State), in: Ladeur, Karl-Heinz (Hrsg.), *Public Governance in the Age of Globalization*, Aldershot/Burlington 2004, 247-287.
- Diskussionsbeitrag, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 63 (2004), 96-98.

- Die Staatsrechtslehre und die Veränderung ihres Gegenstandes: Konsequenzen von Europäisierung und Internationalisierung, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 63 (2004), 41-70.
- Vogel*, Hans-Jochen, Die bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes, in: Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Berlin/New York 1994, 1041-1102.
- Volkmann*, Uwe, Setzt Demokratie den Staat voraus?, Archiv des öffentlichen Rechts 127 (2002), 575-611.
- Voßkuhle*, Andreas, Neue Verwaltungsrechtswissenschaft, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. I, München 2006, 1-61.
- Methode und Pragmatik im Öffentlichen Recht, in: Bauer, Hartmut/Czybulka, Detlef/Kahl, Wolfgang/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Umwelt, Wirtschaft und Recht – Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 65. Geburtstages von Reiner Schmidt, Tübingen 2002, 171-195.
- Der „Dienstleistungsstaat“ – Über Nutzen und Gefahren von Staatsbildern, Der Staat 40 (2001), 495-523.
- „Regulierte Selbstregulierung“ – Zur Karriere eines Schlüsselbegriffs, in: Regulierte Selbstregulierung als Steuerungskonzept des Gewährleistungsstaates – Ergebnisse des Symposiums aus Anlaß des 60. Geburtstages von Wolfgang Hoffmann-Riem, Die Verwaltung, Beiheft 4, Berlin 2001, 197-200.
- Wagner*, Helmut, Die Rechtsnatur der EU – Anmerkungen zu einer in Deutschland stattfindenden Debatte, Zeitschrift für Europarechtliche Studien 9 (2006), 287-300.
- Wahl*, Rainer, Erklären staatstheoretische Leitbegriffe die Europäische Union?, in: Dreier, Horst (Hrsg.), Rechts- und staatstheoretische Schlüsselbegriffe: Legitimation-Repräsentation-Freiheit – Symposium für Hasso Hofmann zum 70. Geburtstag, Berlin 2005, 113-149.
- Walter*, Christian, Vereinte Nationen und Weltgesellschaft: Zur Forderung nach Einrichtung einer parlamentarischen Versammlung (UNPA), in: von Schorlemer, Sabine (Hrsg.), Globale Probleme und Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen, Baden-Baden 2006, 218-237.
- *(Inter)national Governance* in verfassungsrechtlicher Perspektive: Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung eines „Internationalen Verfassungsrechts“, in: Héritier, Adrienne/Stolleis, Michael/Scharpf, Fritz W. (Hrsg.), European and International Regulation after the Nation State – Different Scopes and Multiple Levels, Baden-Baden 2004, 31-64.
- Warning*, Michael, Transnational Bureaucracy Networks: A Resource of Global Environmental Governance?, in: Winter, Gerd (Hrsg.), Multilevel Governance of Global Environmental Change, Cambridge/New York 2006, 305-329.
- Waschkuhn*, Arno, Regimebildung und Netzwerke, Berlin 2005.
- Weiß*, Wolfgang, Schnittstellenprobleme des europäischen Mehrebenenverwaltungsrechts, Die Verwaltung 38 (2005), 517-545.
- Wellens*, Karel, Fragmentation of International Law and Establishing an Accountability Regime for International Organizations: The Role of the Judiciary in Closing the Gap, Michigan Journal of International Law 25 (2004), 1159-1181.
- Wettner*, Florian, Die Amtshilfe im Europäischen Verwaltungsrecht, Tübingen 2005.

- Weyer*, Johannes, Zum Stand der Netzwerkforschung in den Sozialwissenschaften, in: ders. (Hrsg.), *Soziale Netzwerke – Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, München 2000, 1-34.
- Winter*, Gerd, Diskussionsbeitrag, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 63 (2004), 92-93.
- Witte*, Jan Martin/*Reinicke*, Wolfgang H./*Benner*, Thorsten, Beyond Multilateralism: Global Public Policy Networks, *Internationale Politik und Gesellschaft* 2000, 176-188.
- Wolftrum*, Rüdiger, Föderalismus als Beitrag zur Friedenssicherung: Überlegungen zu einer Verfassung für Zypern und den Sudan, in: Brenner, Michael/Huber, Peter M./Möstl, Markus (Hrsg.), *Der Staat des Grundgesetzes – Kontinuität und Wandel – Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag*, Tübingen 2004, 1245-1263.
- Würtenberger*, Thomas, Zur Legitimation des Föderalismus, in: Duso, Giuseppe/Krawietz, Werner/Wyduckel, Dieter (Hrsg.), *Konsens und Konsoziation in der politischen Theorie des frühen Föderalismus*, Berlin 1997, 355-368.
- Zur Legitimität des Grundgesetzes in historischer Perspektive, in: Brugger, Winfried (Hrsg.), *Legitimation des Grundgesetzes aus Sicht von Rechtsphilosophie und Gesellschaftstheorie*, Baden-Baden 1996, 21-46.
- Zaring*, David, Informal Procedure, Hard and Soft, in *International Administration*, *Chicago Journal of International Law* 5 (2005), 547-603.
- International Law by Other Means: The Twilight Existence of International Financial Regulatory Organizations, *Texas International Law Journal* 33 (1998), 281-330.
- Zielonka*, Jan, *Europe as Empire – The Nature of the Enlarged European Union*, Oxford/New York 2006.
- Ziller*, Jacques, Public Administration, Networks and Law, in: Benz, Arthur/Siedentopf, Heinrich/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), *Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung – Festschrift für Klaus König zum 70. Geburtstag*, Berlin 2004, 279-285.
- Zippelius*, Reinhold, Die Modernität des Föderalismus, in: Duso, Giuseppe/Krawietz, Werner/Wyduckel, Dieter (Hrsg.), *Konsens und Konsoziation in der politischen Theorie des frühen Föderalismus*, Berlin 1997, 295-305.
- Zürn*, Michael/*Leibfried*, Stephan, Reconfiguring the National Constellation, in: Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (Hrsg.), *Transformations of the State?*, Cambridge 2005, 1-36.

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht
(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368

Bislang erschienene Hefte

- Heft 1 Wiebe-Katrin Boie, Der Handel mit Emissionsrechten in der EG/EU – Neue Rechtssetzungsinitiative der EG-Kommission, März 2002, ISBN 3-86010-639-2
- Heft 2 Susanne Rudisch, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, April 2002, ISBN 3-86010-646-5
- Heft 3 Jost Delbrück, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Juli 2002, ISBN 3-86010-654-6
- Heft 4 Christian Tietje, Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, August 2002, ISBN 3-86010-655-4
- Heft 5 Ludwig Gramlich, Das französische Asbestverbot vor der WTO, August 2002, ISBN 3-86010-653-8
- Heft 6 Sebastian Wolf, Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht, September 2002, ISBN 3-86010-658-9
- Heft 7 Bernhard Kluttig/Karsten Nowrot, Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ – Implikationen für die Doha-Runde der WTO, September 2002, ISBN 3-86010-659-7
- Heft 8 Karsten Nowrot, Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz von Internet-Domains, Oktober 2002, ISBN 3-86010-664-3
- Heft 9 Martin Winkler, Der Treibhausgas-Emissionsrechtehandel im Umweltvölkerrecht, November 2002, ISBN 3-86010-665-1
- Heft 10 Christian Tietje, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Januar 2003, ISBN 3-86010-671-6
- Heft 11 Gerhard Kraft/Manfred Jäger/Anja Dreiling, Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen im Spiegel rechtspolitischer Diskussion und ökonomischer Sinnhaftigkeit, Februar 2003, ISBN 3-86010-647-0
- Heft 12 Bernhard Kluttig, Welthandelsrecht und Umweltschutz – Kohärenz statt Konkurrenz, März 2003, ISBN 3-86010-680-5

- Heft 13 Gerhard Kraft, Das Corporate Governance-Leitbild des deutschen Unternehmenssteuerrechts: Bestandsaufnahme – Kritik – Reformbedarf, April 2003, ISBN 3-86010-682-1
- Heft 14 Karsten Nowrot/Yvonne Wardin, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Juni 2003, ISBN 3-86010-686-4
- Heft 15 Alexander Böhmer/Guido Glania, The Doha Development Round: Reintegrating Business Interests into the Agenda – WTO Negotiations from a German Industry Perspective, Juni 2003, ISBN 3-86010-687-2
- Heft 16 Dieter Schneider, „Freimütige, lustige und ernsthafte, jedoch vernunft- und gesetzmäßige Gedanken“ (Thomasius) über die Entwicklung der Lehre vom gerechten Preis und fair value, Juli 2003, ISBN 3-86010-696-1
- Heft 17 Andy Ruzik, Die Anwendung von Europarecht durch Schiedsgerichte, August 2003, ISBN 3-86010-697-X
- Heft 18 Michael Slonina, Gesundheitsschutz contra geistiges Eigentum? Aktuelle Probleme des TRIPS-Übereinkommens, August 2003, ISBN 3-86010-698-8
- Heft 19 Lorenz Schomerus, Die Uruguay-Runde: Erfahrungen eines Chef-Unterhändlers, September 2003, ISBN 3-86010-704-6
- Heft 20 Michael Slonina, Durchbruch im Spannungsverhältnis TRIPS and Health: Die WTO-Entscheidung zu Exporten unter Zwangslizenzen, September 2003, ISBN 3-86010-705-4
- Heft 21 Karsten Nowrot, Die UN-Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights – Gelungener Beitrag zur transnationalen Rechtsverwirklichung oder das Ende des Global Compact?, September 2003, ISBN 3-86010-706-2
- Heft 22 Gerhard Kraft/Ronald Krenzel, Economic Analysis of Tax Law – Current and Past Research Investigated from a German Tax Perspective, Oktober 2003, ISBN 3-86010-715-1
- Heft 23 Ingeborg Fogt Bergby, Grundlagen und aktuelle Entwicklungen im Streitbeilegungsrecht nach dem Energiechartavertrag aus norwegischer Perspektive, November 2003, ISBN 3-86010-719-4
- Heft 24 Lilian Habermann/Holger Pietzsch, Individualrechtsschutz im EG-Antidumpingrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, Februar 2004, ISBN 3-86010-722-4
- Heft 25 Matthias Hornberg, Corporate Governance: The Combined Code 1998 as a Standard for Directors' Duties, März 2004, ISBN 3-86010-724-0

- Heft 26 Christian Tietje, Current Developments under the WTO Agreement on Subsidies and Countervailing Measures as an Example for the Functional Unity of Domestic and International Trade Law, März 2004, ISBN 3-86010-726-7
- Heft 27 Henning Jessen, Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: WTO-rechtliche Anforderungen an Selektivität und Konditionalität – Die GSP-Entscheidung des WTO Panel und Appellate Body, Mai 2004, ISBN 3-86010-730-5
- Heft 28 Tillmann Rudolf Braun, Investment Protection under WTO Law – New Developments in the Aftermath of Cancún, Mai 2004, ISBN 3-86010-731-3
- Heft 29 Juliane Thieme, Latente Steuern – Der Einfluss internationaler Bilanzierungsvorschriften auf die Rechnungslegung in Deutschland, Juni 2004, ISBN 3-86010-733-X
- Heft 30 Bernhard Kluttig, Die Klagebefugnis Privater gegen EU-Rechtsakte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes: Und die Hoffnung stirbt zuletzt..., September 2004, ISBN 3-86010-746-1
- Heft 31 Ulrich Immenga, Internationales Wettbewerbsrecht: Unilateralismus, Bilateralismus, Multilateralismus, Oktober 2004, ISBN 3-86010-748-8
- Heft 32 Horst G. Krenzler, Die Uruguay Runde aus Sicht der Europäischen Union, Oktober 2004, ISBN 3-86010-749-6
- Heft 33 Karsten Nowrot, Global Governance and International Law, November 2004, ISBN 3-86010-750-X
- Heft 34 Ulrich Beyer/Carsten Oehme/Friederike Karmrodt, Der Einfluss der Europäischen Grundrechtecharta auf die Verfahrensgarantien im Unionsrecht, November 2004, ISBN 3-86010-755-0
- Heft 35 Frank Rieger/Johannes Jester/ Michael Sturm, Das Europäische Kartellverfahren: Rechte und Stellung der Beteiligten nach Inkrafttreten der VO 1/03, Dezember 2004, ISBN 3-86010-764-X
- Heft 36 Kay Wissenbach, Systemwechsel im europäischen Kartellrecht: Dezentralisierte Rechtsanwendung in transnationalen Wettbewerbsbeziehungen durch die VO 1/03, Februar 2005, ISBN 3-86010-766-6
- Heft 37 Christian Tietje, Die Argentinien-Krise aus rechtlicher Sicht: Staatsanleihen und Staateninsolvenz, Februar 2005, ISBN 3-86010-770-4
- Heft 38 Matthias Bickel, Die Argentinien-Krise aus ökonomischer Sicht: Herausforderungen an Finanzsystem und Kapitalmarkt, März 2005, ISBN 3-86010-772-0

- Heft 39 Nicole Steinat, *Comply or Explain – Die Akzeptanz von Corporate Governance Kodizes in Deutschland und Großbritannien*, April 2005, ISBN 3-86010-774-7
- Heft 40 Karoline Robra, *Welthandelsrechtliche Aspekte der internationalen Besteuerung aus europäischer Perspektive*, Mai 2005, ISBN 3-86010-782-8
- Heft 41 Jan Bron, *Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in der EG*, Juli 2005, ISBN 3-86010-791-7
- Heft 42 Christian Tietje/Sebastian Wolf, *REACH Registration of Imported Substances – Compatibility with WTO Rules*, July 2005, ISBN 3-86010-793-3
- Heft 43 Claudia Decker, *The Tension between Political and Legal Interests in Trade Disputes: The Case of the TEP Steering Group*, August 2005, ISBN 3-86010-796-8
- Heft 44 Christian Tietje (Hrsg.), *Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO)*, August 2005, ISBN 3-86010-798-4
- Heft 45 Wang Heng, *Analyzing the New Amendments of China's Foreign Trade Act and its Consequent Ramifications: Changes and Challenges*, September 2005, ISBN 3-86010-802-6
- Heft 46 James Bacchus, *Chains Across the Rhine*, October 2005, ISBN 3-86010-803-4
- Heft 47 Karsten Nowrot, *The New Governance Structure of the Global Compact – Transforming a "Learning Network" into a Federalized and Parliamentarized Transnational Regulatory Regime*, November 2005, ISBN 3-86010-806-9
- Heft 48 Christian Tietje, *Probleme der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels – Stärken und Schwächen des GATS*, November 2005, ISBN 3-86010-808-5
- Heft 49 Katja Moritz/Marco Gesse, *Die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Acts auf deutsche Unternehmen*, Dezember 2005, ISBN 3-86010-813-1
- Heft 50 Christian Tietje/Alan Brouder/Karsten Nowrot (eds.), *Philip C. Jessup's *Transnational Law* Revisited – On the Occasion of the 50th Anniversary of its Publication*, February 2006, ISBN 3-86010-825-5
- Heft 51 Susanne Probst, *Transnationale Regulierung der Rechnungslegung – International Accounting Standards Committee Foundation und Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee*, Februar 2006, ISBN 3-86010-826-3
- Heft 52 Kerstin Rummel, *Verfahrensrechte im europäischen Arzneimittelzulassungsrecht*, März 2006, ISBN 3-86010-828-X

- Heft 53 Marko Wohlfahrt, Gläubigerschutz bei EU-Auslandsgesellschaften, März 2006, ISBN (10) 3-86010-831-X, ISBN (13) 978-3-86010-831-4
- Heft 54 Nikolai Fichtner, The Rise and Fall of the Country of Origin Principle in the EU's Services Directive – Uncovering the Principle's Premises and Potential Implications –, April 2006, ISBN (10) 3-86010-834-4, ISBN (13) 978-3-86010-834-5
- Heft 55 Anne Reinhardt-Salcinovic, Informelle Strategien zur Korruptionsbekämpfung – Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel von Transparency International –, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-840-9, ISBN (13) 978-3-86010-840-6
- Heft 56 Marius Rochow, Die Maßnahmen von OECD und Europarat zur Bekämpfung der Bestechung, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-842-5, ISBN (13) 978-3-86010-842-0
- Heft 57 Christian J. Tams, An Appealing Option? The Debate about an ICSID Appellate Structure, Juni 2006, ISBN (10) 3-86010-843-3, ISBN (13) 978-3-86010-843-7
- Heft 58 Sandy Hamelmann, Internationale Jurisdiktionskonflikte und Vernetzungen transnationaler Rechtsregime – Die Entscheidungen des Panels und des Appellate Body der WTO in Sachen "Mexico – Tax Measures on Soft Drinks and Other Beverages" –, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-850-6, ISBN (13) 978-3-86010-850-5
- Heft 59 Torje Sunde, Möglichkeiten und Grenzen innerstaatlicher Regulierung nach Art. VI GATS, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-849-2, ISBN (13) 978-3-86010-849-9
- Heft 60 Kay Wissenbach, Schadenersatzklagen gegen Kartellmitglieder – Offene Fragen nach der 7. Novellierung des GWB, August 2006, ISBN (10) 3-86010-852-2, ISBN (13) 978-3-86010-852-9
- Heft 61 Sebastian Wolf, Welthandelsrechtliche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen – Multilaterale Investitionsverhandlungen oder Rückbesinnung auf bestehende Investitionsregelungen im Rahmen der WTO?, September 2006, ISBN (10) 3-86010-860-3, ISBN (13) 978-3-86010-860-4
- Heft 62 Daniel Kirmse, Cross-Border Delisting – Der Börsenrückzug deutscher Aktiengesellschaften mit Zweitnotierungen an ausländischen Handelsplätzen, Oktober 2006, ISBN (10) 3-86010-861-1, ISBN (13) 978-3-86010-861-1
- Heft 63 Karoline Kampermann, Aktuelle Entwicklungen im internationalen Investitionsschutzrecht mit Blick auf die staatliche Steuersouveränität, Dezember 2006, ISBN (10) 3-86010-879-4, ISBN (13) 978-3-86010-879-6
- Heft 64 Maria Pätz, Die Auswirkungen der Zinsrichtlinie innerhalb der EU und im Verhältnis zur Schweiz, April 2007, ISBN 978-3-86010-904-5

Heft 65 Norman Hölzel, Kartellrechtlicher Individualrechtsschutz im Umbruch – Neue Impulse durch Grünbuch und *Zementkartell*, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-903-8

Heft 66 Karsten Nowrot, Netzwerke im Transnationalen Wirtschaftsrecht und Rechtsdogmatik, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-908-3